Elisabeth Voß

Die Zukunft in der Hand der Konzerne?

Solidarische Ökonomie oder Social Business?

Nachhaltig Wirtschaften – aber wie?

Digitalisierung und Smart City

Artikel aus der Berliner Umweltzeitung „DER RABE RALF“, 2019 – 2022,
zusammengestellt für die Anarchistische Buchmesse Mannheim, Mai 2022

Inhaltsverzeichnis

Die Zukunft in der Hand der Konzerne?....3

Die Welt wird zur Ware – Gegenwehr ist lebensnotwendig....3

Solidarische Ökonomie oder Social Business?....5

Solidarische Ökonomie. Wirtschaften für die Bedürfnisse, nicht für Profit – umweltschonend und mit würdiger Arbeit....5

Geben als Geschäftsmodell. Die Bill-Gates-Stiftung, Bertelsmann, Phineo und andere vermeintliche Wohltäter in Berlin....6

Mit „Sozialen Innovationen“ die Welt verbessern? Von der Utopie zur Sozialtechnologie: Wie soziale Fragen mit Mitteln der Marktwirtschaft gelöst werden sollen....8

Ein gutes Leben für jede*n. Warum mit dem „Gemeinwohl“ nicht immer alle gemeint sind....10

Nachhaltig Wirtschaften – aber wie?....12

Teil 1: Vorschlag zum Gelingen – mit Donut-Ökonomie und demokratischer Umsetzung....12

Teil 2: Weniger Globalisierung und Wachstum durch Corona – eine Chance zum Umsteuern?....15

Teil 3: Trotz allem nicht aufgeben – Wirtschaftsdemokratie!....18

Teil 4: Auch in Berlin: Profitable Raubzüge und hoffnungsvolle Alternativen....22

Teil 5: Klimakatastrophe als Geschäftsfeld – Gegenwehr und Alternativen....27

Digitalisierung und Smart City....31

Smart City: Utopie oder Alptraum? In Berlin wächst die Infrastruktur für den neuen Mobilfunkstandard 5G – und die Kritik....31

Wer erklärt die Welt? Demokratie, Digitalisierung und 5G in den Zeiten von Corona....35

Der Alltag wird kälter und körperlos. Über Corona-Maßnahmen und die Illusion von Sicherheit durch Digitalisierung....40

Berlin wird smart. Viele schöne Worte – was steckt hinter den Pilotprojekten für eine „Smart City“?....44

www.elisabeth-voss.de

Die Zukunft in der Hand der Konzerne?

Die Welt wird zur Ware – Gegenwehr ist lebensnotwendig

Die Welt scheint immer mehr aus den Fugen zu geraten. Die vielfachen Krisen sind nicht neu, nehmen aber immer bedrohlichere Ausmaße an.

In Deutschland erinnert manches an 1998, als sich nach 16 Jahren Helmut Kohl (CDU) viele Hoffnungen auf die rot-grüne Bundesregierung richteten. Dann beteiligte sich die Bundeswehr am Kosovokrieg – es war das erste Mal, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Krieg führte, ein Dammbruch. Mit der Einführung von Hartz IV – benannt nach dem ehemaligen Volkswagen-Vorstand Peter Hartz, der wenig später wegen Veruntreuung von Firmengeldern verurteilt wurde – wurden Erwerbsarbeitslose gedemütigt und in die Verarmung getrieben.

Mit der Riesterrente begann der Ausstieg aus der paritätischen Alterssicherung. Der frühere Gewerkschaftssekretär und damalige Arbeitsminister Walter Riester (SPD) wechselte später in die Finanzbranche. Schon als Abgeordneter bezog er umfangreiche „Neben“-Einkünfte, unter anderem für Vorträge beim Finanzvertriebsunternehmen AWD von Carsten Maschmeyer (heute Swiss Life Select). Maschmeyer war eng mit dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) befreundet und war einer der Profiteure der Riesterrente.

Eine private Alterssicherung für Selbstständige erhielt den Namen von Bert Rürup, einem Wirtschaftswissenschaftler, der damals dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Wirtschaftsweise“) angehörte. Auch er war für Maschmeyers AWD tätig. Die Vorsitzende von Transparency International, Edda Müller, nannte dies 2011 in der Frankfurter Rundschau „ein Beispiel für politische Korruption“. Die Zeitung gab Müller wieder, Rürup und Riester hätten auf sie gewirkt „wie Werbefiguren für die Finanzprodukte von Maschmeyer“. Die ohnehin schon Reichen und Mächtigen haben sich damals schamlos bereichert, Zehntausende verloren ihr mühsam Erspartes, weil der AWD ihnen Immobilienfondsanteile andrehte, die schnell an Wert verloren.

Die Privatisierung der Rente wird vorangetrieben

All dies sollte nicht vergessen werden, denn die neue Bundesregierung treibt nach 16 Jahren Angela Merkel nicht nur die Militärausgaben in schwindelnde Höhen, sondern möchte mit der Aktienrente auch die damals begonnene Privatisierung der Alterssicherung fortführen. Laut dem Ampel-Koalitionsvertrag soll die Bundesregierung „in eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einsteigen“. Zunächst sollen die Anlagen am Kapitalmarkt aus Haushaltsmitteln finanziert werden. Die Riester-Rente, die vor allem der Versicherungsbranche nützte, hat offensichtlich ihre Schuldigkeit getan. Für die betriebliche und private Altersvorsorge sollen nun „Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen“ erlaubt werden. Es gehört zum kleinen Einmaleins der Finanzwirtschaft, dass eine höhere Rendite mit einem höheren Risiko einhergeht. Die finanzielle Sicherheit im Alter, die zur Daseinsvorsorge gehört, wird so zum Spekulationsobjekt.

Investmentgesellschaften wie Blackrock halten schon passende Finanzprodukte für die Alterssicherung bereit. Als Finanzberater der EU für Nachhaltigkeitsfragen und für das milliardenschwere Corona-Wiederaufbauprogramm hat Blackrock eine besondere Stellung *(Rabe Ralf Oktober 2021, S. 20)*. In der „Anklageschrift“ des Blackrock-Tribunals von 2020, die der Kölner Publizist Werner Rügemer formulierte, hieß es: „Zur Machtausübung gehört die Beeinflussung von Regierungen und internationalen Organisationen wie der Europäischen Union. Dazu gehört die Durchsetzung der privatisierten Rente mithilfe des Finanzproduktes ETF, der Exchanged Traded Funds, bei denen Blackrock den Weltmarkt anführt.“ Am 16. und 17. September dieses Jahres soll das Blackrock-Tribunal in Potsdam fortgesetzt werden.

Mit der Finanzialisierung der Welt stirbt die Zukunft

Wenn die finanzielle Absicherung für immer mehr Menschen von steigenden Aktienkursen abhängt, könnte dies ihre Bereitschaft zum Widerstand gegen Kapitalinteressen untergraben. Auch wenn es nur Gewinn-Krümelchen sind, die Rentnerinnen und Rentner von den Milliarden an Spekulationsgewinnen abbekommen werden, ist doch dies kleine Geld für Einkommensarme existenziell notwendig. Mit den kapitalmarktabhängigen Renten werden sie in eine vermeintliche Interessengemeinschaft mit den Reichen und Superreichen gedrängt – bis zur nächsten Finanzmarktkrise. Während „systemrelevante“ Finanzinstitutionen dann voraussichtlich wieder mit Staatsgeldern gerettet werden und Hochvermögende ihre Schäfchen längst ins Trockene gebracht haben, werden wie immer diejenigen am meisten verlieren, die am wenigsten haben.

Investiert wird dort, wo kurzfristig die höchsten Gewinne zu erwarten sind. Das sind beispielsweise Klima-Scheinlösungen und Biotechnologien sowie Digitalisierung *(Oktober 2021, S. 20, Februar 2022, S. 16)*. Auch öffentliche Güter wie die Infrastrukturen für Wasser, Stromversorgung und Mobilität und zunehmend auch Naturschätze wie Gewässer, Ackerböden und Wälder gelten als profitable Anlageobjekte („Assets“). Schnöde Privatisierung wird dabei häufig durch „öffentlich-private Partnerschaften“ (ÖPP oder PPP = Public-Private Partnerships) ersetzt. Diese Partnerschaftsverträge werden von spezialisierten Kanzleien so ausgearbeitet, dass die privaten Profite abgesichert sind, während die öffentliche Hand die Risiken trägt.

Die New Yorker Börse bewirbt als neue Anlageklasse „Natural Asset Companies“ (NACs), welche die Rechte an „Ökosystemleistungen“ von Naturgütern besitzen, die mit dem Kapital nachhaltig geschützt werden sollen, zum Beispiel sauberes Wasser oder Wälder als CO_2-Speicher. „Die Wall Street greift nach der Kontrolle über unsere gesamte Umwelt“, beschrieb der Journalist Norbert Häring *(siehe auch S. 26)* am 20. Oktober 2021 das Vorhaben in seinem Blog. Die neue Börsenplattform, zitiert er die Betreibergesellschaft, „wandelt den Wert von Naturgütern in Finanzkapital um, um den Eigentümern eine Möglichkeit zu bieten, finanziell vom Wert ihrer Naturgüter zu profitieren“.

Den Wirtschaftsmächtigen in die Suppe spucken

Vom 26. bis 28. Juni werden die Staatsspitzen von Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien und den USA zum jährlichen G7-Treffen zusammenkommen. Es findet dieses Mal wieder in Deutschland statt, im Luxushotel Schloss Elmau in Bayern wie schon 2015. Und wie damals sind globalisierungskritische Proteste angekündigt. Unter dem Motto „Stop G7 Elmau“ zieht vom 6. bis 28. Juni eine Protest-Karawane durch die Republik. Voraussichtlich am 9. und 10. Juni wird sie in Berlin sein.

Aktivistinnen und Aktivisten aus aller Welt werden zu brandaktuellen Themen sprechen: Greenwashing in der Energiepolitik, Freihandel, Agrarindustrie und Ernährungssouveränität, Flucht und Migration, Rohstoffkrise und Extraktivismus. Dabei soll es auch um die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gehen, die am 23. Juni in Deutschland in Kraft tritt. Die Übereinkunft gilt seit 1991, jedoch hat die Bundesregierung sie erst im April 2021 unterzeichnet. Diese völkerrechtlich verbindliche Konvention sichert die Rechte indigener Völker und damit eine entscheidende Barriere gegen die Ausbeutung und Zerstörung der Lebensgrundlagen im globalen Süden.

Nun gibt es die Hoffnung, dass mithilfe von „ILO 169“ auch der Verletzung indigener Landrechte durch Megaprojekte Einhalt geboten werden könnte. Ein Beispiel ist der umstrittene „Tren Maya“, ein Eisenbahn- und Tourismusprojekt, das eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn gemeinsam mit spanischen Bahngesellschaften in Mexiko organisiert. Mehr dazu im nächsten Raben Ralf.

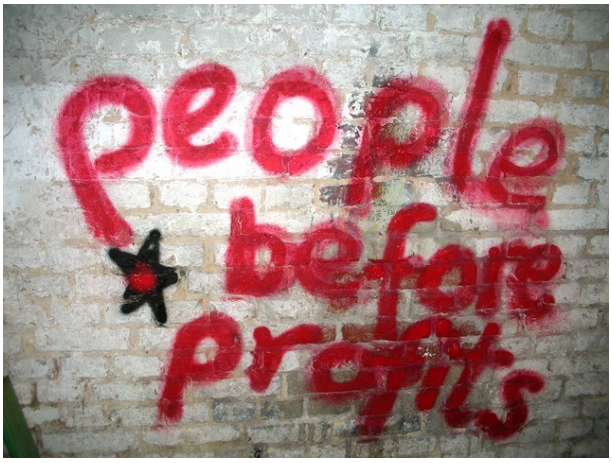
Weitere Informationen:

www.stop-g7-elmau.info

Der Artikel erscheint in der Ausgabe Juni/Juli 2022 der Berliner Umweltzeitung Rabe Ralf.

Solidarische Ökonomie oder Social Business?

Solidarische Ökonomie. Wirtschaften für die Bedürfnisse, nicht für Profit – umweltschonend und mit würdiger Arbeit



Die Menschen müssen vor den Unternehmensgewinnen kommen. (Foto: Oliver Voß)

Raubbau an der Natur, ausbeuterische Niedriglöhne und schamlose Bereicherung durch einige Wenige haben dazu geführt, dass für viele Menschen die Wirtschaft insgesamt zu etwas Fremdem geworden ist, mit dem sie am liebsten gar nichts zu tun haben möchten. Gleichzeitig ist jedoch all das, was Menschen zum Leben brauchen – Lebensmittel, ein Dach über dem Kopf, Wasser oder Energieversorgung – das Ergebnis wirtschaftlicher Betätigungen. Ohne Wirtschaft könnten wir nicht leben.

Wer entscheidet über Produktion und Verteilung?

Im Grunde ist Wirtschaft nichts anderes als eine Fülle von Vorgängen, bei denen Menschen dank ihrer Fähigkeit, zu arbeiten und kreativ Probleme zu lösen, aus natürlichen Ressourcen all das herstellen, was sie selbst und andere brauchen. Allerdings kommt es darauf an, wie diese Wirtschaft organisiert ist. Wer entscheidet darüber, was auf welche Art und Weise, mit welchen Methoden und in welcher Qualität und Menge produziert wird? Und nach welchen Maßstäben werden die Produkte und Leistungen unter denen verteilt, die sie benötigen?

Wo Ländereien, Gebäude, Maschinen und Materialien, aber auch immaterielle Produktionsfaktoren wie Wissen und Erfindungen, privates Eigentum sind, wird über all diese Fragen nicht demokratisch entschieden. Stattdessen werden zum Zweck der Gewinnmaximierung viel zu oft Naturschätze geplündert und Arbeitende ausgebeutet. Gewählte Regierungen, die legitimiert sind, beispielsweise Konzerninteressen Grenzen zu setzen, um Arbeiter*innen, Verbraucher*innen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, nehmen diese Verantwortung häufig nicht wahr. Dafür gibt es viele Gründe, beispielsweise die Macht der Industrielobbys oder Aussichten auf eine Karriere in der Privatwirtschaft nach dem Ende des politischen Mandats, aber auch internationale Abkommen, die einseitig Unternehmensrechte absichern.

Wirtschaftliche Selbsthilfe

Alternativen zur profitgetriebenen Wachstumswirtschaft werden häufig unter dem Begriff „Solidarische Ökonomie“ diskutiert. Im engeren Sinne kann darunter wirtschaftliche Selbsthilfe verstanden werden, beispielsweise in Wohnungsgenossenschaften und selbstverwalteten Hausprojekten, in Kollektivbetrieben und Zusammenschlüssen von Freiberufler*innen, Sozial- und Kulturprojekten, Kinderläden oder in der Solidarischen Landwirtschaft. Überall dort, wo sich Leute zusammentun, um gemeinsam zu wirtschaften, im Sinne des genossenschaftlichen Prinzips „Gemeinsam mehr erreichen“. Solche solidarischen Gemeinschaften wirtschaften zum gegenseitigen Nutzen der Mitglieder. Gleichzeitig wirken sie darüber hinaus oft in die Gesellschaft hinein, wenn sie zum Beispiel Arbeitsplätze schaffen, umweltschonend landwirtschaften oder durch günstige Nutzungsentgelte für Wohnungen den Mietpreisspiegel dämpfen.

Solche Solidarität sollte nicht mit Wohltätigkeit im Sinne von „Charity“ verwechselt werden. In Gesellschaften mit großer Ungleichheit mögen wohltätige Gaben für Schwächere und Ausgegrenzte nötig sein, solange Niedriglöhne oder staatliche Hilfen nicht zum Leben reichen. Sie sind jedoch keine Lösung, ganz im Gegenteil, denn gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Leben darf nicht von Gnade oder Barmherzigkeit abhängen. Wo die einen geben und die anderen nehmen, entsteht keine Gerechtigkeit, sondern die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen von Ungleichheit verfestigen sich. Auf den ersten Blick mag Wohltätigkeit selbstlos wirken, dient jedoch letztlich oft der Steuerersparnis oder wird selbst zum profitablen Geschäftsmodell.

Demgegenüber beruht Solidarität in der Regel auf Gegenseitigkeit. Wer solidarisch handelt, verbindet damit die Erwartung, im Bedarfsfall selbst auch unterstützt zu werden. Dabei geht es nicht nur um Materielles. Wer solidarisch ist mit Menschen in sozialen Auseinandersetzungen – auch in weit entfernten Gegenden der Welt –, begreift deren Anliegen als die eigenen, vielleicht ohne selbst aktiv daran mitzuwirken, aber im Sinne übergreifender gemeinsamer politischer Ziele.

Jedoch ist Solidarität nicht immer „gut“ und wünschenswert, sondern es kommt darauf an, wer mit wem und für wen, vielleicht auch gegen wen solidarisch ist, also mit welchem Interesse sich Menschen zu solidarischen Gemeinschaften zusammentun. Auch elitäre Zusammenschlüsse Privilegierter oder korrupte und mafiöse Wirtschaftsstrukturen können im Inneren solidarisch funktionieren – eine Hand wäscht die andere. Es kommt also darauf an, wie sozial – im Sinne von gesellschaftlich verantwortlich – solche wirtschaftliche Selbsthilfe ausgerichtet ist.

Ein gutes Leben für alle – überall

Solidarische Ökonomie im weiteren Sinne kann als die Idee verstanden werden, über größere oder kleinere Einheiten wirtschaftlicher Selbsthilfe hinaus die gesamte Wirtschaft an Bedürfnissen auszurichten statt an Gewinnmaximierung. Das wirft etliche Fragen auf, beispielsweise: Welche Produkte sind so notwendig, dass sie den Einsatz von natürlichen Ressourcen und menschlicher Arbeit überhaupt rechtfertigen? Wie kann ein schonender und respektvoller Umgang mit Mensch und Natur gestaltet werden? Und welchen Beitrag leisten reproduktive Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit, wie Hausarbeit oder Kinderbetreuung? Solche Fragen können oft nicht allgemeingültig beantwortet werden.

Eine demokratische Wirtschaft ginge weit über gewerkschaftliche Mitbestimmung hinaus und müsste die jeweils direkt Beteiligten einbeziehen. Um jedoch zuverlässig alle mit dem Lebensnotwendigen zu versorgen, sind öffentliche Infrastrukturen der Grundversorgung erforderlich, für Wasser und Abwasser, Strom, Abfallentsorgung, Mobilität, Bildung, Gesundheitsversorgung etc. Eine große Herausforderung solidarischen Wirtschaftens besteht darin, anstelle gewinnorientierter Konzerne oder privatwirtschaftlich organisierter staatlicher Unternehmen neue öffentliche Unternehmensformen zu entwickeln, die demokratische Beteiligung ermöglichen und dauerhaft vor der Privatisierung geschützt sind.

Zum solidarischen Wirtschaften gehören daher auch soziale Kämpfe gegen die Privatisierung und zur Rekommunalisierung der sogenannten Daseinsvorsorge. Und weil in einer globalisierten Welt letztlich alles mit allem zusammenhängt, stellt sich gleichzeitig die Frage, wie ein gutes Leben für alle überall möglich sein kann – unabhängig von geografischer und sozialer Herkunft, Geschlecht, Leistungsfähigkeit etc. Eine Solidarische Ökonomie in diesem Sinne braucht unbedingt die Perspektive globaler Gerechtigkeit.

DER RABE RALF Februar/März 2019, S. 20

Geben als Geschäftsmodell. Die Bill-Gates-Stiftung, Bertelsmann, Phineo und andere vermeintliche Wohltäter in Berlin

Mitte Oktober 2018 eröffnete die Bill & Melinda Gates Foundation ihre zweite europäische Niederlassung in Berlin. Die US-amerikanische Stiftung des Microsoft-Milliardärs und seiner Ehefrau ist bereits seit 2010 in

London ansässig. Vollmundig verkündet sie auf ihrer Website: „Jedes Leben hat den gleichen Wert“ und: „Wir sind ungeduldige Optimisten, die daran arbeiten, Ungerechtigkeit zu verringern.“ Das klingt gut, aber was heißt das konkret?

Bill Gates gilt als zweitreichster Mensch der Welt, zum Leitungsteam seiner Stiftung gehört auch der Investor Warren Buffett. Nach eigenen Angaben hat die Stiftung im Jahr 2017 Förderungen von 4,7 Milliarden US-Dollar ausgereicht und verfügt über ein Vermögen von mehr als 50 Milliarden Dollar. Damit ist sie die größte private Stiftung der Welt. Noch nie in der Menschheitsgeschichte gab es so unvorstellbar machtvolle Ansammlungen von Geld in privater Hand.

Die Macht des Geldes

Das Ehepaar Gates möchte sich der größten Herausforderungen der Welt annehmen: „extreme Armut und schlechte Gesundheit in den Entwicklungsländern sowie das Versagen des amerikanischen Bildungssystems“. Ihre Stiftung kooperiert in diesem Sinne weltweit mit Regierungen – auch mit dem Bundesentwicklungsministerium – und ist einer der größten Geldgeber der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Die Hilfsorganisationen Misereor und Brot für die Welt sowie das unabhängige Global Policy Forum haben 2015 in der Studie „Philanthropische Stiftungen und Entwicklung – Trends, Risiken und Nebenwirkungen“ vor allem die Gates-Stiftung und die vor mehr als 100 Jahren gegründete Rockefeller-Stiftung untersucht. Kritisiert wird die Orientierung auf technologische Lösungen und „unternehmens- und marktbasierte Instrumente“, während „strukturelle Maßnahmen mit längerfristigen und schwer messbaren Resultaten vernachlässigt werden“. Auch die Einflussnahme auf die Politik sei problematisch, beispielsweise die Befürwortung von Gentechnik durch die Gates-Stiftung.

Microsoft-Milliardär Bill Gates. (Foto/Ausschnitt: Steve Jurvetson/Flickr, CC BY 2.0)

Die Journalistin Kathrin Hartmann kritisiert in ihrem Buch „Aus kontrolliertem Raubbau“ die Geschäftspolitik der Gates-Stiftung, vor allem die engen finanziellen und personellen Verflechtungen mit der Industrie. Sie beschreibt beispielsweise, dass die Stiftung in Nigeria ein Impfprogramm gegen Malaria fördert, gleichzeitig jedoch in Aktien von Ölmultis wie BP und Shell investiert, die die Lebensgrundlagen der Menschen dort zerstören. Auch die Zusammenarbeit mit Pharmafirmen oder mit Cola-Cola nützt vor allem den Unternehmen. Vermeintliche Sozialprojekte stellten sich als Marktentwicklungsstrategien heraus.

Reformen predigen und Privatisierung meinen

Die Macht solcher philanthropischer Stiftungen ist umso größer, je leerer die öffentlichen Kassen sind. Wenn in Ämtern und Institutionen die Fachleute fehlen, wird private Expertise oft gerne angenommen, auch wenn sie keineswegs uneigennützig angeboten wird. Die Bertelsmann Stiftung aus Gütersloh – mittlerweile weltweit tätig – ist schon seit vielen Jahren maßgebliche Stichwortgeberin der Forderung nach einem schlanken Staat und nach „Effizienz“ in der Verwaltung. Dazu empfiehlt sie mit fast religiösem Eifer Reformen, mahnt Messbarkeit und Vergleichbarkeit öffentlicher Leistungen an. Praktischerweise bietet Arvato, die Dienstleistungsfirma des Medienkonzerns Bertelsmann, dafür ein ganzes Bündel an Leistungen an: „Modernisierung der öffentlichen Verwaltung durch moderne Steuerungsmodelle und E-Government“ und „integrierte Lösungen für die öffentliche Hand“.

Ebenso wie die Gates-Stiftung setzt Bertelsmann auf unternehmerisches Handeln, empfiehlt die Privatisierung öffentlicher Leistungen zur (vermeintlichen) Effizienzsteigerung und propagiert vor allem technische und digitale Strategien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. 2009 gründete Bertelsmann die gemeinnützige Phineo AG in Berlin, ein „Analyse- und Beratungshaus für wirkungsvolles gesellschaftliches Engagement“.

Phineo bietet Beratungen, Workshops und ein Spendensiegel an, um die Wirkungen von gemeinnützigem Engagement zu analysieren und zu verbessern. Phineo-Mitgründer Andreas Rickert war zwischen seinen Tätigkeiten bei der Unternehmensberatung McKinsey und bei der Weltbank als Programmdirektor und Vorstandsassistent für die Bertelsmann Stiftung tätig. Das Manager Magazin bezeichnete ihn im September 2016 als „Business Rebel“, der Spendern Marktdenken beibringt. Anlass des Artikels war, dass die BMW-Erbin Susanne Klatten (geborene Quandt, die reichste Frau Deutschlands) Phineo beauftragt hatte, mit 100 Millionen Euro aus ihrem Vermögen gemeinnützige Organisationen zu unterstützen. Immerhin legt Phineo mit der „SKala-Initiative“ ausführlich offen, wie diese Mittel verwendet werden.

Die Übernahme sozialer Aufgaben nach eigenem Gutdünken durch Superreiche und ihre Organisationen wird in den USA und auch in Großbritannien schon seit einigen Jahren unter der Bezeichnung „Philanthrokapitalismus“ kritisch diskutiert. Die erste derartige Organisation war die 1913 gegründete Rockefeller Foundation. Die Gates-Stiftung in Berlin ist sicher erst der Anfang einer Entwicklung, die kritischer Wachsamkeit bedarf.

Solidarische Ökonomie ist etwas anderes

Der Philanthrokapitalismus hat nichts mit sozialem solidarischem Wirtschaften zu tun, im Gegenteil. Ein paar Krümel vom Tisch der Reichen, die steuersparend aus der globalen Ausbeutungsökonomie abfallen, ändern nichts daran, dass es genau diese Wirtschaft ist, die Menschen und Natur zerstört. Dabei soll weder den Superreichen noch ihren Dienstleistern der gute Wille abgesprochen werden, und mitunter tun sie ja wirklich Gutes. Aber letztlich ist der Philanthrokapitalismus doch nur ein Trostpflästerchen, unter dem das System einer zerstörerischen Wirtschaft prächtig gedeiht, wie die zunehmende Schere zwischen Arm und Reich und die Umweltkrise beweisen.

Eine tatsächliche Sozialwirtschaft verfügt stattdessen über strukturell verankerte Mechanismen wirtschaftlicher Solidarität, von genossenschaftlicher Selbsthilfe mit demokratischer Entscheidungsfindung bis zu sozialen Unternehmen mit dauerhaften Versorgungsangeboten. Sie sorgt mit ihren Tätigkeiten für sozialen Ausgleich statt für soziale Spaltung. Solidarisches Wirtschaften zielt nicht darauf, Gewinne zu maximieren, um dann einen Teil der Folgeschäden mit einem Bruchteil dieser Gewinne zu reparieren, sondern wirkt mit der wirtschaftlichen Tätigkeit selbst direkt sozial und ökologisch verträglich.

Die öffentliche Hand ist gefragt, solche Unternehmungen zu fördern – mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit der bisher auch noch die zerstörerischsten Industriezweige Subventionen erhalten haben. Statt sich von schönen Worten aus den PR-Abteilungen selbsternannter Wohltäter einlullen zu lassen, braucht eine Wirtschaftspolitik im Sinne der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung eigene Sachkenntnis und von Lobbys unabhängiges Handeln in Politik und Verwaltung.

DER RABE RALF Februar 2019/März 2019, S. 21

Mit „Sozialen Innovationen“ die Welt verbessern? Von der Utopie zur Sozialtechnologie: Wie soziale Fragen mit Mitteln der Marktwirtschaft gelöst werden sollen

Seit etwa zehn Jahren ist in Wissenschaft und Politik zunehmend von „Sozialer Innovation“ die Rede. Das klingt gut, auch wenn es keine eindeutige Definition gibt, was damit gemeint ist. Die Europäische Kommission versteht unter Sozialer Innovation „die Entwicklung neuer Ideen, Dienste und Modelle zur besseren Bewältigung gesellschaftlicher Probleme“. Dazu sollen „sowohl öffentliche als auch private Akteure und die Zivilgesellschaft“ beitragen. Das Thema ist europapolitisch hochrangig angesiedelt und hat Eingang in einige Förderprogramme gefunden. Die „Europa-2020-Strategie“ der EU-Kommission folgt der „Vision einer europäischen Sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“. Nach wie vor wird das Wachstumsdogma verfolgt, jedoch soll dieses Wachstum „intelligent“, „nachhaltig“ und „integrativ“ sein.

Kritik am Bestehenden und Utopie

Soziale Innovationen strebten schon einige soziale Bewegungen nach 1968 an. Dafür nutzten sie häufig die Methode der Zukunftswerkstatt, die von Robert Jungk (1913-1994) und weiteren Zukunftsforschern entwickelt worden war. Diese umfasst drei Phasen: Auf die Kritik am Bestehenden folgt die Ausmalung einer Utopie, um am Schluss Umsetzungsschritte auszuarbeiten. Das waren beispielsweise Verabredungen zu Aktivitäten für den Frieden oder gegen Atomkraftwerke, aber auch zur kollektiven Verbesserung der eigenen Lebenssituation.

Theoretiker des Unangepassten: Soziologieprofessor Rolf Schwendter. (Foto: Wolfgang H. Wögerer/ Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

Der Theoretiker der Alternativenbewegung und Professor für Devianz-Forschung an der Universität Kassel, Rolf Schwendter (1939-2013), fand Ende der 1990er Jahre in einer kleinen Umfrage heraus, dass Soziale Innovation häufig im Zusammenhang mit alternativen Ökonomien genannt wurde, beispielsweise „Wohngemeinschaften, Genossenschaften, Selbsthilfe, Grundsicherung, Netzwerk Selbsthilfe, Ökobank, taz, Wissenschaftsläden, Jugendzentren“. Schwendter zufolge definierten Jungk und andere Soziale Innovation „als Institutionen, Rechtsnormen oder Prozesse, die gesellschaftlich verändernd wirken, und zwar im Sinne einer intendierten Humanisierung der Welt“. Der vorweggenommenen Idee eines ganz anderen Zustands der Welt maß Schwendter große Bedeutung bei und betonte, dass „Soziale Innovationen nicht ohne dahinterliegende Utopien zustandekommen“ und dass „keine Reform, die den Namen verdient, ohne Soziale Innovationen, folglich ohne Utopien, auskommt“.

Mit Weltverbessern Karriere machen

Auch heute soll mit Sozialen Innovationen die Welt verändert werden. „Wir glauben an eine bessere Zukunft“ verkündet „tbd*“, ein Projekt der Berliner Personaldienstleistungsfirma The Changer GmbH. Das Online-Portal „unterstützt alle, die mit Weltverbessern Karriere machen“. Sein Engagement begründet es mit der unsicheren, beängstigenden Gegenwart: „Trump, Brexit, Klimawandel, Massenmigration …“. Der Name tbd* steht für „to be determined“, was sowohl „wild entschlossen sein“ bedeuten kann als auch eine Zukunft, die noch offen ist. Als potenzielle Arbeitgeber werden „wirkungsorientierte Organisationen“ vorgestellt.

„Wirkungsorientierung“ ist ein häufig benutzter Begriff: Es reicht nicht aus, etwas zu tun, sondern es soll damit eine messbare Wirkung erzeugt werden – sowohl bei der jeweiligen Zielgruppe als auch in der Gesellschaft. Die gesellschaftliche Wirkung wird auch als „Impact“ bezeichnet. Nicht die Politik soll die Gesellschaft verändern, sondern Unternehmen mit ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit. Als Alternative zu einem Job mit Sinn entscheiden sich viele, vor allem junge Leute, selbst ein „Social Start-up“ zu gründen.

Im „Social Innovation Center“ der städtischen Wirtschaftsförderung Hannover präsentierten im Februar 2019 die ersten Absolvent*innen eines dreimonatigen Gründungsprogramms ihre Geschäftsmodelle. Für die Teilnahme am Programm waren sie von einer Jury ausgewählt worden. „Bei der Bewertung ging es um die Relevanz des Problems, den Neuigkeitswert der Idee, den sozialen Mehrwert, das Ertragsmodell und das damit verbundene Marktpotenzial, den Wettbewerb sowie die vorhandenen Kompetenzen im Team.“ Die vorgestellten Konzepte wollen „eine Antwort auf gesellschaftliche Probleme geben und die Welt ein Stück besser machen“. Sie beruhen auf digitalen Lösungen und sollen zum Beispiel mit Apps oder Onlineplattformen Ältere und Jüngere zusammenbringen, digitale Kompetenzen stärken oder den Austausch zwischen Menschen mit seltenen Krankheiten unterstützen.

Wenn es damit wirklich gelingt, das Leben wenigstens für einige Menschen zu verbessern, ist das schwer zu kritisieren, und das gute Wollen der Gründer*innen verdient Wertschätzung. Allerdings darf darüber nicht vergessen werden, dass soziale Leistungen eine öffentliche Aufgabe sind. Es ist schon sehr fragwürdig, wenn es

ins Belieben privatwirtschaftlicher Unternehmen gestellt ist, welche Probleme welcher Zielgruppen gelöst werden, und auf welche Weise dies geschieht.

Profitable Wohltaten

Während den Zukunftswerkstätten ein kritischer Impuls innewohnte und die Sozialen Innovationen auch darauf zielten, gesellschaftliche Bedingungen zu verändern, beschränken sich die Geschäftsmodelle des „Social Entrepreneurship“ meist darauf, Symptome zu lindern. Wenn Start-ups im Sozialbereich tätig sind, dann werden die Leistungen privatisiert und marktwirtschaftlicher Gewinnerzielungslogik unterworfen. Der öffentlichen Steuerung und Kontrolle sind sie somit weitgehend entzogen.

Längst haben Investoren das Feld des Sozialen als lukrative Anlageklasse entdeckt. Mit „Impact Investment“ sollen gesellschaftliche Wirkungen erzielt und mit neuartigen Finanzprodukten Gewinne generiert werden. So werden in Großbritannien beispielsweise „Social Impact Bonds“ eingesetzt. Aus diesen Geldanlagen werden soziale Leistungen privater Anbieter finanziert. Wenn die gewünschten Ergebnisse nicht erreicht werden, verlieren die Investoren ihr Geld. Im Erfolgsfall bekommen sie ihre Anleihe von der öffentlichen Hand ausgezahlt, zuzüglich einer guten Verzinsung. Erfolgskriterien können beispielsweise niedrige Rückfallraten von Haftentlassenen oder die Zahl von abgeschlossenen Arbeitsverträgen für ehemals Erwerbslose sein. In solcherart finanzierter Sozialarbeit werden die sozialen Beziehungen und Prozesse einem betriebswirtschaftlichen Kalkül untergeordnet. Eine Finanzierung von Tätigkeitsfeldern mit problematischen Zielgruppen wird dann unwahrscheinlich und am Ende zahlt die öffentliche Hand mehr, als wenn sie die Leistungen in eigener Regie erbringen ließe.

Neoliberale Kampfbegriffe

Was bedeutet „Soziale Innovation“ in der Welt des Social Business? Der angestrebte gesellschaftliche „Impact“ wird aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen gesteuert und ist der gesellschaftspolitischen, demokratischen Kontrolle entzogen. Die geforderte „Wirkungsmessung“ folgt einem rein erfolgsorientierten, technokratischen Menschenbild ohne emanzipatorische oder gar utopische Ideen.

Der irrsinnige Ressourcenhunger einer Durchdigitalisierung aller Lebensbereiche wird von den technischen Scheinlösungen weiter angeheizt. Dafür werden weltweit die Lebensgrundlagen von unzähligen Menschen zerstört – sie werden in die Flucht getrieben und kommen millionenfach ums Leben. Die digitalen „Lösungen“ können bestenfalls einen kleinen Teil der Schäden reparieren und sind insofern ein Teil des Problems, statt zur Bekämpfung der Ursachen beizutragen. All die wohlklingenden Plastikwörter der vermeintlich sozialen neuen Ökonomie sind daher kaum mehr als neoliberale Kampfbegriffe.

DER RABE RALF April/Mai 2019, S. 20

Ein gutes Leben für jede*n. Warum mit dem „Gemeinwohl“ nicht immer alle gemeint sind

Immer häufiger wird eine Ausrichtung von Politik und Wirtschaft am Gemeinwohl gefordert. Der Duden erklärt Gemeinwohl als „das Wohl(ergehen) aller Mitglieder einer Gemeinschaft“ – was kann daran falsch sein? Was so freundlich klingt, löste in mir schon lange unangenehme Assoziationen aus. Trotzdem habe ich manchmal versucht, diesen Begriff zu verwenden. Angesichts der zunehmenden Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse nach rechts habe ich mich nun jedoch entschieden, mich vom Gemeinwohlbegriff zu verabschieden und meine Kritik daran, die ich bisher nur im privaten Kreis geäußert habe, öffentlich zu machen. Dabei geht es mir nicht nur um das Wort, sondern auch um Klarheit in der Kommunikation und im Aushandeln politischer Zielsetzungen.

Gemeinnützigkeit und Gemeinwohl

Was für alle gut ist, ist auch für dich gut. Oder? (Bild: Gerd Altmann/Pixabay)

Gemeinwohl ist ein sehr unbestimmter Begriff und sollte nicht mit Gemeinnützigkeit verwechselt werden. Die Gemeinnützigkeit ist eine steuerrechtliche Einordnung der Tätigkeiten von Organisationen, die in der Abgabenordnung geregelt ist und von der Rechtsprechung interpretiert wird. Wer die Steuervorteile der Gemeinnützigkeit in Anspruch nehmen möchte, muss dies gegenüber dem Finanzamt und im Streitfall gegenüber Gerichten belegen. Aktuell kämpft das Attac-Netzwerk, eine „Bildungsbewegung mit Aktionscharakter“, um seine Gemeinnützigkeit, die zuletzt vom Bundesfinanzhof infrage gestellt wurde – während die Bertelsmann-Stiftung und viele weitere finanzkräftige und lobbymächtige Konzernstiftungen unangefochten ihre steuerlichen Privilegien genießen können.

Die Verleihung oder Entziehung der Gemeinnützigkeit kann kritisiert werden, weil es dafür rechtliche Regelungen gibt. Demgegenüber gibt es für das Gemeinwohl keine klaren gesetzlichen Grundlagen. In Artikel 14, Absatz 2 des Grundgesetzes ist immerhin bestimmt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Manche Rechtsauslegungen besagen, dass unter Gemeinwohl die im Grundgesetz festgelegten Individualrechte zu verstehen seien. Jedoch bleibt es im Einzelfall unbestimmt.

Zum Wohle von allen?

Es spricht beispielsweise vieles dafür, angesichts des Klimawandels endlich aus der fossilen Energieproduktion auszusteigen und Autoverkehr, Flüge und Kreuzschifffahrten drastisch zu reduzieren. Dem stehen jedoch die Interessen der Nutzer*innen entgegen, die in Ländern wie Deutschland einen erheblichen Teil der Bevölkerung ausmachen, und auch das Argument der Arbeitsplätze wird immer wieder zur Aufrechterhaltung umweltschädigender Industriezweige herangezogen. Wer entscheidet, was hier als Gemeinwohl anzusehen ist? Oder wie verhält es sich mit der angedachten Bebauung von Kleingärten mit Kitas und Schulen? Wessen Wohl ist das Gemeinwohl und wer muss zurückstehen?

Demokratie ist dadurch gekennzeichnet, dass in ihr unterschiedliche Interessen formuliert werden. Jedoch ist die Verhandlungsmacht zur Durchsetzung von Interessen sehr ungleich verteilt. Bei Konflikten zwischen Gewerkschaften und Unternehmen, Mietervereinigungen und Eigentümerverbänden oder zwischen Umweltorganisationen und Industrielobbys ziehen die Interessenvertretungen der Vielen leicht den Kürzeren. Das Gemeinwohl daraus abzuleiten, was die Stärkeren durchsetzen, wäre fatal.

Hinzu kommt, dass auch Beschäftigte, Mieter*innen oder Konsument*innen keine homogenen Gruppen mit einheitlichen Interessen sind. Den Wunsch von Mehrheiten zum Gemeinwohl zu erklären und Minderheiten damit abzuqualifizieren, widerspräche sicher den Vorstellungen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit. Wie und durch wen wird also das Gemeinwohl mit Inhalt gefüllt?

„Wir“ und „die Anderen“

Wenn ich „Gemeinwohl“ höre, zucke ich innerlich zusammen, denn ich assoziiere bei diesem Begriff unweigerlich: „Du bist nichts, dein Volk ist alles.“ Dabei möchte ich denen, die vom Gemeinwohl sprechen, keinesfalls unterstellen, auch nur im Ansatz an diese nationalsozialistische Blut-und-Boden-Gemeinschaftlichkeit anknüpfen zu wollen. Nach dem Ende des Faschismus gab es Diskussionen, ob „Gemeinwohl“ und „Gemeinschaft“ je wieder positive Bezugspunkte sein könnten oder ob diese Begriffe mit ihrer Verwendung durch Nationalsozialisten ein für alle Mal beschädigt seien. Mehr als 70 Jahre danach scheint das keine Frage mehr zu sein, und der Begriff „Gemeinwohl“ wird ganz ungebrochen verwendet.

Der Österreicher Christian Felber begründete mit der „Gemeinwohlökonomie“ (GWÖ) sogar eine eigene Wirtschaftsrichtung *(Rabe Ralf April/Mai 2011, S. 27)*. Die GWÖ möchte „ein ethisches Wirtschaftsmodell“ etablieren, dessen Ziel das „Wohl von Mensch und Umwelt“ ist. Vor einigen Jahren konnte bei einem Empfang im „Haus der Demokratie“ ein Vertreter der GWÖ ungestört die Frage in den Raum stellen, wie denn wohl in einer demokratisch verfassten Gesellschaft mit Gemeinwohlschädlingen umzugehen sei. Das ist sicher nicht der übliche Sprachgebrauch in der GWÖ. Jedoch wurde deutlich, wie schnell ein „Wir“ zur Abgrenzung von „Anderen“ führen kann, die sogleich abgewertet werden. Wer andere als Gemeinwohlschädlinge bezeichnet, nimmt Assoziationen zu Ungezieferbekämpfung und -vernichtung zumindest billigend in Kauf.

Wer hat die Definitionsmacht?

Im Begriff Gemeinwohl werden unterschiedliche und einander möglicherweise ausschließende Interessen unsichtbar. Er suggeriert, es könne konfliktfreie Lösungen geben, die „für alle“ irgendwie „gut“ seien. Im Nationalsozialismus nahm sich die NSDAP die Definitionsmacht und legte das Wohl für eine exklusive „Volksgemeinschaft“ fest – und auch, wer als „Volksschädling“ davon auszuschließen sei. Heute orientiert sich beispielsweise die chinesische Regierung am Gemeinwohl, die Bevölkerung wird überwacht. Vor Kurzem berichtete die Tagesschau, dass dort Millionen Menschen nicht reisen dürfen, weil sie zu wenig „Sozialpunkte“ auf ihrem Konto haben.

Im Begriff Gemeinwohl steckt viel moralische Wucht und nicht hinterfragbare Richtigkeit, auch heute oft verbunden mit einer autoritären Sprache, in der selbstgewiss festgestellt wird, was nur so (und nicht anders) getan werden soll oder was unbedingt sein „muss“. Darin sehe ich ein grundsätzliches Problem, auch wenn der Begriff vielleicht von den „Richtigen“ in einem Sinne benutzt wird, der meinen Wertvorstellungen entgegenkommt. Denn was passiert, wenn mal andere sich die Definitionsmacht nehmen – und es allgemein akzeptiert ist, dass es ein unhinterfragbares Gemeinwohl gibt?

Die Idee vom Gemeinwohl wirkt emotional aufgeladen und beinhaltet, dass unausgesprochen vorausgesetzt oder gar von oben definiert wird, was für eine abstrakte Gemeinschaft gut sei. Wer sich darin nicht wiederfindet, nicht berücksichtigt wird oder gar gegenteilige Interessen hat, fällt nicht nur hinten runter, sondern wird auch abgewertet. Dagegen scheinen mir Individualrechte im Sinne von Menschenrechten und sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten für alle – auch als Globale Soziale Rechte bezeichnet – ein geeigneterer Bezugsrahmen für politische Zielsetzungen. So spreche und schreibe ich nun lieber vom guten Leben für jede*n. Auch das ist unbestimmt, meint jedoch viel klarer jede einzelne Person und lässt Vielfalt und Unterschiedlichkeiten zu. Im Einzelfall kann jede*r für sich selbst sagen – individuell oder gemeinsam mit anderen in kollektiver Interessenvertretung: Das tut mir wohl. Die gesellschaftspolitische Verantwortung liegt dann darin, für ein gutes Leben für jede*n Sorge zu tragen – im Rahmen planetarischer Grenzen, mit Blick auf zukünftige Generationen und mit der Perspektive globaler sozialer Gerechtigkeit.

DER RABE RALF April/Mai 2019, S. 21

Nachhaltig Wirtschaften – aber wie?

Teil 1: Vorschlag zum Gelingen – mit Donut-Ökonomie und demokratischer Umsetzung

Im Jahr 2015 vereinbarten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 17 Nachhaltigkeitsziele, die Sustainable Development Goals (SDGs), die bis 2030 erreicht sein sollen. Damit soll Nachhaltigkeit im Sinne eines Gleichgewichts von Ökonomie, Ökologie und Sozialem erreicht werden. Unzählige Organisationen engagieren sich im Sinne dieser UN-Ziele, deren farbige Piktogramme viele Veröffentlichungen zieren. Die Bertelsmann-Stiftung führt gemeinsam mit den Vereinten Nationen ein Projekt „Sustainable Development Goals Index“

durch, in dem „die zentralen Herausforderungen der reichen Staaten bei der Umsetzung der SDGs“ ausgearbeitet werden. Ausgerechnet diese Konzernstiftung, die mit ihrer fast religiösen Ideologie von schlankem Staat und Privatisierungen den neoliberalen Gesellschaftsumbau vorantreibt.

Nachhaltiges Wirtschaften ist ein interpretationsbedürftiger Begriff. (Foto: Jakob Fischer/Adobe Stock 134664608)

Für den spanischen Ökonomen Joan Martinez und seinen Koautor Nick Meynen vom Europäischen Umweltbüro EEB ist „die entscheidende Schwachstelle – das Trojanische Pferd – der Entwicklungsziele“ das SDG Nummer acht: Wirtschaftswachstum. In einer 2019 erschienenen Publikation des Forums Umwelt und Entwicklung zu den SDGs schreiben die beiden, dies sei auf UN-Ebene auch allen klar, jedoch gebe es eine „kollektive Leugnung des Problems“. Dass Wirtschaftswachstum mit den anderen Nachhaltigkeitszielen unvereinbar sei, werde besonders beim Klimawandel deutlich. Wie die Autoren betonen, „zeigen alle wissenschaftlichen Daten, dass es keinen Beweis für eine auch nur ansatzweise ausreichende Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen gibt“.

Ein merkwürdiges Dreieck

Muss nicht vor diesem Hintergrund die Dreieinigkeit von Ökonomie, Ökologie und Sozialem grundlegend infrage gestellt werden? In Nachhaltigkeitsdiskussionen gibt es durchaus Ansätze, der Ökologie Vorrang einzuräumen, beispielsweise mit einem „gewichteten Drei-Säulen-Modell“, in dem die Säulen Ökonomie, Kultur und Soziales auf dem Fundament „natürliche Ressourcen/Klima“ stehen. Jedoch bleibt in der Regel die Ökonomie ein unangefochtenes Ziel nachhaltiger Entwicklung.

Nun ist schon der Begriff „Entwicklung“ zweifelhaft, lässt er sich doch allzu leicht mit patriarchalen Ideen von Schneller-Höher-Weiter füllen und suggeriert, es gäbe einen Entwicklungsweg, der weltweit für alle erstrebenswert sei. Aber welche eigene Wertigkeit besitzt Wirtschaft, um überhaupt als eigenständiges Ziel durchgehen zu können, wenn es um die Existenzgrundlagen der Menschheit geht?

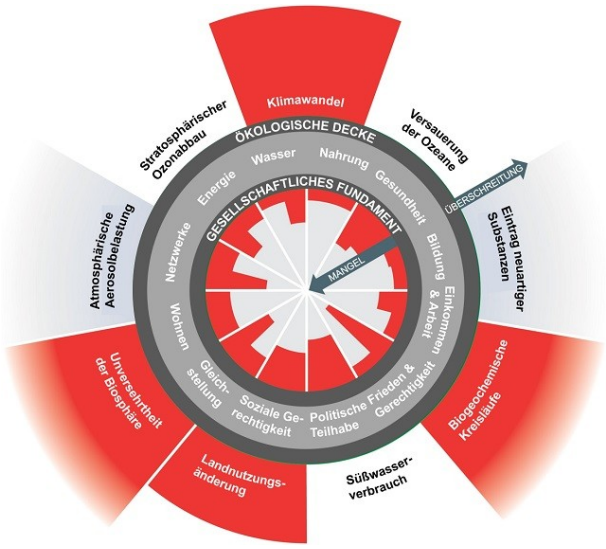
Klar, Wirtschaft ist lebensnotwendig. Ohne zu wirtschaften, können Menschen nicht leben, denn alles, was sie brauchen – Nahrung und Unterkunft, Kleidung, Energie und so weiter – ist das Ergebnis wirtschaftlicher Prozesse. Mit ihrer Arbeit stellen Menschen aus natürlichen Ressourcen, und in vielfältigen Produktionsschritten, all dies her. Diese Produktion findet in vielen Formen statt, von kleinen, sich selbst versorgenden Gemeinschaften bis zur Massenproduktion für den (Welt-)Markt. Aber woher kommt der Glaube, Wirtschaft sei etwas Eigenständiges mit einer übergeordneten Bedeutung? Heute scheint es, als müsse die Gesellschaft der Wirtschaft gute Bedingungen schaffen – warum eigentlich? Und warum zulasten von Natur und Menschen? Raubbau an den Ressourcen und an den Arbeitenden – im Interesse der Wirtschaft?

Rein in den Donut!

Frischen Wind in die Vorstellungen von nachhaltiger Entwicklung brachte die britische Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth 2017 mit ihrer „Donut-Ökonomie“. Ausgerechnet so einen ungesunden, süßen Schmalzkringel stilisierte sie zum Sinnbild einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. Das Donut-Modell ist nach Raworth „ein radikal neuer Kompass für die Menschheit in unserem Jahrhundert. Und er weist in eine Zukunft, in der die Bedürfnisse jedes Menschen befriedigt werden, während zugleich die lebendige Welt geschützt wird, von der wir alle abhängig sind.“

Der äußere Ring des Donuts symbolisiert die „ökologische Decke“, die natürlichen Begrenzungen, bei deren Überschreitung es zu Zerstörungen von Land und Wasser, Luft und Atmosphäre sowie zum Klimawandel kommt (außerhalb des Donut). Der innere Ring steht für das „gesellschaftliche Fundament“, das all das Lebensnotwendige beinhaltet, was jedem Menschen zustehen sollte und was mit den globalen

Nachhaltigkeitszielen angestrebt wird. Wenn es hier zum Mangel kommt, dann herrschen Armut, Not und Elend (im inneren Hohlraum des Donut).



Der „Donut“: Zwischen dem gesellschaftlichen Fundament des Wohlergehens und den ökologischen Grenzen des Planeten liegt der Raum für das sichere und gerechte Wirtschaften. (Grafik: Kate Raworth/ Apfelsamen/Wikimedia Commons)

Einen „sicheren und gerechten Raum für die Menschheit“ gibt es nur im Donut selbst, zwischen den ökologischen Grenzen und den gesellschaftlichen Mindeststandards. In diesem Entwicklungsmodell hat die Wirtschaft keine eigene Berechtigung mehr. Mit diesem grundlegenden Perspektivwechsel lädt Kate Raworth dazu ein, sich „auf das aufregende Abenteuer, die Wirtschaft neu zu denken“ einzulassen.

Ein neues Verständnis von Nachhaltigkeit?

Das Wirtschaftsmodell des Donuts ist nah an den Vorstellungen von Solidarischer Ökonomie *(Rabe Ralf, Februar 2019, S. 20)* und von „Degrowth“ oder „Postwachstum“ *(Oktober 2014, S. 7)*. Es weist der Wirtschaft den ihr gebührenden Platz als Mittel zum Zweck der Erfüllung von Bedürfnissen zu. Die wachstumsgetriebene globale Ausbeutungsökonomie ist dazu nicht in der Lage, im Gegenteil: Systematisch verursacht sie sowohl die Überschreitung ökologischer Grenzen als auch gesellschaftliche Notsituationen und menschliche Katastrophen.

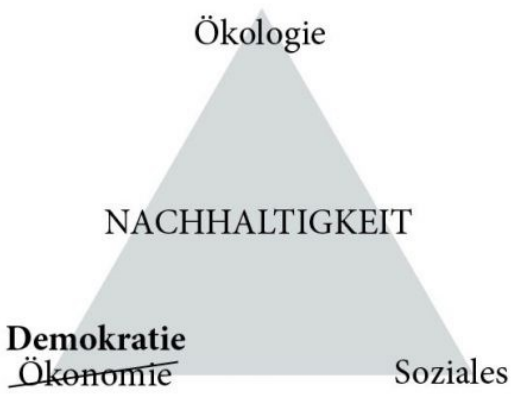
Darum ist es höchste Zeit, Wirtschaft nicht nur anders zu denken, sondern auch anders zu machen. Nicht nur in kleinen Nischen, sondern überall, von lokal bis global. Dafür reichen weder freiwillige Maßnahmen der Unternehmen noch staatliche Regulierungen oder veränderte Konsummuster aus. Eine Wirtschaft im Sinne des Donut-Modells oder einer solidarischen Postwachstumsökonomie wäre eine ganz andere Wirtschaft auf anderen Grundlagen als bisher. Die kann kaum von oben nach unten verordnet werden, sondern steht in Wechselwirkung mit gesellschaftlichen Prozessen.

Hat nicht das Nachhaltigkeitsdreieck aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem einen logischen Bruch? Im Sinne der Donut-Ökonomie kann Wirtschaft kein eigenes Ziel sein, sondern hat eine dienende Funktion für ein gutes Leben für alle. Bleibt „nur“ noch die Frage der Umsetzung.

Könnte nicht anstelle der Ökonomie die Demokratie den Platz als drittes Nachhaltigkeitsziel einnehmen? In Zeiten großer Krisen und Bedrohungen nimmt das Risiko autoritärer Scheinlösungen zu. Und ist nicht darum eine Demokratisierung aller Lebensbereiche, und gerade der Wirtschaft, besonders wichtig? Jedoch gibt es nicht „die“ Demokratie, sondern demokratische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse in vielfältigen Formen. Zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft folgt ein Beitrag im nächsten Raben Ralf.

Weitere Informationen:
Forum Umwelt und Entwicklung: Große Ziele, aber kein Plan. Wo steht die Agenda für Nachhaltige Entwicklung? Berlin 2019.

Kate Raworth: Die Donut-Ökonomie. Endlich ein Wirtschaftsmodell, das den Planeten nicht zerstört, Hanser Verlag, München 2017.



Grafik: Elisabeth Voß/Felix Erlbeck

Teil 2: Weniger Globalisierung und Wachstum durch Corona – eine Chance zum Umsteuern?

Der erste Teil dieses Beitrags *(Rabe Ralf Februar 2020, Seite 18)* endete mit dem Vorschlag, das Ziel der Ökonomie im Nachhaltigkeitsdreieck durch „Demokratie“ zu ersetzen. Nun ist Demokratie ein großes Wort, vielleicht einer der am meisten missbrauchten Begriffe unserer Zeit. Aber was bedeutet das in Zeiten von Corona, wo schnelles Entscheiden und Handeln gefragt ist? Aus aktuellem Anlass hat dieser Beitrag einen anderen Schwerpunkt als ursprünglich geplant.

Sachzwang und Zeitdruck können – im Großen wie im Kleinen – entdemokratisierend wirken. In der Krise sind Politikerinnen und Politiker gefragt, das „Richtige“ zu entscheiden. Immerhin sind sie durch Wahlen legitimiert, trotz aller Unzulänglichkeiten der parlamentarischen Demokratie. Auf Corona war niemand vorbereitet. Und nun geschieht im Weltmaßstab etwas, das so schnell trotz Klimakatastrophe und Fridays for Future undenkbar war: Die Lufthansa halbiert ihr Flugangebot, Ryanair will um 30 Prozent reduzieren, der weltweite Flugverkehr wird drastisch eingeschränkt und die Börsenkurse der Airlines fallen.

Plötzlich sind schnelle Änderungen möglich – angesichts von Corona viel wirksamer als Verhaltensänderungen durch „Flugscham“. Auch der Klimaschutz erfordert schnelles Handeln und es wäre problematisch darauf zu warten, dass sich kulturell verankerte Gewohnheiten und Verhaltensmuster langsam verändern. Es reicht nicht aus, von Einzelnen zu verlangen, zu verzichten und ihr privates Flugverhalten zu ändern. Wenn Gutwillige sich gegenseitig darin bestätigen, auf der richtigen Seite zu stehen, und dies stolz auf „Social“-Media-Kanälen vermarkten, kann zudem der Eindruck entstehen, es ginge mehr um konkurrente Selbstdarstellung als um Klimaschutz.

Mit sinkenden Preisen wurde das Fliegen für viele zugänglich, wurde praktisch demokratisiert und hat drastisch zugenommen, zumal Bahnfahren sehr teurer ist. Dass Kerosin nicht besteuert wird, ist eine fragwürdige indirekte Subventionierung. Aber muss Fliegen deswegen teurer werden zum Schutz des Klimas? Rein marktwirtschaftliche Regulierungen haben immer eine unsoziale Komponente. Hinzu kommt, dass nicht einzusehen ist, warum das Recht auf Schädigung der Umwelt käuflich sein sollte. Statt Ärmere vom Fliegen auszuschließen, gehören Flüge drastisch reduziert – so wie es nun aufgrund von Corona geschieht. Das gilt auch für Kreuzfahrten und den Tourismus insgesamt.

Zum Schutz des Klimas wurde über Schäden durch Fliegen und Tourismus bisher nur diskutiert und ein wenig Greenwashing betrieben. Wegen Corona geschieht nun wirklich etwas, auch in vielen anderen Bereichen – mit teils problematischen Folgen, etwa für die Demokratie. Nicht nur Fußballspiele, Messen und Großveranstaltungen werden abgesagt, sondern Zusammenkünfte jeder Art, auch Kundgebungen und politische Demonstrationen. Gastronomische und kulturelle Betriebe müssen schließen, das soziale Leben wird heruntergefahren.

Das heilige Wirtschaftswachstum schrumpft

Am Boden bleiben und Nachtzüge erhalten, fordert das Netzwerk Stay Grounded. (Foto: Stay Grounded)

Corona führt zu einem Sinken des Wirtschaftswachstums. War zunächst noch von einem geringeren Anstieg des Bruttosozialprodukts als erwartet die Rede, ist nun immer häufiger der Begriff Rezession zu hören. Die Weltwirtschaft könnte schrumpfen, so wie zuletzt in der Finanzmarktkrise 2008. Bei diesen Aussichten fallen die Börsenkurse. Dabei verlieren die einen innerhalb kürzester Zeit ihr Vermögen, während andere mit der Spekulation auf den Kursverfall gewinnen, zum Beispiel mit sogenannten Leerverkäufen. Sie leihen sich Aktien mit fallendem Kurs gegen eine Gebühr und verkaufen sie zu einem noch akzeptablen Preis. Wenn der Kurs dann im

Keller ist – was durch einen Verkauf im großen Stil beschleunigt werden kann – kaufen sie die Aktien billiger wieder ein und geben sie zurück. Solche Transaktionen finden automatisiert statt und können mit geringem finanziellem Einsatz hohe Gewinne bringen.

Dass eine Rücknahme des Wirtschaftswachstums (englisch „degrowth“) notwendig ist, vertreten Aktive der Klimagerechtigkeitsbewegung schon lange. Es sei allerdings die Frage, ob dieses Degrowth „by design or by disaster“ stattfinde, ob es also sozial verträglich gestaltet werde oder mit desaströsen Zuständen einhergehe. Die Krise in Griechenland ab 2014 gilt als Beispiel für „degrowth by disaster“. Damals hatte die Europäische Union unter Federführung der deutschen Regierung dem Land ein zerstörerisches Sparprogramm auferlegt. Die Folgen spüren die Menschen bis heute.

Die Folgen von Corona zeigen sich hierzulande erst langsam, aber schon jetzt ist deutlich, dass vor allem diejenigen, die ohnehin schon am wenigsten haben, von den materiellen Auswirkungen am härtesten getroffen werden. Nicht nur Großbetriebe, sondern viele Klein- und Kleinstunternehmen im Hotel- und Gaststättengewerbe oder im Veranstaltungs- und Messebau verlieren Kundschaft und Aufträge, Soloselbstständige und freiberuflich Tätige werden arbeitslos. Arbeitsplätze werden abgebaut werden, auch wenn großzügiges Kurzarbeitsgeld angeboten wird. Die Berliner Tafel zur Lebensmittelversorgung für Bedürftige hat ihre Ausgabestellen teilweise geschlossen. Menschen in Sammelunterkünften für Geflüchtete werden von den Behörden nicht ausreichend informiert. . Spätestens wenn das Gesundheitssystem an seine Grenzen kommt und die Krankenhausbetten nicht mehr ausreichen, dann ist das Desaster da.

Angesichts des zu erwartenden sozialen Elends wäre es zynisch, darauf zu hoffen, dass Corona wenigstens der Umwelt nützt. In China ist die Luft wohl deutlich sauberer geworden, nachdem die Millionenstadt Wuhan, wo der Virus zuerst ausgebrochen war, unter Quarantäne gestellt, der Verkehr eingestellt und viele Produktionsstätten geschlossen wurden. Aber das ist ja kein Dauerzustand. Sobald die Corona-Krise überstanden ist, wird die Wirtschaft wieder angekurbelt. Das ist in China teilweise schon der Fall, und im Moment rechnen Wirtschaftsinstitute auch für Deutschland ab dem Herbst wieder mit wirtschaftlichem Aufschwung. Besonders betroffene kleine Unternehmen und Selbstständige werden so lange kaum durchhalten und vom Markt verschwinden.

In Krisenzeiten mag es angeraten scheinen, möglichst schnell wieder in gewohnte Bahnen zurückzufinden. Aber es war ja auch vor Corona nicht alles gut, im Gegenteil. Nicht zuletzt dank Fridays for Future schien die Welt langsam zu begreifen, dass ein Weiter-so einem kollektiven Selbstmord gleichkäme. Diese ausbeuterische, auf Wachstum angelegte Wirtschaft hat keine Zukunft. Darum sollte jede Gelegenheit genutzt werden, deutlich umzusteuern.

Zeit zum Innehalten: Was tun?

Wirtschaft und Gesellschaft sind durch Corona erschüttert. Ist das soziale Leben weitgehend eingefroren, bleibt Zeit zum Innehalten, Nachdenken und Nachspüren. Könnte nicht diese zunächst erzwungene Ruhe genutzt werden, um anschließend anders weiterzumachen? Was ist wirklich wichtig im Leben, worauf kommt es an? Welche Produkte und Leistungen sind notwendig – für die Bedürfnisse, nicht für Profite – und legitim im Sinne globaler Gerechtigkeit? Welche Schritte wären erforderlich, um nicht länger auf Kosten anderer zu leben? Wie könnte – statt wieder die gleichen Wachstumsautomatismen und klimaschädigenden Pfadabhängigkeiten aufzubauen – die notwendige Re-Strukturierung unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation erfolgen? Wie ließe sich ein „degrowth by design“ einleiten als Prozess einer schrittweisen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft mit sozial-ökologischen Zielsetzungen?

Die Grundlagen dafür müssten heute geschaffen werden. Beispielsweise indem die Politik nicht wieder den Fehler der Bankenkrise macht und große private Unternehmen bedingungslos unterstützt. Stattdessen dürfte öffentliches Geld zur Rettung von Unternehmen nur eingesetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass damit auch öffentliche Miteigentums- oder zumindest Mitentscheidungsrechte gesichert werden. Denn es ist nicht einzusehen, warum die Privaten in wirtschaftlich guten Zeiten die Gewinne als private Profite einstreichen, aber

in schlechten Zeiten die Verluste von der öffentlichen Hand ersetzt bekommen. Bedingungslos und vor allem schnell sollten prekär Beschäftigte und kleine Selbstständige und Betriebe unterstützt werden, damit sie nach der Wirtschaftskrise wieder auf die Beine kommen.

Statt besonders klimaschädigende Unternehmen wie Flug- und Kreuzfahrtgesellschaften oder Tourismuskonzerne mit öffentlicher Beteiligung zu demokratisieren, um vielleicht auf lange Sicht eine Konversion in andere, sozial-ökologischere Geschäftsfelder zu vollziehen, könnte stattdessen in manchen Branchen schon jetzt eine unternehmensübergreifende Konversion eingeleitet werden. Warum nicht, statt Arbeitsplätze bei der Lufthansa zu retten, das Unternehmen schrumpfen lassen und einen Großteil der Beschäftigten in Betriebe des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs übernehmen, mit begleitenden Qualifizierungen?

Lebensnotwendige Produktions- und Dienstleistungsbereiche könnten in öffentliche Hand und in öffentliche, demokratische Kontrolle überführt werden. Nicht als patriarchal-autoritär geführte Staatsbetriebe, die bei jedem politischen Richtungswechsel wieder von Privatisierung bedroht sind, sondern als weitgehend lokal wirtschaftende Betriebe „für alle“. Wenn solche neuen öffentlichen Unternehmen sowohl nach innen als auch nach außen demokratisiert sind, wenn also sowohl die Beschäftigten als auch diejenigen, die ihre Leistungen nutzen, belastbare Mitentscheidungsrechte haben, dann sollten sie schon dadurch vor zukünftig drohenden Privatisierungen geschützt sein.

Corona hat unverhoffte Einschränkungen der Globalisierung und ein Bewusstsein für deren Risiken mit sich gebracht. Auch große Unternehmen denken nun über eine stärkere Regionalisierung der Wirtschaft nach. Das könnte ein guter Moment sein für den Aufbau weitgehend lokaler Wirtschaftskreisläufe, wodurch auch die sozialen Ungleichheiten zwischen den Lebensbedingungen in der Stadt und auf dem Land schrittweise behoben werden könnten. Dem Verkehr kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Ein Verbot von Inlandsflügen und die deutliche Einschränkung von Langstreckenflügen müssten verbunden werden mit einem weitgehenden Umstieg bei Personen- und Gütertransporten auf Schienen. Dafür wäre ein deutlicher Ausbau des Streckennetzes unter dem Gesichtspunkt der Versorgung, nicht der Profitabilität, notwendig.

All diese Maßnahmen kostet sehr viel Geld. Umso wichtiger ist es, dieses Geld gezielt und entsprechend den Interessen breiter Schichten der Bevölkerung einzusetzen, statt ohnehin Privilegierte und Mächtige zu fördern. Geld ist genug vorhanden, nur leider oft in falschen Händen. Corona könnte auch ein Anlass sein, gerechtere Besteuerungsregeln einzuführen und beispielsweise auf Profite aus Kursabstürzen an den Börsen empfindliche Steuern zu erheben.

Die Schere zwischen Arm und Reich wird sich durch Corona weiter öffnen. Die Politik diskutiert Hilfestellungen wie eine vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer oder ein sogenanntes Helikoptergeld als einmalige finanzielle Unterstützung. Es ist bezeichnend, dass diese Instrumente nicht etwa mit sozialem Ausgleich, sondern mit der Verbesserung der Kaufkraft im Sinne einer Stützung von Unternehmen begründet werden. Wäre es nicht Zeit, nun endlich das entwürdigende Hartz-IV-System mit seinen Sanktionen abzuschaffen und durch eine gerechte Grundsicherung oder gar ein bedingungsloses Grundeinkommen zu ersetzen?

Ein gutes Leben für alle, wirklich für alle!

All dies könnten Schritte in die Richtung sein, die beispielsweise das globale Netzwerk „Stay Grounded“ („Am Boden bleiben“) anstrebt. Es setzt im Kampf gegen den zerstörerischen Flugverkehr nicht auf moralische Appelle, sondern auf strukturelle Veränderungen. Die vermeintliche Lösung, sich für jede Flugreise mit Kompensationszahlungen freizukaufen, lehnt das Netzwerk als Greenwashing ab: „Die Kompensation ist ein moderner Ablasshandel: Sie ist wirkungslos, führt zu Landnahme im globalen Süden und löst das Problem nicht.“ In einem Positionspapier fordert Stay Grounded eine „Wirtschaft der kurzen Wege“ und einen „gerechten Übergang“ („Just Transition“) zu einem „Ende der Abhängigkeit von den umwelt- und

klimaschädlichsten Transportarten“. Unterzeichnet haben aus Deutschland unter anderem die Umweltverbände BUND und der Dachverband DNR sowie das globalisierungskritische Netzwerk Attac.

Netzwerke und Bündnisse wie „Stay Grounded“ oder „Ende Gelände“ und Bewegungen wie „Fridays for Future“ legitimieren sich durch ihr fachlich kompetentes und sozial verantwortliches Handeln selbst und treten für die Interessen der Vielen ein. Vielleicht vergleichbar mit den Forderungen nach Demokratie seit 2011 bei den Platzbesetzungen in den arabischen Ländern, in Spanien oder Griechenland sowie in der weltweiten Occupy-Bewegung. Lautstarke Proteste sind wegen Corona zurzeit auf den Straßen weniger deutlich wahrnehmbar. Ob verstärkte digitale Aufrufe und Petitionen wirklich etwas bewirken können, sei dahingestellt. Was jedoch in Zeiten von Corona dringend nottut, sind wirtschaftliche Alternativen, die im Sinne einer echten Nachhaltigkeit sozial-ökologisch wirksam sind und demokratisch gestaltet werden. Dafür gibt es in den sozialen Bewegungen seit Jahrzehnten Ideen und Konzepte sowie eine Reihe praktischer Ansätze.

Es geht nicht darum, die Wirtschaft zu retten, sondern es geht um Menschen. Um ein gutes Leben für alle, um würdige Arbeit ohne Ausbeutung, um das Recht auf Wohnen und – ganz aktuell – um eine Gesundheitsversorgung für alle. Die nächste Krise kommt bestimmt, umso wichtiger sind tragfähige Strukturen, die verhindern, dass sich doch wieder die Interessen der Stärkeren und wirtschaftlich Mächtigen durchsetzen.

Es wäre jedoch fatal, wenn dabei diejenigen in Vergessenheit gerieten, für die es zunächst schlicht ums Überleben geht. Von Corona in besonderem Maße bedroht sind die Schutzsuchenden an den europäischen Außengrenzen. Auf Lesbos und anderen griechischen Inseln müssen 42.000 Gestrandete unter unmenschlichen Bedingungen ausharren. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen fordert „angesichts der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus Covid-19 die umgehende Evakuierung der EU-Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln“. Prominente aus aller Welt rufen – unabhängig von Corona – dazu auf, „dass allen Personen, die sich an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei, also an unserer gemeinsamen Außengrenze als EU, in Not befinden, ein vorläufiger Schutz-Status eingeräumt wird. Das gilt ebenso für die Menschen, welche unter ganz unbeschreiblichen Bedingungen in Lagern auf den Ägäis-Inseln festgehalten werden.“

Menschenrechte sind unteilbar, doch sie werden durch eine wachstumsgetriebene, profitorientierte Wirtschaft permanent gebrochen. Überlegungen zu einer nachhaltigen Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft folgen im nächsten Raben Ralf.

DER RABE RALF April/Mai 2020, Seite 18/19

Teil 3: Trotz allem nicht aufgeben – Wirtschaftsdemokratie!

Kein Massentourismus, keine Kreuzfahrten, Flugzeuge blieben am Boden und die Autoproduktion kam zum Erliegen. Die Maßnahmen des Corona-Lockdowns, die auch unter Klimagesichtspunkten vernünftig waren, haben keinen Bestand. Das war zu erwarten. Obwohl bekannt ist, dass die Klimakatastrophe längst stattfindet und dass die klimapolitischen Ziele mit dieser Wirtschaft unerreichbar sind, hat die Politik nichts Besseres zu tun, als mit einem Konjunkturpaket dafür zu sorgen, dass es möglichst schnell wieder weitergeht wie bisher, auf den bekannten Pfaden, die schon heute die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen zerstören.

Kaum nehmen die Ansteckungen mit Corona ab, wird die Wirtschaft wieder hochgefahren. Das Konjunkturpaket soll die Rezession abfedern und ist auf Konsumanreize, Wirtschaftswachstum und Standortpflege ausgerichtet. Zwar gibt es wenigstens keine Abwrackprämie für Autos mit Verbrennungsmotor, aber auch die Subventionierung von Elektroautos geht in die falsche Richtung. Statt den Individualverkehr zu fördern, wäre es notwendig, den öffentlichen Nahverkehr attraktiver zu machen. Zuverlässiger, günstiger oder noch besser gleich kostenlos – und vor allem flächendeckend. Städtische Randlagen und ganze Regionen auf dem Land müssten problemlos autofrei erreichbar sein, denn der Verkehr gilt als einer der schlimmsten Klimakiller. In anderen Bereichen sinken die Treibhausgasemissionen seit 1990, beim Verkehr sind sie gleich geblieben.

Umweltschäden töten mehr Menschen als Corona

Dass Zahlen nicht immer verlässlich und daher mit Vorsicht zu genießen sind, zeigte sich in den letzten Monaten auch bei den verwirrenden Angaben zu Corona-Infektionen. Aber Zahlen sind nicht egal. So ist dem Epidemiologischen Bulletin des Robert-Koch-Instituts (RKI) vom Juni 2019 zu entnehmen, dass 2018, im zweitheißesten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnung, allein in Berlin 490 Menschen an der Hitze gestorben sind. Bundesweit wurde damals von etwa 10.000 Hitzetoten ausgegangen. Betroffen waren vor allem ältere Menschen, ebenso wie bei Corona. An dem Virus starben bisher laut RKI 217 Menschen in Berlin, in Deutschland insgesamt 9.063 (Stand 12. Juli 2020).

„Was wirklich wichtig ist“, versucht Attac mit Corona-Aktionen zu vermitteln. (Foto: attac.de/corona)

Noch gefährlicher sind die Auswirkungen der Luftverschmutzung. Im Oktober 2018 teilte das Umweltbundesamt mit, dass in den Jahren 2007 bis 2015 jährlich etwa 44.900 Menschen deutschlandweit vorzeitig durch Feinstaub gestorben seien. Das Ärzteblatt berichtete im Februar 2020 von einer Studie, wonach in Deutschland in jedem Jahr etwa 80.000 Menschen durch Luftverschmutzung sterben, weltweit wurden 4,5 Millionen Luftverschmutzungstote pro Jahr ermittelt. Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung oder auch nur annähernd drastische Eingriffe in die Wirtschaft wie bei Corona? Fehlanzeige.

Am 3. Juli verabschiedeten Bundestag und Bundesrat mit der Koalitionsmehrheit das sogenannte „Kohleausstiegsgesetz“ mit Milliardensubventionen für die Kohlereviere. Die Grünen kritisieren es zu Recht als „Kohleverlängerungsgesetz“.

Wie glaubwürdig ist angesichts all dessen der behauptete Bevölkerungsschutz durch die Corona-Politik? Steht wirklich die Gesundheit der Bevölkerung im Mittelpunkt, oder geht es um ganz andere Interessen?

In den Anfangszeiten der Corona-Pandemie schien es, als würden soziale Werte an Bedeutung gewinnen. Es wurde gefragt, was wirklich wichtig ist und was Menschen zum Leben brauchen. Angesichts der Gefahren des neuartigen Virus und der politisch und medial beförderten Angst vor Ansteckungen wurde die Verletzlichkeit aller Menschen spürbar. Die Bedeutung einer guten, zuverlässigen Gesundheitsversorgung geriet in den Blick. Es gab Momente der Wertschätzung für diejenigen, die in der Pflege arbeiten – das scheint schon fast wieder vergessen. In Lohnerhöhungen oder gar besseren Arbeitsbedingungen drückte sich das nicht aus, im Gegenteil. Vorerst bis zum Jahresende wurde die in der Pflege zulässige Arbeitszeit auf bis zu 12 Stunden am Tag ausgedehnt.

Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen werden zunehmend privatisiert und haben dann vorrangig die Aufgabe, Profite zu erwirtschaften. Die Kranken und zu Pflegenden sind Mittel zum Zweck, ebenso wie das Personal. Mit der Krankenhausfinanzierung durch Fallpauschalen wird der Dienst am Menschen auch in öffentlichen und freigemeinnützigen Einrichtungen betriebswirtschaftlichem Denken unterworfen. Die erschreckenden Auswirkungen auf die Gesundheit und auf die Beschäftigten zeigen Leslie Franke und Herdolor Lorenz anschaulich in ihrem 2018 fertiggestellten Film „Der marktgerechte Patient“. Sie zeigen jedoch auch, wie es anders besser geht, ohne Beratung von McKinsey und Co, wenn die Krankenhausleitung selbst die Verantwortung übernimmt.

Agroindustrie macht Hunger und Pandemien

Die Unterwerfung der Welt unter das Diktat der Profitmaximierung ist ein menschheitsbedrohendes Problem, das lässt sich kaum noch leugnen und war auch lange vor Corona klar. Schon 2008 hatte der Weltagrarrat – ein auf Vorschlag der Weltbank von den Vereinten Nationen einberufenes wissenschaftliches Gremium – einen Weltagrarbericht vorgelegt, wonach nur eine kleinbäuerliche Landwirtschaft im Sinne der

Ernährungssouveränität in der Lage sei, die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. 64 Länder hatten damals den Bericht unterzeichnet und damit Ernährungssouveränität zu ihrem politischen Ziel erklärt – Deutschland nicht. Ernährungssouveränität bedeutet, dass jedes Land und jede Gemeinde das Recht hat, über die eigene Landwirtschaft und Ernährung demokratisch selbst zu bestimmen.

Via Campesina, der Verband von Kleinbäuerinnen und Landlosen, hatte dies schon lange gefordert. Ernährungssouveränität geht weiter als Ernährungssicherung, bei der lediglich gewährleistet werden soll, dass alle Menschen genug zu essen haben – was jedoch nicht gelingen kann, so lange Landnutzung und Lebensmittelproduktion in der Hand von Konzernen und Finanzinvestoren liegen, die systematisch die Natur zerstören, indem sie Böden verseuchen und Grundwasser übernutzen, und die Arbeitenden unter oft sklavereiähnlichen Bedingungen ausbeuten. Nur eine kleinbäuerliche Landwirtschaft ist in der Lage, eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren.

Auch die Corona-Pandemie ist nicht plötzlich aus dem Nichts gekommen, sondern hat ihre Ursachen in der industriellen Landwirtschaft und Viehzucht sowie in der Abholzung von Urwäldern. Darauf wies beispielsweise der US-amerikanische Evolutionsbiologe Rob Wallace in einem Interview mit der Zeitschrift marx21 bereits im März 2020 hin. Durch die Globalisierung können sich die Erreger dann innerhalb kürzester Zeit weltweit verbreiten.

Während Deutschland noch glimpflich davon gekommen ist, sind andere Länder weitaus stärker betroffen, nicht nur vom Virus selbst. „In Folge der Covid-19-Pandemie könnten bis zum Jahresende täglich weltweit bis zu 12.000 Menschen an Hunger sterben“, teilte die internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam am 9. Juli in einer Pressemitteilung mit, „möglicherweise sogar mehr als an der Krankheit selbst“. Vor allem Frauen seien besonders betroffen. Gleichzeitig hätten die acht größten Lebensmittel- und Getränkeunternehmen seit Januar 18 Milliarden Dollar an ihre Aktionäre ausgezahlt, das sei „zehnmal mehr als der Betrag, den die Vereinten Nationen benötigen, um Hunger zu bekämpfen“. Oxfam fordert von den Regierungen finanzielle Hilfen und Schuldenstreichungen für arme Länder, außerdem die Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft.

Nicht die Wirtschaft retten, sondern Menschen

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin rechnet mit einem gegenüber 2019 um 9,4 Prozent verminderten Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr, das durch das Konjunkturpaket auf 8,1 Prozent abgemildert werden könnte. Einen solchen Wirtschaftseinbruch hat es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gegeben. Die Arbeitslosigkeit wird weiter zunehmen, viele kleine Unternehmen werden die Pandemie trotz Soforthilfen kaum überstehen. Mit großem Geld werden vor allem Großunternehmen unterstützt, über direkte Subventionen oder Kreditgarantien. Dieses „degrowth by disaster“ wird absehbar die ohnehin schon Benachteiligten und Marginalisierten besonders treffen, aber auch viele, die sich heute noch zur Mittelschicht zählen.

Eine aus Gründen der Klimagerechtigkeit dringend erforderliche Wachstumsrücknahme (degrowth) bräuchte stattdessen eine Wirtschaftspolitik des sozialen Ausgleichs, mit gerechter Besteuerung und einer zuverlässigen Grundversorgung für alle. Dafür wären gerade jetzt öffentliche Investitionen in öffentliche, demokratisch bewirtschaftete Infrastrukturen erforderlich statt Hilfen für Private. Denn warum soll „die Wirtschaft“ gerettet werden?

Die Wirtschaft ist keine Person, sie hat keine eigenen Rechte, ihr sollte endlich der Subjektstatus aberkannt werden, denn „die Wirtschaft“ gibt es nicht. Was heute gemeinhin darunter verstanden wird, hat aufgrund von Profitstreben, Konkurrenz und Wachstumsorientierung überwiegend destruktiven Charakter. In den ersten beiden Beiträgen dieser Artikelserie zum nachhaltigen Wirtschaften ging es darum, dass ein anderes Verständnis von Wirtschaft notwendig ist *(Rabe Ralf Februar und April 2020, jeweils S. 18)*. Das Wirtschaften sollte wieder in die Gesellschaft eingebettet sein, als ein Prozess zur Herstellung des Lebensnotwendigen, der den Menschen dient, ohne die die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören.

In Weltregionen, die noch nicht der kapitalistischen Marktlogik unterworfen sind, gibt es solche Ökonomien, die auf Selbsthilfe und Kooperation beruhen. Durch Privatisierungen und Landnahme sind sie jedoch gefährdet. Solidarische Ökonomien existieren weltweit teilweise jenseits, teilweise auch innerhalb der Märkte, als genossenschaftliches Wirtschaften und auch in öffentlichen Versorgungsökonomien *(Rabe Ralf Februar 2019, S. 20)*. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass ihr Antrieb nicht die Gewinnerwirtschaftung ist und dass sie mehr oder weniger demokratisch organisiert sind.

Das „Weltsozialforum Transformatorische Ökonomien“, das für Juni 2020 als große globale Veranstaltung in Barcelona geplant war, musste in dieser Form ausfallen. Stattdessen gab es ein umfangreiches Online-Programm. In einem „Internationalen Manifest für Solidarische Ökonomie“ weisen 45 Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftler und Studierende auf die Existenz und Bedeutung bereits existierender solidarökonomischer Strukturen in allen Kontinenten hin. Sie fordern, dass die Akteure der Solidarwirtschaft gehört werden, denn „Anpassungen des bestehenden Systems sind erforderlich, aber sie werden nicht ausreichen. Die durch die Solidarwirtschaft initiierten Experimente sind Träger neuer Beziehungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, sowohl in ihrer menschlichen als auch in ihrer nicht-menschlichen Dimension.“ Die Wirtschaft, die für die Zukunft notwendig sei, existiere bereits, für ihren Ausbau sei „eine neue Generation öffentlichen Handelns erforderlich“.

Jetzt erst recht – Wirtschaftsdemokratie

Demonstration für den Erhalt des Berliner Kinos Colosseum im Juli. Die Beschäftigten wollen eine Genossenschaft gründen. (Foto: arbeitsunrecht.de)

Mit der Forderung nach öffentlichem Handeln ist direkt die Frage der Demokratisierung angesprochen. Statt einer „marktkonformen Demokratie“, wie sie Kanzlerin Angela Merkel am 1. September 2011 propagierte, wäre umgekehrt eine Demokratisierung der Wirtschaft auf allen Ebenen – von lokal bis transnational – notwendig. Der Bielefelder Jura-Professor Andreas Fisahn spricht von einer derzeit „halbierten Demokratie“ und fordert, dass „ein emanzipatorischer Begriff der Demokratie auch ökonomische Gesetzmäßigkeiten in den Blick nehmen und ihnen gegenüber den Vorrang der Politik betonen“ muss.

Wirtschaftsdemokratie hat zwei Dimensionen, zum einen die betriebliche, zum anderen die volkswirtschaftlich-gesellschaftliche. Auf betrieblicher Ebene gibt es hierzulande genossenschaftlich organisierte selbstverwaltete Betriebe und Projekte, die oftmals aus dem ausdrücklichen Wunsch der Beteiligten entstehen, „ohne Chef und Staat“ arbeiten zu wollen. Einige von ihnen haben sich in Berlin im Kollektive-Netz zusammengeschlossen, eine Kollektive-Liste für den deutschsprachigen Raum ist im Aufbau. Diese Betriebe und Projekte solidarischen Wirtschaftens sind ein Vorschein des Morgen im Heute. Kollektivbetriebe und Hausprojekte, Solidarische Landwirtschaft und emanzipatorische Bildungsprojekte können als Keimformen verstanden werden, in denen neue Praktiken des sozialen Austauschs erprobt werden, beispielsweise in der Arbeit und Entscheidungsfindung, beim Teilen des Ertrages oder in der Gestaltung des sozialen Miteinander.

Die Übernahme bestehender Unternehmen durch die Beschäftigten – vor allem durch Betriebsbesetzungen in Lateinamerika bekannt geworden – ist hingegen in Deutschland sehr selten. Das soll sich nach Auffassung der Aktion Arbeitsunrecht ändern. Der von dem Kölner Publizisten Werner Rügemer 2014 initiierte Verein setzt sich für die Rechte besonders ausgebeuteter Beschäftigter ein, von Putzleuten und Hostel-Beschäftigten über Arbeitende in der Fleischindustrie bis zu Pilotinnen und Piloten. Auf einer Konferenz im Juni 2020 in Berlin diskutierten Fachleute unterschiedlicher Disziplinen zum Thema „Workers‘ Buy-out – Arbeiter*innen-Kontrolle statt Betriebe schließen“. In seiner Eröffnungsrede kritisierte Rügemer ausgesprochen scharf den „Pandemien- und Unternehmer-Staat Deutschland“. An dessen Stelle sollen nun die Arbeitenden selbst „in

einem großen demokratischen Experimentierfeld die Verantwortung“ für ihre eigenen Arbeitsplätze übernehmen und diese damit zukunftsfähig machen.

Wie demokratisches Wirtschaften über einzelne Betriebe hinaus möglich sein kann, möchte die niederländische Hauptstadt Amsterdam zeigen. Dazu hat die stellvertretende Bürgermeisterin Marieke van Doorninck die britische Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth beauftragt, gemeinsam mit der Stadtverwaltung einen Leitfaden für eine gedeihliche Stadtentwicklung im planetarischen Gleichgewicht zu erarbeiten. Das von Raworth entwickelte Modell einer sozial-ökologischen Donut-Ökonomie wurde im ersten Teil dieser Artikelreihe vorgestellt *(Rabe Ralf Februar 2020, S. 18)*. In weiteren Beiträgen soll es um die Erfahrungen aus Amsterdam gehen, sowie um die verschiedenen Vorstellungen von einem Green New Deal.

DER RABE RALF August/September 2020, Seite 18/19

Teil 4: Auch in Berlin: Profitable Raubzüge und hoffnungsvolle Alternativen

Mit dem vierten Teil dieser Artikelserie zu nachhaltigem Wirtschaften habe ich mich schwergetan. Das liegt nicht am Thema, sondern an den Umständen: Immer wieder habe ich mich gefragt, ob es nicht zynisch ist, über Ideen für eine bessere Welt zu schreiben und über kleine Ansätze der Umsetzung schon heute, während vor aller Augen millionenfach immer mehr Menschen weltweit ihre Lebensgrundlagen verlieren. Das ist nichts Neues, aber es wird sichtbarer und es rückt näher.

Hunger und existenzielle Not nehmen nicht nur aufgrund von Kriegen und Klimakatastrophe, sondern nun auch durch den weltweiten Lockdown zu. Nachdem das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos abgebrannt war, wurden die BewohnerInnen – Überlebende der lebensgefährlichen Flucht über das Massengrab Mittelmeer – in ein neues Zeltlager eingesperrt, ohne ausreichende Versorgung, ohne Schutz vor Corona, vor Überschwemmungen und Kälte. Gleichzeitig wurde Ende Oktober das seit acht Jahren bestehende selbstorganisierte Camp Pikpa, in dem überwiegend Ehrenamtliche besonders Schutzbedürftige betreut hatten, von der Polizei geräumt.

Was wirklich wichtig ist

Diese Dinge geschehen vor aller Augen. Macht sich nicht mitschuldig, wer zuschaut und dabei versucht, den Anschein von Normalität aufrechtzuerhalten, den täglichen Beschäftigungen nachzugehen oder mit dem Schreiben über nachhaltiges Wirtschaften in Berlin sogar Hoffnung zu verbreiten? Hoffnung für wen eigentlich? Für wenige Privilegierte, die das Glück haben, gut und sicher leben zu können? Was allerdings selbst in Berlin nicht für alle zutrifft. Auch unter dem rot-rot-grünen Senat wird abgeschoben, werden Menschen mitten in der Nacht aus ihren Betten gerissen und deportiert – selbst Kinder, Schwangere, alte und kranke Menschen.

„Mieten? Oder kaufen?“ – die Frage aus der Schaufensterwerbung der deutschen Bank stellt sich für viele nicht. (Foto: Elisabeth Voß)

Am 12. November hat das Bündnis „LeaveNoOneBehindNowhere“ öffentlich gemacht, dass in Berlin „nach wie vor ca. 50.000 wohnungslose Menschen mit und ohne Migrations- und Fluchtgeschichte in Massenunterkünften in Mehrbettzimmern mit Gemeinschaftssanitäranlagen leben“, ohne die Möglichkeit, Abstandsregeln einzuhalten, dem Virus schutzlos ausgeliefert. Obdachlose mit Krankheitssymptomen würden von Einrichtungen der „Kältehilfe“ nicht mehr aufgenommen. Die Berliner Bevölkerung gewöhnt sich mehr und mehr daran, dass Menschen auf der Straße, in Hauseingängen oder unter Brücken schlafen, manche in Mülleimern nicht nur nach Pfandflaschen, sondern auch nach Essbarem suchen.

Am 29. Oktober hatten Obdachlose ein leerstehendes Haus in der Habersaathstraße in Berlin-Mitte besetzt, wurden jedoch sogleich wieder von der Polizei vertrieben. Es weht ein rauer Wind in der Stadt. Selbst das langjährig bestehende anarcha-queer-feministische Wohnprojekt in der Friedrichshainer Liebigstraße 34 wurde am 9. Oktober unter rechtlich fragwürdigen Umständen geräumt. Der berüchtigte Eigentümer Gijora Padovicz verfügt über ein Firmengeflecht, dem nach Recherchen der MieterInnen-Initiative „Padowatch“ mindestens 200 Häuser gehören. Trotz breiter politischer Unterstützung setzte die Senatsverwaltung sich nicht für den Erhalt des Hausprojekts ein. Anfang August war die seit 35 Jahren kollektiv betriebene Kneipe Syndikat in Neukölln geräumt worden, nachdem das Haus von Pears Global erworben wurde, einem undurchsichtigen Imperium von Briefkastenfirmen, wie der Tagesspiegel berichtete.

Doppelt profitieren in der Krise

Diese Beispiele sind nur die aktuellsten Fälle von vielen, die geradezu eine Schneise der Zerstörung in alternative Strukturen von Wohnen, Arbeiten und Soziokultur in Berlin schlagen. Wagenplätze werden vertrieben, den legendären selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentren Drugstore und Potse in Schöneberg wurde gekündigt, der Drugstore ist bereits geschlossen, die Potse akut von Räumung bedroht, das Kreuzberger Kneipenkollektiv Meuterei ebenso. Investoren verleiben sich die Stadt ein, gerade hat der schwedische Immobilienkonzern Heimstaden rund 150 Häuser erworben. „Halb Berlin gehört wenigen tausend Multimillionären“ fand Christoph Trautvetter heraus, der im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Studie „Wem gehört die Stadt?“ erstellte. Im gleichnamigen Projekt können MieterInnen nach ihren Vermietern recherchieren.

Die finanzielle Übermacht der Investoren ist erdrückend. Daran ändert grundsätzlich auch der Mietendeckel nichts, der ohnehin zeitlich begrenzt ist, möglicherweise sogar gerichtlich gekippt wird und bislang nur für Wohnraum gilt. Der Lockdown macht die Situation für viele kleine Gewerbetreibende und Projekte – vor allem in der Gastronomie, im Veranstaltungs- und Kulturbereich – zusätzlich prekär. Die Corona-Maßnahmen führen zu einer immer stärkeren Kluft zwischen denen, die von der Krise profitieren, und denen, die verlieren. So gehören Konzerne der Digitalindustrie, Pharma- und Biotechunternehmen zu den Gewinnern. Die Milliarden der öffentlichen Hand haben vor allem Großunternehmen geretteten – auch solche, die wie BMW, Daimler oder VW erhebliche Dividenden ausgeschüttet haben, statt ihr unternehmerisches Risiko selbst zu tragen.

Demonstration „Shut down Mietenwahnsinn – sicheres Zuhause für alle“ am 20. Juni. (Foto: Günter Piening)

„So zerstört man die moralische Grundlage unseres Wirtschaftssystems“ war selbst in der Zeitschrift Capital zu lesen. Dass die BMW-ErbInnen Stefan Quandt und Susanne Klatten jeweils dreistellige Millionenbeträge ausgezahlt bekamen, führte in vielen Medien zu Empörung, die unter anderen Bedingungen keine Zweifel an Dividenden äußern. Wer hat, dem wird gegeben – war das nicht schon immer falsch? Eine Wirtschaftsweise, in der das Profitstreben dominiert, hat die Welt an den Rand des Abgrunds gebracht, dafür brauchte es Corona nicht. Aber wann, wenn nicht jetzt, wäre der Moment, endlich Schluss zu machen mit dem Irrsinn von unvorstellbarer Reichtumskonzentration in den Händen von einigen wenigen und von unvorstellbarem Elend so vieler Menschen weltweit?

„Social Business“ kann höchstens Symptome lindern

Das haben nicht nur progressive Kräfte verstanden. Auch die Reichen und Mächtigen dieser Welt sehen, dass es so nicht weitergehen kann. Das Weltwirtschaftsforum, das jährlich im Januar in Davos tagt, wurde für 2021 in den Mai und nach Luzern verschoben, Thema: „The Great Reset“. Ein Neustart von Wirtschaft und Gesellschaft nach der Pandemie, mit dem wie auf Knopfdruck alles gut wird – wie ein Imagefilm suggeriert. Ein „Davos-

Manifest 2020“ hat Forums-Gründer Klaus Schwab schon im Dezember 2019 verfasst. Demnach liegt „der universelle Auftrag eines Unternehmens in der Vierten Industriellen Revolution“ nicht darin, seinen Aktionären zu dienen, sondern es soll allen Beteiligten, den Mitarbeitenden und KundInnen, den Zulieferern, der lokalen Gemeinschaft und der ganzen Gesellschaft nützen.

Das Weltwirtschaftsforum ist seit 50 Jahren ein Treffpunkt von VertreterInnen von mehr als 1.000 Großunternehmen, aus Politik und Wissenschaft sowie von NGOs. Im Davos-Manifest von 1973 sind ähnlich schöne Worte zu lesen, den Raubbau an Mensch und Natur hat das nicht verhindert. Warum sollte es diesmal anders sein? Der Kapitalismus ist strukturell wandlungsfähig und seine Profiteure waren schon immer gut darin, ihr Handeln mit ideologischen Nebelkerzen in ein besseres Licht zu rücken.

Schwab ist einer der wichtigsten Protagonisten der Social-Business-Bewegung. Gemeinsam mit seiner Frau Hilde gründete er 1998 die „Schwab Foundation for Social Entrepreneurship“ als Schwesterorganisation des Weltwirtschaftsforums. Diese Stiftung möchte „Soziale Innovationen“ beschleunigen, indem sie führende SozialunternehmerInnen unterstützt und vernetzt, die soziale Probleme mit unternehmerischen Mitteln lösen möchten. Sicher sind darunter respektable und nützliche Vorhaben. Allerdings handelt es sich keineswegs um eine alternative Wirtschaftsweise, wenn diejenigen, die es auf Kosten anderer zu großem Reichtum gebracht haben, nun versuchen, mit marktgerechten Ansätzen die Probleme ausgewählter Zielgruppen zu lösen – von oben nach unten und nach eigenem Ermessen, ohne demokratische Legitimation. Mit solchen Geschäftsmodellen werden bestenfalls Symptome gelindert, aber sie ändern nichts an der fortschreitenden Ungleichheit. Oft dienen sie auch nur der Marktvorbereitung für zukünftige Profite *(Rabe Ralf April 2019, S. 20)*.

Hinzu kommt der Digitalisierungsschub, der durch die Pandemie weltweit enorm verstärkt wird. Auf die Risiken kann hier nicht im Einzelnen eingegangen werden, jedoch ist offensichtlich, dass privatwirtschaftliche ebenso wie staatliche Zugriffe auf immer mehr Daten sowohl Ungleichheit verstärken als auch entdemokratisierend wirken *(Rabe Ralf Oktober 2019, S. 16)*.

Destruktive Marktkonkurrenz

Eine zukunftsfähige, nachhaltige Wirtschaft müsste sich – statt Symptome zu behandeln – von Grund auf an sozialen Mindeststandards und planetaren Grenzen orientieren, wie es die bisherigen Beiträge dieser Serie dargelegt haben. Denn selbst wenn Klaus Schwab mit seinem Netzwerk beste Absichten verfolgen sollte, läge es gar nicht in deren Hand, die systemischen Zwänge einer kapitalistischen Marktwirtschaft außer Kraft zu setzen. Aus dem Prinzip der Konkurrenz folgt die Notwendigkeit der Rationalisierung und Kostensenkung – Kostenfaktoren sind menschliche Arbeit und Naturschätze. Das daraus resultierende endlose Wachstum vervielfacht die destruktive Kraft, die dieser Wirtschaftsweise eingeschrieben ist. Zunehmend werden Unternehmen, meist Start-ups mit digitalen Geschäftsmodellen, von vornherein für einen „profitablen Exit“ gegründet, also um sie nach einigen Jahren zum Höchstpreis zu verkaufen.

Vereinzelt gibt es engagierte Persönlichkeiten, die „gute“ Unternehmen aufbauen und sich der Ausbeutung von Mensch und Natur widersetzen. Diese können jedoch nur so lange bestehen, wie sie eine Nische mit ebenso engagierter, meist zahlungskräftiger Kundschaft bedienen. Ein Modell für die Gutwerdung des Kapitalismus sind sie nicht. Spätestens wenn sich die Big Player der globalen Ökonomie werbewirksam ein ökosoziales Mäntelchen umhängen, ist Skepsis geboten. Die engagierte Journalistin Kathrin Hartmann hat das in vielen ihrer Bücher detailreich beschrieben und gemeinsam mit Werner Boote im Film „Die Grüne Lüge – Weltrettung als profitables Geschäftsmodell“ für eine breite Öffentlichkeit überzeugend dargestellt.

Genossenschaften könnten es besser machen

Ein anderes Geschäftsmodell verfolgen genossenschaftliche Unternehmungen in unterschiedlichen Rechtsformen – oder sollten es zumindest. Viel zu viele Genossenschaften handeln, als seien sie Unternehmen wie andere auch und müssten möglichst gewinnträchtig am Markt bestehen. Eine Initiative von Mitgliedern Berliner Wohnungsgenossenschaften kritisiert beispielsweise, dass sich ihre Vorstände der Kampagne des

Verbands Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) gegen den Mietendeckel angeschlossen haben, gegen die Interessen ihrer Mitglieder. „Die Genossenschafter*innen“ setzen sich für eine Demokratisierung und für eine sozialere Ausrichtung ihrer Genossenschaften ein.

Ein Unternehmen, das direkt seine eigenen Mitglieder versorgt – in diesem Fall mit Wohnraum zu guten Konditionen – braucht marktwirtschaftliche Konkurrenz nicht zu fürchten, solange es in der Lage ist, mindestens gleiche, wenn nicht bessere Leistungen zu erbringen, als die Mitglieder am Markt bekommen könnten. Schwieriger ist es für genossenschaftliche Unternehmen, die am Markt tätig sind, in Handwerk, Handel oder anderen Dienstleistungen. Dort stehen sie im Wettbewerb, wie andere auch.

Allerdings werden Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe oder andere solidarwirtschaftliche Unternehmungen kaum sehenden Auges ihre eigenen Existenzgrundlagen zerstören. Sie folgen einer anderen wirtschaftlichen Logik, sind schon aus Eigeninteresse auf Nachhaltigkeit angelegt. Ein Landwirtschaftsbetrieb, der den Mitarbeitenden gehört, wird beispielsweise den Boden pflegen und die Mitglieder werden sich um würdige Arbeitsbedingungen für sich selbst bemühen. Ein kollektiver Handwerksbetrieb lebt vom Engagement seiner Mitglieder und von persönlichen Empfehlungen, so dass Qualität in jeder Hinsicht zum Geschäftsmodell gehört. „Solidarische Ökonomie“ bedeutet in diesem Sinne wirtschaftliche Selbsthilfe, beinhaltet jedoch darüber hinaus die Anforderung an die gesamte Wirtschaft, sich an Bedürfnissen auszurichten statt an Profitmaximierung *(Rabe Ralf Februar 2019, S. 20)*.

Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal dieser anderen Ökonomie von dem, wofür Schwab und andere stehen, ist die Demokratie. In einer solidarischen Wirtschaft handeln nicht die einen für oder gegen die anderen, sondern die Menschen sind in der Lage oder werden selbst befähigt, über die Erfüllung ihrer Bedürfnisse durch eigene wirtschaftliche Betätigung oder kollektive Beratschlagung zu entscheiden. Das heißt nicht, dass jede und jeder alles selbst tun muss, aber es bedeutet, dass alle wirtschaftlichen Prozesse öffentlicher Entscheidungsfindung und Kontrolle unterliegen.

Auf dem Ökomarkt am Chamissoplatz gibt es am 12. Dezember wieder Stände für solidarischen Direktkonsum. (Foto: Wandelwoche Berlin-Brandenburg)

Solidarische Grundversorgung in Berlin

Einige selbstverwaltete Betriebe haben sich im Netzwerk Berliner Kollektivbetriebe zusammengeschlossen, immer mehr BerlinerInnen organisieren ihre Versorgung mit Lebensmitteln in Solidarischen Landwirtschaftsbetrieben des Umlands, solidarische Direkthandelsinitiativen vertreiben Produkte von kollektiven, teils besetzten Betrieben aus anderen Ländern. Für eine umfassende Versorgung mit dem Lebensnotwendigen ist jedoch mehr erforderlich. Gerade in einer Großstadt wie Berlin ist die Grundversorgung eine öffentliche Angelegenheit, die nur durch öffentliche Unternehmen gewährleistet werden kann. Mit den Privatisierungsraubzügen der letzten Jahrzehnte ist vieles zerstört worden. Die Berliner Wasserbetriebe konnten immerhin – wenn auch zu einem unverhältnismäßig hohen Preis – Ende 2013 aufgrund eines erfolgreichen Volksentscheids rekommunalisiert worden. Um andere öffentliche Güter wird aktuell gekämpft, so soll beispielsweise die nächste Runde der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen & Co enteignen!“ bald beginnen.

Über die drohende Zerschlagung und Privatisierung der Berliner S-Bahn hat Felix Thoma im letzten Raben Ralf ausführlich berichtet. Das Bündnis „Eine S-Bahn für Alle“ fordert vom Senat und vor allem von Verkehrssenatorin Regine Günther (Grüne) die Rücknahme der Ausschreibung. Im Oktober hat die Bundesregierung das gesamte IT-System der Deutschen Bahn verkauft, die eigenen Steuerungsanlagen stillgelegt und die Hardware verkauft. Auf den Skandal machte das Bündnis „Bahn für alle“ am 1. November aufmerksam. Bündnissprecher Winfried Wolf warnte: „Die DB begibt sich damit in die Abhängigkeit zweier

US-Datenkraken, die es mit dem Datenschutz nie ernst nahmen, Konzerne, die in der EU so gut wie keine Steuern bezahlen. Es war das Handelsblatt, das am 28.10. dazu feststellte, ‚dass US-Konzerne im Zweifelsfall dem US-amerikanischen Recht unterliegen' und dass ‚die Datenschutzgesetze in den USA deutlich laxer sind und Dienste wie die NSA in großem Umfang Daten über Personen und Unternehmen sammeln'."

Der „Berliner Energietisch" begleitet kritisch die Verhandlungen zur Übernahme der bisher von Vattenfall betriebenen Berliner Stromnetze durch die öffentliche Hand. Mit dem Angebot von Vattenfall im Oktober 2020 an den Berliner Senat ist eine Rekommunalisierung, für die sich der Energietisch seit vielen Jahren einsetzt, in greifbare Nähe gerückt, allerdings zu einem hohen Übernahmepreis. Nun kommt auch wieder die Frage auf, was eine öffentliche Bewirtschaftung der Netze bedeutet, ob ein solches Unternehmen – wie bisher immer gefordert – zu 100 Prozent in der Hand des Landes Berlin sein soll oder ob auch eine genossenschaftliche Beteiligung wünschenswert wäre. Dies wurde schon 2012 in der Vorbereitung des Volksentscheids diskutiert.

Seit vielen Jahren engagiert sich das Netzwerk „Gemeingut in BürgerInnenhand" (GiB) für den Erhalt und gegen die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen. So sehen die AktivistInnen beispielsweise auch die Schulbauoffensive des Senats und die Übertragung von Schulgebäuden an die öffentliche, aber privatrechtlich als GmbH verfasste Wohnungsbaugesellschaft Howoge sehr kritisch. Angesichts der drohenden Überlastung von Intensivstationen irritiert es sehr, dass trotzdem Krankenhäuser geschlossen werden sollen – mit dem Ziel der Effizienzsteigerung, wie es von der Bertelsmann Stiftung und anderen neoliberalen Denkfabriken immer wieder propagiert wird. Die Idee einer wohnortnahen Versorgung, die auch die soziale Einbettung und psychosomatische Aspekte von Gesundungsprozessen einbezieht, scheint vollkommen ignoriert zu werden. Gemeingut in BürgerInnenhand setzt sich bundesweit für die Verstaatlichung von Krankenhäusern sowie für den Stopp von Krankenhausschließungen ein. In Berlin soll beispielsweise das Tempelhofer Wenckebach-Klinikum geschlossen werden, wogegen es heftige Proteste gibt.

Freundliche Nischen und soziale Kämpfe

Nach wie vor besteht eine große Herausforderung darin, die Infrastrukturen der Versorgung nicht nur von privater in staatliche Hand zu überführen, wo sie keineswegs einem zukünftigen Privatisierungsrisiko entzogen sind, sondern sie als demokratisch geführte öffentliche Unternehmen zu organisieren. Mit „Die Ökonomie des Alltagslebens" hat ein AutorInnenkollektiv 2019 eine Abhandlung „Für eine neue Infrastrukturpolitik" vorgelegt. Gerade gründet sich in Berlin eine Initiative, die das Modell der Donut-Ökonomie von Kate Raworth *(Rabe Ralf Februar 2020, S. 18)* in die Öffentlichkeit bringen möchte. Sie versteht sich als Teil des von der britischen Wirtschaftswissenschaftlerin ins Leben gerufenen „Doughnut Economics Action Lab" (DEAL), einer globalen Vernetzungsplattform für eine Wirtschaft, die soziale Mindeststandards gewährleistet, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Alle, die mitmachen, verpflichten sich auf ein paar Prinzipien, unter anderem zur Abgrenzung von Greenwashing und von allen Versuchen, die Donut-Ökonomie für eine neue Art von Kapitalismus zu benutzen. Also das Gegenteil vom „Great Reset", zu dem Anja Hilscher in der migrationspolitischen Onlinezeitschrift Migazin zutreffend anmerkte, sie sehe „keinen ernsthaften Grund, zu glauben, dass die mächtigsten Konzerne der Welt plötzlich zu Umweltschützern und Menschenfreunden mutiert wären".

Angesichts der Übermacht von Konzernen und einer willfährigen Politik drängt sich die Frage auf, ob kleine, freundliche Alternativen in Nischen je ausreichen können, eine Wende zu einer sozial-ökologischen Wirtschaftsweise einzuleiten. All das hier Geschriebene ist ein Versuch, wenigstens die unterschiedlichen Arten des Wirtschaftens zu verdeutlichen. In der Realität ist es oft komplexer und vieldeutiger. „Die Wirtschaft" gibt es nicht, weder die eine gute noch die andere schlechte, sondern sehr unterschiedliche Weisen, wie nachhaltig und gerecht – oder eben nicht – Gesellschaften die Bedürfnisse ihrer Mitglieder erfüllen.

Für das Verständnis kann es jedoch hilfreich sein, sich ein paar grundlegende Merkmale und Unterschiede wirtschaftlicher Prozesse zu verdeutlichen. Entscheidend ist das Zusammenspiel von dem, *was* wirtschaftliche Akteure tun, mit dem, *wie* sie es tun. Wenn (vermeintliche) AgentInnen nachhaltigen Wirtschaftens nur noch

selbstgewiss strahlend daherkommen, scheint mir ihr Lachen mitunter ins Reklamegrinsen oder gar Zähnefletschen abzugleiten. Wo kein Platz mehr ist für Fragen, Zweifel und die Möglichkeit des Scheiterns, da blinken in meinem Kopf alle Warnlämpchen. Angesichts der Lage der Welt und der Machtverhältnisse reicht es nicht aus, von der stromlinienförmigen Anpassung mal hier und da öffentlichkeitswirksam ein bisschen abzuweichen. Solidarisches Wirtschaften ist kein Sonntagsspaziergang, und nur wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

DER RABE RALF Dezember 2020/Januar 2021, Seite 18

Teil 5: Klimakatastrophe als Geschäftsfeld – Gegenwehr und Alternativen

Bis vor Kurzem schien es, als würde hinter der Corona-Krise die Klimakatastrophe verschwinden. Mit den tödlichen Unwettern im Juli auch in Deutschland rückte sie schmerzhaft ins Bewusstsein. Plötzlich traf dies Bedrohliche nicht „die anderen“, sondern es rückte näher, die eigenen NachbarInnen, Angehörigen und FreundInnen verloren ihr Hab und Gut, Hunderte starben.

Schon Corona hatte gezeigt, wie verletzlich das ist, was hierzulande bislang als alltägliche Normalität galt. Die Unwetter waren wohl erst ein Vorgeschmack darauf, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird. Katastrophen, wie sie Menschen anderenorts – vor allem, aber nicht nur – in den Ländern des globalen Südens schon lange erleiden müssen.

Hungerstreik in Berlin und globale Vernetzung

Langsam und stetig, wie eine Schildkröte: Der „Trossenstek“ ist ein Experiment. (Foto: welche-gesellschaft.org)

Am 30. August sind sieben junge Menschen in Berlin in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, aus Protest gegen die Untätigkeit der Politik. Sie erklären zu Recht: „Wir sind die letzte Generation, die noch handlungsfähig ist.“ Ebenfalls zu Recht betonen sie: „Es ist die wohl schwierigste und die entscheidende Aufgabe der Menschheitsgeschichte. Wir können in zwei Richtungen weitergehen. Gehen wir den Weg des Massenaussterbens oder ergreifen wir die Chance für einen gerechten Systemwandel? Noch haben wir die Wahl.“ Im Verhältnis dazu scheinen ihre konkreten Forderungen recht moderat. Von den drei KanzlerkandidatInnen fordern sie ein öffentliches Gespräch „über den Mord an der jungen Generation“.

Bis zum Redaktionsschluss Mitte September sah es so aus, als würden die Angesprochenen nicht darauf eingehen. Unabhängig davon, wie der Hungerstreik ausgeht, und auch unabhängig davon, welche Koalition für die nächsten Jahre die Bundesregierung bilden wird, stellt sich die Frage, ob und wie es gelingen kann, die Politik zu bewegen, nach Corona nicht das zerstörerische Wirtschaftssystem zu retten, sondern radikal umzuschwenken, um der Menschheit die Chance einer Zukunft zu geben. Darüber werden vermutlich nicht zuerst die Regierenden entscheiden, sondern sie werden – vielleicht, hoffentlich – darauf reagieren, wenn – ebenfalls vielleicht, hoffentlich – sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs), soziale Bewegungen und (potenzielle) WählerInnen noch stärker als bisher auch über Ländergrenzen hinweg zusammentun und lautstark gemeinsam entsprechende Forderungen stellen.

In der Nummer 1 des neuen Rundbriefs „Trossenstek“ des Netzwerks „In welcher Gesellschaft wollen wir leben“ sind einige Beiträge in diesem Sinne veröffentlicht. In einem Gespräch erkunden fünf AktivistInnen aus antirassistischen Bewegungen und der Klimagerechtigkeitsbewegung mögliche Verbindungen beider Themenfelder aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Bewegungserfahrungen. In einem Interview erläutert

Alassane Dicko aus Mali vom Netzwerk Afrique-EuropeInteract, was der Slogan „Der Klimawandel ist rassistisch“ genau bedeutet. In einem weiteren Beitrag geht es um die Reise der Zapatistas nach Europa *(siehe auch Rabe Ralf August 2021, S. 17)*. Berfin Gözen von Cenî, dem kurdischen Frauenbüro für Frieden, berichtet im Interview über die feministische Arbeit in Rojava und kommentiert kritisch einige Auseinandersetzungen in der gesellschaftlichen Linken in Deutschland.

Mit nachhaltigem Investment Gewinne machen

Mit zunehmender Sichtbarkeit der Klimakatastrophe klingen klimawandelleugnende Stimmen immer absurder und unglaubwürdiger. Für immer mehr Unternehmen ist es weitaus erfolgversprechender, sich an veränderte gesellschaftliche und marktwirtschaftliche Erfordernisse anzupassen. Bereits seit Jahrzehnten gibt sich beispielsweise das Weltwirtschaftsforum ökologisch und sozial *(siehe Teil 4, Dezember 2020, S. 18)*. Im dominanten profitgetriebenen Wirtschaftssystem lässt sich noch jedes Problem zur Ware machen, und so entstehen immer neue Geschäftsfelder, deren Vertreter marktbasierte Lösungen der Klimakatastrophe versprechen. Selbst der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) spricht nun vom klimaneutralen Umbau der Wirtschaft, für den „das richtige Innovationsklima“ nötig sei.

Ganz in diesem Sinne ist es dem machtvollen Finanzinvestor Blackrock gelungen, sich als Vorreiter der Nachhaltigkeit zu positionieren. Blackrock ist der größte in einer Reihe von neuen Finanzmarktakteuren, deren einziger Zweck es ist, Geld einzusammeln – von Reichen und Superreichen, aber auch von Pensionsfonds – und daraus mehr Geld zu machen. Blackrock berät die US-amerikanische Zentralbank Fed und auch die Europäische Zentralbank EZB, welche die 750 Milliarden Euro Corona-Wirtschaftshilfen aus dem Wiederaufbauprogramm der Europäischen Union verteilt. Der Finanzinvestor ist Aktionär in Öl- und Kohlekonzernen, in Rüstungsunternehmen und im Agrobusiness, berät aber gleichzeitig die Europäische Kommission in Nachhaltigkeitsfragen. Der CDU-Politiker Friedrich Merz war bis 2020 Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock in Deutschland und gehört zum „Zukunftsteam“ von Kanzlerkandidat Armin Laschet *(mehr zu Merz bei LobbyPedia)*. Mit „nachhaltigen Geldanlagen“ möchte Blackrock ökologische und soziale Probleme lösen.

Unter dem Titel „Der Konzern, dem die Welt gehört“ hatten JournalistInnen der Europäischen Mediengenossenschaft Investigate Europe schon 2018 umfangreiche Rechercheergebnisse zum Finanzinvestor Blackrock zusammengetragen. Dieser habe „eine größere Wirtschaftsmacht als nahezu aller Staaten der Welt“. Im September 2020 fand in Berlin ein „Blackrock-Tribunal“ statt, initiiert von dem kurz darauf verstorbenen Berliner Politikprofessor Peter Grottian und dem Kölner Publizisten Werner Rügemer. Nach der „Beweisaufnahme“ verlangte das „Urteil“ des Tribunals die Auflösung des Unternehmens und die Offenlegung aller Geschäftsunterlagen. Volkswirtschaftlich nützliche Teile sollten in die öffentliche Hand überführt und demokratisiert werden. Im Mai dieses Jahres fand auch in den USA eine „People’s Assembly on BlackRock“ statt.

Wohlklingende Klima-Scheinlösungen

Im September hat die Kampagne „Nein zu Scheinlösungen in der Klimakrise“ begonnen. Klima-Scheinlösungen dienten „häufig als grüne Beruhigungspille, um weitermachen zu können wie bisher“, heißt es in einem Positionspapier der Kampagne. Manche würden gar „das Risiko ungeahnter Katastrophen“ bergen, wie beispielsweise die technische Beeinflussung des Klimas mit Geoengineering. Viele würden „Kolonialismus und Ausbeutung fortführen“. Manches, was an sich richtig sei, könne in zu großem Umfang Schäden anrichten „oder als vollumfänglicher Heilsbringer kommuniziert werden“ und „von tatsächlich klimagerechten Lösungen ablenken“. Den Hoffnungen auf grünes Wachstum und neue Technologien wird eine klare Absage erteilt, weil „Wirtschaftswachstum immer mit Naturverbrauch einhergeht“. 26 Scheinlösungen von „Atomenergie“ bis „Wasserstoff“ werden jeweils kurz beschrieben und mit weiterführenden Quellen versehen. Darunter beispielsweise auch „Biokohle/Terra preta“, die ja gemeinhin einen guten Ruf hat. Kritisiert wird jedoch der

großflächige Einsatz zur CO_2-Speicherung und zur CO_2-Kompensation. Die meistens im globalen Süden angesiedelten Kompensationsprojekte führten oft zu Landraub oder ökologischen Problemen.

Auch die „Effizienz im Gebäudesektor“ wird kritisch gesehen: „Mit dem Argument der Effizienz wird häufig der Neubau von Häusern legitimiert, denn es heißt, bestehende Gebäude hätten einen hohen Energieverbrauch und teure Sanierungskosten. Die sogenannte graue Energie und die grauen Emissionen, welche bei der Herstellung der Baustoffe, beim Bau selbst und beim Transport anfallen, die Umweltwirkungen von Flächenverbrauch, Zersiedelung und Abriss werden dabei bisher nicht berücksichtigt.“

Bauen mit Holz sei ebenfalls nicht automatisch nachhaltig, sondern dies hänge von vielen Faktoren ab, und der Schaden könne auch höher sein als der Nutzen. Kritisiert werden auch Elektroautos, Emissionshandel, käufliche Herkunftsnachweise für Ökostrom und vieles mehr. Das Speichern von CO_2 in Pflanzen durch sogenannte „Nature-Based Solutions“ könne sinnvoll, aber auch problematisch sein. Wir bräuchten „eine Wirtschaft, die die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt – statt zunehmende Profite für wenige und Wachstumszwang“. Leider bewegt sich die Welt bislang in die entgegengesetzte Richtung.

Abreißen und neu bauen – eine von vielen Klima-Scheinlösungen. (Foto: Michael von Aichberger/ Pixabay)

Vereinte Nationen im Zangengriff der Konzerne

Im Sommer 2019 hatten die Vereinten Nationen mit dem Weltwirtschaftsforum ein strategisches öffentlich-privates Partnerschaftsabkommen (Public-Private Partnership) zur Umsetzung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung abgeschlossen. Auf Initiative des Transnational Institute forderten damals mehr als 400 namhafte Nichtregierungsorganisationen von UN-Generalsekretär António Guterres, das Abkommen zu kündigen. Die Vereinten Nationen sollten sich nicht dauerhaft mit Konzernen verbinden, die selbst Verursacher der sozialen und ökologischen Krisen sind. In einem offenen Brief wiesen sie darauf hin, dass es das Ziel des Weltwirtschaftsforums sei, die Rolle der Staaten zu schwächen. Der bisher politisch gesteuerte Multilateralismus solle in ein „Multistakeholder“-System umgewandelt werden, in dem private Unternehmen an globalen Entscheidungen beteiligt werden – im Namen des Klimaschutzes.

Angesichts der Corona-Krise erneuerten sie im vergangenen Frühjahr ihre Aufforderung, die Partnerschaft sofort zu beenden. Es sei typisch für diese Zusammenarbeit, dass die reichsten Länder sich durch exklusive Verträge mit privaten Pharmaunternehmen Impfstoffe gesichert hätten, während die Verteilung der Impfstoffe an die Ärmsten an die neue Multistakeholder-Gruppe Covax ausgelagert wurde, die zwischen Impfstoffherstellern, der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und den Gesundheitsbedürfnissen der Bevölkerung vermitteln solle. Anstelle des vom Weltwirtschaftsforum propagierten „Great Reset“ – eines großen Neustarts, der eher ein „Great Take Over“ sei, eine große Übernahme, mit der das UN-System durch privatwirtschaftliche Interessen zerstört würde – forderten sie einen „Democratic Reset“, einen demokratischen Neustart, denn: „Globale Krisen erfordern eine globale Steuerung im öffentlichen Interesse.“

Auch das sogenannte Freihandelsabkommen Ceta zwischen der EU und Kanada, das eigentlich ein Investitionsschutzabkommen ist, zielt darauf, die Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand drastisch zu beschneiden. Wenn es wirksam würde, wäre eine soziale oder ökologische Einhegung der Wirtschaft nahezu unmöglich. Jedes Unternehmen mit Sitz in Kanada könnte dann gegen jedes Land der EU vor einem privatem Schiedsgericht auf Unterlassung von Maßnahmen klagen, die Natur und Bevölkerung schützen sollen, wenn es dadurch seine Gewinnerzielungsmöglichkeiten eingeschränkt sieht. Damit würden die gewählten Parlamente in Wirtschaftsfragen entmachtet.

Der Macht der Konzerne etwas entgegensetzen?

Die Situation ist zum Verzweifeln, aber Aufgeben würde bedeuten, dass die Welt an die Wand fährt. Die Machthabenden sind in strukturellen Wachstumszwängen gefangenen und handeln oft genug auch aus persönlichen Karriere- und Bereicherungswünschen heraus. Aber selbst wenn sie es subjektiv gut meinen, werden sie – ob in Wirtschaft oder Politik – die Bedrohungen eher verschärfen als deren Ursachen endlich zu stoppen, solange sie für den Erhalt dieses Wirtschaftssystems handeln.

Es gibt kein Rezept für den notwendigen Bruch mit dem Bestehenden, lediglich die Einsicht in die Notwendigkeit, dass statt weiterem Wirtschaftswachstum nun Schrumpfung („Degrowth“) dringend notwendig ist. Das bedeutet ein drastisches Herunterfahren des Verbrauchs von Naturschätzen und Energie, vor allem in den reichen Ländern. Ob dieses Degrowth „by design or by disaster“ erfolgt, ob es also bewusst gestaltet wird oder in krisenhafter Verarmung breiter Bevölkerungsschichten endet, das werden die nächsten Jahre und Jahrzehnte zeigen.

Ein Vorschein des Neuen könnte das schöne E-Wort sein, das seit einiger Zeit salonfähig geworden ist. Mit dem Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“ ist das schrankenlose Eigentumsrecht wenigstens ein bisschen in Frage gestellt worden, auch wenn es eher um Vergesellschaftung geht (nicht um Verstaatlichung, sondern um Demokratisierung, das ist wichtig!) und die Enteigneten entschädigt werden sollen. Werner Rügemer hat soeben sein neues Buch „BlackRock & Co. enteignen!“ veröffentlicht. Dem schrankenlosen Recht auf Eigentum wird seine quasi-religiöse Selbstverständlichkeit abgesprochen, und vielleicht gelingt es nach und nach, sowohl ideell als auch materiell solche illegitimen Vermögensmassen abzuschaffen.

Kapital ist Macht. Ob es eigenes Vermögen ist oder die Verwaltung fremder Gelder – in jedem Fall bedeutet es Verfügungsmacht über andere Menschen und über die Natur – mit den bekannten zerstörerischen Folgen. Das Verlangen nach Macht und Herrschaft ist jedoch älter als der Kapitalismus, es stammt aus patriarchalen gesellschaftlichen Strukturen und schafft diese immer wieder neu, bis heute. Da ist es nicht damit getan, dass die Herren der Welt – meist weiß und älter – durch HerrscherInnen in gebührender Diversität ersetzt werden. Weder hat eine Kanzlerin Merkel den Feminismus dominant werden lassen noch ein Präsident Obama den Antirassismus. Auch divers besetzte Aufsichtsräte profitorientierter Unternehmen ändern nichts Grundlegendes. Das Prinzip Herrschaft – das es überhaupt erst ermöglicht, dass sich illegitim große Vermögensmassen bilden – gehört hinterfragt und abgeschafft.

Wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll, dann wird es darum gehen, die Reproduktion des Lebens, das heißt die Herstellung des Lebensnotwendigen – ob mit oder ohne Markt – auf friedliche und demokratische Weise gemeinsam zu organisieren. Überwiegend lokal und regional, aber auch im solidarischen globalen Austausch. Ansätze dazu gibt es schon heute *(„Solidarische Ökonomie“, Rabe Ralf Februar 2019, S. 20)*.

Berlin ist keine Insel

Eine Transformation der Ökonomie und eine überwiegend regionale Grundversorgung mit Lebensmitteln, Energie und Ähnlichem kann Berlin nicht allein organisieren. Die Stadt ist keine Insel. Eine andere Wirtschaft braucht eine gemeinsame Versorgungsregion Berlin-Brandenburg – nicht Standortpflege und globalen Wettbewerb, wofür die aktuelle Wirtschaftspolitik steht.

Die notwendige Abkehr vom Wachstum wird sich nur gemeinsam mit den BerlinerInnen und BrandenburgerInnen erreichen lassen, nicht gegen sie, denn es geht nicht um vorübergehende Maßnahmen, sondern um dauerhafte Veränderungen des Wirtschaftens. Das wird mit Notstand und autoritären Top-down-Zwangsmaßnahmen (selbst wenn es dafür politische Mehrheiten gäbe) nicht zu erreichen sein.

Wie ein demokratischer Prozess mit zunehmender Selbstermächtigung der Bevölkerung aussehen kann, ist eine große Frage. Er wird sicher konflikthaft verlaufen, aber auch Momente und Erfahrungen von Solidarität mit sich bringen. Und wer weiß, auch wenn es derzeit nicht viel Hoffnung zu geben scheint – gesellschaftliche Verhältnisse können sich innerhalb kürzester Zeit verändern. Auch zum Besseren.

Weitere Informationen:

www.welche-gesellschaft.org (Trossenstek)

www.netz-bb.netz.coop

www.klimascheinloesungen.de

DER RABE RALF Oktober/November 2021, Seite 20/21

Digitalisierung und Smart City

Smart City: Utopie oder Alptraum? In Berlin wächst die Infrastruktur für den neuen Mobilfunkstandard 5G – und die Kritik

Immer häufiger ist die Rede von der anstehenden „Großen Transformation“. Ein „Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) befasst sich seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 mit Zukunftsfragen. Im Frühjahr hat er den Entwurf einer Charta „Unsere gemeinsame digitale Zukunft“ vorgelegt, womit er „eine weltweite Diskussion über die Transformation zur Nachhaltigkeit im Digitalen Zeitalter“ anregen möchte. Die fortschreitende Digitalisierung scheint wie ein Naturereignis, das bestenfalls gestaltet, aber nicht verhindert werden kann.

Die Segnungen der Digitalisierung sollen sich beispielsweise in der Smart City niederschlagen. In der rot-rot-grünen Koalitionsvereinbarung behaupten die in Berlin regierenden Parteien: „Eine Smart City, intelligente Stadt, schafft es, Wachstum bei sinkendem Ressourcenverbrauch zu erreichen, Verwaltungsprozesse zu digitalisieren und digitale Teilhabe für alle zu ermöglichen.“

Ein „Zukunftsort“ soll beispielsweise der „Flughafen Tegel als Urban-Tech-Standort“ werden. Wenn der Flugbetrieb eingestellt ist, soll dort eines der größten Smart-City-Projekte in Europa entstehen. In dem Forschungs- und Industriepark sollen dann Technologien für die Stadt der Zukunft entwickelt werden: „der effiziente Einsatz von Energie, nachhaltiges Bauen, umweltschonende Mobilität, Recycling, die vernetzte Steuerung von Systemen, sauberes Wasser und der Einsatz neuer Materialien“. Dann soll dort auch das Schumacher-Quartier mit mehr als 5.000 Wohnungen gebaut werden, wo die smarten urbanen Technologien gleich eingesetzt werden können.

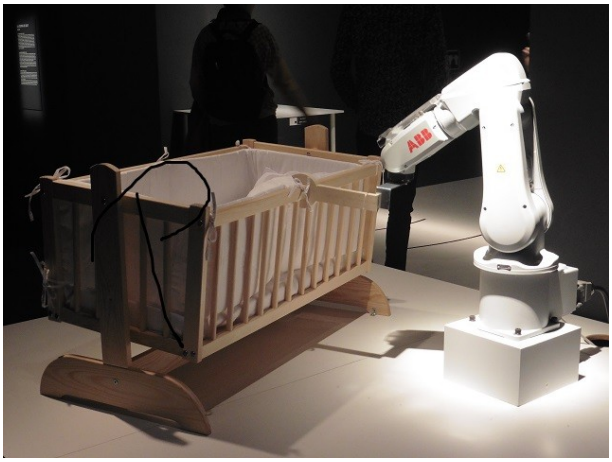
Was ist eigentlich eine Smart City?

Eine eindeutige Definition von Smart City gibt es nicht, es lassen sich jedoch einige Kernpunkte benennen. Die Smart City ist eine digitalisierte Stadt, in der idealtypisch alles mit allem vernetzt ist: im öffentlichen Raum alles, was sich bewegt, vor allem Fahrzeuge und Menschen, aber auch Infrastrukturen wie Schienen, Schilder oder Laternen – und irgendwann wohl auch Wände und Straßenbeläge. Ebenso die gesamte Kommunikations- und Gebäudetechnik, auch in öffentlichen Einrichtungen, sowie in den privaten Wohnungen die Unterhaltungs- und Haushaltsgeräte. Saugroboter oder

“Sprachassistenten“ wie Alexa sind erst der Anfang von diesem „Internet der Dinge“. Smart City bedeutet Totalvernetzung.

Durch das permanente Abgreifen von endlosen Datenmengen (Big Data) – auch als Data-Mining oder Datengrabbing bezeichnet – können mit entsprechenden Algorithmen neue „Erkenntnisse“ produziert werden, die euphemistisch als „künstliche Intelligenz“ bezeichnet werden. Jedoch sind es nach wie vor Geräte, die rein technische Schlussfolgerungen ziehen, deren Qualität einzig und allein von der Qualität der abgefangenen Daten und der Algorithmen zu deren Verarbeitung abhängt. Zu kreativen Leistungen sind Maschinen nicht fähig und können es auch nie werden. Insofern kann der Begriff „intelligent“ in diesem Zusammenhang als Kampfbegriff der Digitalindustrie verstanden werden, die der Profiteur dieser umfassenden technischen Aufrüstung ist.

Um immer mehr Lebensbereiche zu digitalisieren, müssen ständig neue Geräte angeschafft werden – ob ein solches Wachstum mit sinkendem Ressourcenverbrauch einhergehen kann, scheint äußerst fraglich. Hinzu kommt, dass allein für den Datentransfer umfassende technische Infrastrukturen – riesige Serveranlagen, Kabel und Sendemasten – wie auch große Mengen Energie produziert werden müssen. Der Berliner Verein Power Shift hat in seiner 2017 erschienenen Broschüre „Ressourcenfluch 4.0“ untersucht, wie die Digitalisierung weltweit Natur und Lebensgrundlagen vieler Menschen zerstört. Besonders tödliche Auswirkungen hat das Schürfen sogenannter Konfliktmineralien. Kriegerische Auseinandersetzungen fordern Millionen Tote, beispielsweise im Kongo.



„Optimierung der Elternschaft“, Objekt von Addie Wagenknecht (2012) in der Ausstellung „HUMAN+“ im Kunsthaus CCCB in Barcelona, 2015. (Foto: E. Voß)

Dass eine total vernetzte Produktion Beiträge zur Lösung der Rohstofffrage liefern könnte, ist für Power Shift ein Werbetrick, denn „gerade in diesem Bereich drohen Industrie 4.0, die Digitalisierung und die neuen Zukunftstechnologien neue und weitere Probleme aufzuwerfen, statt Antworten zu geben. Sie erzeugen neue Rohstoffbedarfe, die nicht über Recycling, Kreislaufwirtschaft oder gar einen heimischen Rohstoffabbau gedeckt werden können. Stattdessen liegt der Großteil der Abbaulasten auf den Bevölkerungen in den rohstoffreichen Ländern.“

Keine Smart City ohne 5G

Wenn eine ganze Stadt als Smart City mit Überwachungs- und Steuerungstechnologien ausgerüstet wird, müssen permanent riesige Datenmengen bewegt werden. Dafür wurde der neue Mobilfunkstandard 5G – die fünfte Generation von Mobilfunknetzen – entwickelt.

5G ist insbesondere für das flächendeckende autonome Fahren erforderlich. Ob es ethisch überhaupt vertretbar ist, Autos ohne verantwortliche Fahrzeugführung zuzulassen und damit Algorithmen die „Entscheidung“ zu überantworten, wie in einer Gefahrensituation zu reagieren sei, ist umstritten, trotzdem wird diese Technologie vorangetrieben. Nach ersten Versuchen auf dem Euref-Campus am Schöneberger Gasometer und auf dem Gelände der Charité fährt seit Mitte August ein autonomer Bus der BVG zwischen dem U-Bahnhof Alt-Tegel und dem Tegeler See. Bisher fährt noch eine Person zur Kontrolle mit.

In Berlin wurde soeben ein erster 5G-Versuchskorridor von Schöneberg bis Mitte fertiggestellt und in Betrieb genommen. An mehr als 20 Standorten hat die Telekom 70 5G-Antennen aufgestellt. Vodafone hat bislang einen 5G-Standort in Berlin, zwei weitere sollen folgen. Nach Auskunft der Senatsverwaltung für Wirtschaft unterstützt Berlin „den 5G-Mobilfunkausbau durch die Beseitigung von Ausbauhindernissen, zum Beispiel durch die Umsetzung von effizienteren, digitalen Verfahren zur Zustimmung und Genehmigung. Ebenso unterstützt Berlin die entgeltliche Nutzung öffentlicher Gebäude sowie die Nutzung von Trägerstrukturen im

öffentlichen Raum, wie Lichtmaste oder Werbeuhren, als Mobilfunkstandorte mit geringer Sendeleistung.“ Wirtschaftssenatorin Ramona Pop verkündet stolz: „Berlin stellt sich Zukunftsthemen frühzeitig. Für urbane Mobilitätskonzepte, Smart City, innovative Industrieanlagen oder klimafreundliche Verkehrswende ist der Mobilfunkstandard 5G notwendig. Mit der frühzeitigen Verfügbarkeit von 5G erhöhen wir die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes.“

Gegen den Betrieb der neuen 5G-Sendemasten gibt es jedoch erhebliche Bedenken. Harald Schumann und Elisa Simantke legten am 15. Januar 2019 in einem ausführlichen Bericht im „Tagesspiegel“ dar, dass sie anfangs glaubten, die Angst vor der Strahlenbelastung sei nur Spinnerei und Verfolgungswahn. Dann lasen sie Gebrauchsanleitungen von Handy-Herstellern, die vor möglichen Überschreitungen von Grenzwerten warnten. Sie fanden heraus, dass – trotz unterschiedlicher wissenschaftlicher Auffassungen – nur diejenigen in der EU und bei Bundesministerien politisches Gehör finden, die die Strahlung für unschädlich halten.

Eine private Forschungsgesellschaft namens „International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection“ (ICNIRP) dominiert die Meinungsbildung. „Aber schon bei dessen Adresse beginnt die Verquickung mit der staatlichen Ebene“, schreiben Schumann und Simantke. „Das Sekretariat des Vereins residiert mietfrei direkt im Bundesamt für Strahlenschutz im Münchner Vorort Neuherberg. Und die wissenschaftliche Koordination für ICNIRP erledigt praktischerweise die amtliche Leiterin der Abteilung für elektromagnetische Felder, Gunde Ziegelberger. Ihr Vorgänger war bis 2016 sogar Vorsitzender des Clubs. Zugleich fördert die Bundesregierung die Wissenschaftler-NGO mit rund 100.000 Euro pro Jahr.“ Enge Verquickungen des Vereins stellten sie auch mit der Weltgesundheitsorganisation WHO und der EU-Kommission fest, und bemängeln, die EU stecke „mehr als 700 Millionen Euro in Projekte zur 5G-Entwicklung, aber nicht eines davon dient der Risikoforschung“.

Eine Stadt mit Augen, Ohren und Sensoren

Das Konzept Smart City erhielt 2018 den Big Brother Award des Vereins Digitalcourage, ein internationaler Schmähpreis, den Medien als „Oscar für Datenkraken“ bezeichnen. „Eine ‚Smart City‘ ist die perfekte Verbindung des totalitären Überwachungsstaates aus George Orwells ‚1984‘ und den normierten, nur scheinbar freien Konsumenten in Aldous Huxleys ‚Schöne Neue Welt‘“, erläuterte Rena Tangens in ihrer Laudatio. „Der Begriff ‚Smart City‘ ist eine schillernd bunte Wundertüte – er verspricht allen das, was sie hören wollen: Innovation und modernes Stadtmarketing, effiziente Verwaltung und Bürgerbeteiligung, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Sicherheit und Bequemlichkeit, für Autos grüne Welle und immer einen freien Parkplatz.“

Datenübertragung eines 360-Grad-Kamera-Signals über 5G. (Foto: Marc-Steffen Unger/Deutsche Telekom AG)

Als warnendes Beispiel beschrieb sie eine smarte Straßenlaterne: „Die leuchtet nicht nur, sondern enthält auch gleich Videoüberwachung, Fußgänger-Erkennung, Kfz-Kennzeichenleser, Umweltsensoren, ein Mikrofon mit Schuss-Detektor und einen Location Beacon zum Erfassen der Position. Stellen wir uns dies noch kombiniert mit WLAN vor, mit dem die Position von Smartphones ermittelt werden kann, Gesichtserkennung und Bewegungsanalyse, dann ist klar: Wenn diese Technik in unsere Stadt kommt, werden wir keinen Schritt mehr unbeobachtet tun.“

Als weiteres Beispiel führt Tangens die niederländische Stadt Enschede an, wo diejenigen, die ein Smartphone mit aktiviertem WLAN bei sich tragen, mit der eindeutigen MAC-Adresse getrackt werden. Für „gutes Verhalten – zu Fuß gehen, Fahrrad fahren, öffentliche Verkehrsmittel nutzen –“ dürfen sie zur Belohnung einen Tag kostenlos parken. Die Bewegungsprofile bekommt ein privates Unternehmen.

In Berlin hat die Bundespolizei am Bahnhof Südkreuz in Schöneberg bis Mitte 2018 ein einjähriges Pilotprojekt zur Gesichtserkennung mit 300 Freiwilligen durchgeführt. In einem zweiten Versuch wird dort nun getestet, wie

zuverlässig Software auffälliges Verhalten erkennen kann: Liegt jemand am Boden, läuft über die Gleise, oder stehen auffällig viele Menschen zusammen? Die Überwachung soll bis zum Jahresende dienstags und mittwochs in markierten Bereichen des Bahnhofs mit Schauspielerinnen und Schauspielern ausprobiert werden.

Smarte Diktatur der Algorithmen?

Mit der Durchdigitalisierung aller Lebensbereiche wird sich alles verändern, auch die Demokratie. Dank Digitalisierung sollen politische Entscheidungen und deren Grundlagen transparenter werden und bessere Partizipation ermöglichen, vor allem in der Kommunalpolitik.

Mit dem Digitalisierungs-Hype tauchen viele neue Begriffe auf, wie die „Post-Voting Society“, die durch die Rundumüberwachung entstehen soll: „Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten, gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen. Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen.“ Dieser Satz stammt nicht etwa aus einem Kabarettprogramm, sondern aus der Broschüre „Smart City Agenda“, 2017 herausgegeben vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung und dem Bundesumweltministerium. Die Vision der „Post-Voting Society“ geht auf einen Vortrag im Rahmen der „Dialogplattform Digitalisierung“ des Umweltministeriums zurück. Dass diese Zukunftsmusik kritiklos in einer offiziellen Broschüre der Bundesregierung unter der Überschrift „Visionen eines hypervernetzten Planeten“ abgedruckt wird, sollte sehr ernst genommen werden.

Die Appisierung des Alltags

Wer nutzt heute keine Apps – diese kleinen digitalen Helferlein, die das Leben erleichtern oder sogar „die Welt ein bisschen besser“ machen sollen. Oft stehen sie gratis zur Verfügung oder sind schon in Smartphone, Smartwatch oder andere Geräte eingebaut. Aber sie sind keineswegs umsonst, bezahlt wird mit den eigenen Daten, der Währung des digitalen Zeitalters. So wird nicht nur für Maschinen und Geräte in der industriellen Produktion, sondern auch für Menschen ein „Digitaler Zwilling“ angelegt, ein detailreiches Datenprofil, das auf Schritt und Tritt dem lebenden Wesen ähnlicher wird. Damit wird die vermeintliche „Intelligenz“ der Algorithmen verbessert – durch schlichte Erhöhung der abgegriffenen Datenmengen, an denen sie sich schärfen können. Das erleichtert es der Produktwerbung, auf individuelle Wünsche immer gezielter einzugehen. Medien können Inhalte entsprechend den persönlichen Interessen anbieten – mit dem Risiko der digitalen Echokammern, in denen sich Fake News und Verschwörungstheorien gegenseitig verstärken. Angeblich soll es sogar möglich sein, kriminelle Handlungen zu erkennen, bevor sie begangen werden. Wer den Digitalen Zwilling kennt, maßt sich an, schon im Voraus zu wissen, was der lebendige Mensch zukünftig tun wird. In den USA und in China wird solch „präventives Profiling“ teilweise bereits in der Polizeiarbeit eingesetzt.

Das vielleicht Erschütterndste ist, dass der Einsatz solcher Technologien in der Regel keiner Zwangsmaßnahmen bedarf, sondern dass immer mehr Menschen freiwillig den Konzernen und staatlichen Einrichtungen ihre Daten überlassen. Damit sind Überwachung und Manipulation, bis hin zur Repression, Tür und Tor geöffnet.

Literatur:

Peter Hensinger, Jürgen Merks, Werner Meixner: Smart-City- und 5G-Hype. Kommunalpolitik zwischen Konzerninteressen, Technologiegläubigkeit und ökologischer Verantwortung, Pad-Verlag, Bergkamen 2019. www.pad-verlag.de

Das Çapulcu-Redaktionskollektiv veröffentlichte online mehrere Broschüren mit radikaler Digitalisierungs-Kritik sowie das Buch „Dele_te!“ (Unrast Verlag, Münster 2019). www.capulcu.blackblogs.org

Was fehlt

Auf die vielen Facetten von Digitalisierung und Smart City einzugehen ist hier nicht möglich. Im Beitrag fehlen vor allem die massiven militärischen und neokolonialen Interessen hinter dieser digitalen Aufrüstung, ebenso die Digitalisierung und Privatisierung der Bildung, wie sie von Akteuren wie Bertelsmann-Stiftung und Hasso-Plattner-Institut vorangetrieben werden.

Es fehlen auch die gravierenden Auswirkungen auf die Arbeitswelt und auf das alltägliche Miteinander. Themen wie Datenfreizügigkeit als Grundrecht und Menschenrechte für Cyborgs sind Vorboten der Veränderungen von Welt- und Menschenbildern in diesem kulturellen Wandlungsprozess. Erhebliche Auswirkungen gibt es auf Kommunalpolitik und Stadtentwicklung, besonders im Verkehrsbereich.

In Berlin wird das Smart-City-Konzept bereits im „Wohnpark Marienfelde“ der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft Gewobag umgesetzt. Europaweit wird über „Smart Villages“ (intelligente Dörfer) diskutiert.

DER RABE RALF Oktober/November 2019, Seite 16/17

Wer erklärt die Welt? Demokratie, Digitalisierung und 5G in den Zeiten von Corona

„Nach den Zeiten von Corona wird vermutlich vieles nicht mehr so sein wie vorher. Wie jede Krise wird auch diese dem Kapitalismus einen enormen Modernisierungsschub verpassen – wenn nicht deutlich gegengesteuert wird. Umso wichtiger ist es, die Meinungsfreiheit als Kernstück der Demokratie zu erhalten.“ So endete der Beitrag „Corona ändert alles?“ im letzten Raben Ralf. Mit schrittweisen Lockerungen bei gleichzeitiger Einführung der Maskenpflicht in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln sowie einem starken Digitalisierungsschub entwickeln sich nun Konturen einer „neuen Normalität“, die nichts Gutes ahnen lassen.

Da fehlt doch was … (Foto: Tim Lüddemann/Flickr, CC BY-NC-SA 2.0)

Die Welt scheint unsicherer geworden durch Corona. Das Erschrecken über die Erzählungen und Bilder aus den völlig überlasteten Krankenhäusern im italienischen Bergamo noch in den Knochen, könnte sich Erleichterung breitmachen angesichts des moderaten Verlaufs der Pandemie hierzulande. Könnte – wären da nicht die Warnungen vor einer zweiten, vielleicht auch dritten Welle der Infektion, die schlimmer werden könnte. Oder auch nicht, Genaues weiß keine*r. Einige der Meinungen über Corona scheinen schon einen fast religiösen Charakter zu haben. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind vielfältig, ebenso deren Interpretationen durch Fachleute aus medizinischen und anderen Gebieten.

Wissenschaft ist keineswegs objektiv, schon gar nicht, wenn ein neuer Sachverhalt erforscht wird. Wissenschaftliche Ergebnisse gelten, bis sie widerlegt sind, dieser Grundsatz unterscheidet Wissenschaft von Religion. Widersprüche und kontroverse Diskussionen sind ein Nährboden zur Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse, auch hier gilt das zapatistische „Fragend voran“. Gleichzeitig ist Wissenschaft interpretierbar und auch manipulierbar, mitunter gar käuflich.

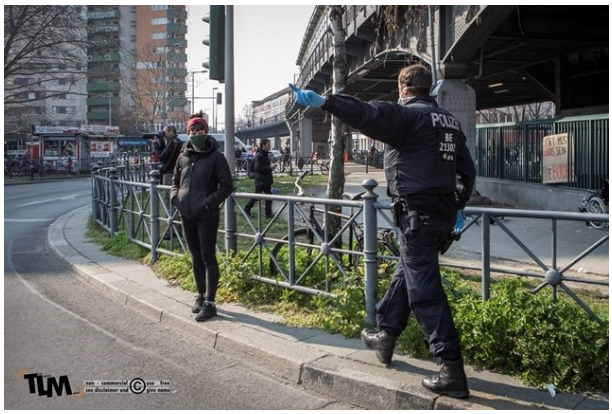
Um Missverständnissen vorzubeugen: Damit soll nicht gesagt sein, dass wissenschaftlich Tätige gekauft wären, sondern ein strukturelles Problem (von mehreren) angesprochen werden: Wenn Forschungsvorhaben und ganze Universitäten oder andere wissenschaftliche Einrichtungen zunehmend privat finanziert werden, dann hat das Auswirkungen, auch wenn kein direkter Einfluss der Geldgebenden auf die Forschungsergebnisse genommen wird. „Agenda Setting“ und die Formulierung von Forschungsfragen sind ein Feld des Kampfes um Deutungshoheit und Macht. Es reicht jedoch nicht aus, Wissenschaft ausschließlich staatlich zu finanzieren. Zusätzlich ist öffentliche und demokratische Kontrolle nötig.

Reine Menschenfreundlichkeit?

Die Corona-Zahlen, mit denen mal in diese, mal in jene Richtung argumentiert wird, sind widersprüchlich und offenbar trügerisch. Auch an manchen Schutzmaßnahmen kann gezweifelt werden. So ist beispielsweise

umstritten, ob das Tragen von Schutzmasken wirklich hilft. Auch die Regelungen, wer sich ab wann wieder mit wem treffen darf, wirken teilweise willkürlich, denn ein Virus richtet sich nicht nach der Uhrzeit oder danach, warum Menschen zusammenkommen. Eine gründliche Aufklärung über Infektionswege und Schutzmaßnahmen sowie einfache, nachvollziehbare Regelungen wären wohl hilfreicher und auch auf längere Sicht tragfähiger, wenn alle befähigt würden, selbst auf sich und andere zu achten. Dafür müssten allerdings staatlicherseits auch die entsprechenden Möglichkeiten gegeben werden. Bisher hat sich der Staat nicht durch besondere Fürsorglichkeit ausgezeichnet, im Gegenteil. Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, soziale Einsparungen und die Durchkommerzialisierung des Gesundheits- und Pflegesektors machen Gesundheit und Lebensdauer sehr abhängig vom sozialen Status.

Sollte der Staat wirklich aus reiner Menschenfreundlichkeit plötzlich große Teile des sozialen und wirtschaftlichen Lebens lahmgelegt haben, um Menschenleben zu schützen? Selbst wenn es ernst gemeint wäre, hätte es doch einen bösen Beigeschmack, denn als schutzwürdig gelten nicht alle. Viele sind am Arbeitsplatz gefährdet, und wer keine Wohnung hat, sondern auf eine Gemeinschaftsunterkunft für Obdachlose oder Geflüchtete angewiesen ist, kann sich nicht schützen. Noch schwerer trifft es Menschen in Flüchtlingslagern in den Mittelmeerstaaten oder außerhalb Europas.



Ende März: Polizei stoppt unangemeldeten linken Corona-Protest in Berlin. (Foto: Tim Lüddemann/ Flickr, CC BY-NC-SA 2.0)

Schockstrategie des Innenministeriums

Am 1. April veröffentlichte das Portal „Frag den Staat“ ein mit dem Vermerk „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ als vertraulich gekennzeichnetes Strategiepapier des Bundesministeriums des Inneren (BMI) aus dem März. Das war kein Aprilscherz, Medien berichteten. Unter der Überschrift „Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen“ werden verschiedene Szenarien und Überlegungen zur Krisenkommunikation formuliert. Ausgegangen wird von einem „Worst-Case-Szenario von über einer Million Toten im Jahre 2020“ in Deutschland. Dies sei „mit allen Folgen für die Bevölkerung in Deutschland unmissverständlich, entschlossen und transparent zu verdeutlichen“.

Für die Akzeptanz der Maßnahmen soll eine „gewünschte Schockwirkung“ erzielt werden, indem zum Beispiel dargestellt wird, dass Schwerkranke von Krankenhäusern abgewiesen werden und dann „qualvoll um Luft ringend zu Hause“ sterben. Damit soll gezielt die „Urangst“ des Erstickens angesprochen werden. Die Kommunikationsstrategie zielt auch auf Kinder: „Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie zum Beispiel vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann.“ Kindern mit dem Tod der Eltern drohen, damit sie sich die Hände wachen? Wer denkt sich so etwas aus?

Auch „Folgeschäden“ sollen geschildert werden, denn „selbst anscheinend Geheilte“ könnten „jederzeit Rückfälle erleben, die dann ganz plötzlich tödlich enden, durch Herzinfarkt oder Lungenversagen“. Dies würde „ständig wie ein Damoklesschwert über denjenigen schweben, die einmal infiziert waren“, ebenso wie „monate- und wahrscheinlich jahrelang anhaltende Müdigkeit und reduzierte Lungenkapazität“. Offensichtlich wurde diese gezielte Angstproduktion dann doch nicht in vollem Maße angewendet, aber allein solche Überlegungen wirken zutiefst irritierend. Angst kann krank machen und schadet dem Immunsystem. Am 10. Mai berichtete der Leiter der Rechtsmedizin an der Charité, Michael Tsokos, in der RBB-Abendschau von Menschen, die sich aus Angst vor Corona oder vor den Folgen das Leben nehmen. So etwas habe er noch nie erlebt. Als Ursache benennt Tsokos die „apokalyptische Überzeichnung einiger Virologen und Gesundheitspolitiker“. Für den Herbst rechnet er mit einem Anstieg der Todesfälle durch Suizid, wenn die wirtschaftlichen Folgen sich verstärken.

Kritik vor allem von rechts?

Ebenfalls am 10. Mai wurde ein rund 90-seitiger Auswertungsbericht „Coronakrise 2020 aus Sicht des Schutzes Kritischer Infrastrukturen“ aus der dafür zuständigen Abteilung KM 4 des Bundesinnenministeriums öffentlich. Kritische Infrastrukturen sind Wasser-, Energie-, Kommunikations- oder Verkehrsnetze, aber auch Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung. In dem Bericht heißt es: „Die Gefährlichkeit von Covid-19 wurde überschätzt“, gleichzeitig sei aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen bei den Kritischen Infrastrukturen „die aktuelle Versorgungssicherheit nicht mehr wie gewohnt gegeben“. Von einer „Desinformation der Bevölkerung“ ist die Rede und davon, dass „berechtigte Vorbehalte, die es in der Gesellschaft gibt, mit Extremismus gleichgesetzt“ würden, was „zu einer Verharmlosung des Extremismus“ führen würde.

Das BMI stellte noch am gleichen Tag klar, dass dieser Bericht von einem einzelnen Mitarbeiter des Ministeriums komme, der dafür nicht beauftragt gewesen sei. Es handle sich um dessen private Meinung und man habe „durch innerdienstliche Maßnahmen“ sichergestellt, dass er „nicht weiter den unzutreffenden Eindruck erwecken“ könne, „für oder im Namen des BMI“ zu handeln.

Die Ausarbeitung wurde von den rechtskonservativen Online-Magazinen „Tichys Einblick“ und „Achse des Guten“ veröffentlicht. Der BMI-Mitarbeiter und Autor des Berichts, Stephan Kohn, ist SPD-Mitglied und fiel bislang vor allem durch seine Kritik an „ungesteuerter Migration, die unsere Sozialsysteme belastet“ auf. Das sagt noch nichts darüber aus, ob die Inhalte des Berichts zutreffend sind oder nicht. Für eine kritische Analyse sei an dieser Stelle auf die Langfassung dieses Beitrags verwiesen. Jedoch scheint es mitunter, als käme Kritik vor allem von rechts.

Die „Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand“, die bundesweit unter der Bezeichnung „Hygienedemos“ Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen durchführt, versteht sich selbst als liberal. Mit vollmundiger Empörung und dem Grundgesetz in der Hand prangert sie ein „diktatorisches Hygiene-Regime“ an. In Rundbriefen und auf seiner Website spricht sich der in Gründung befindliche Verein zwar „gegen Nazis“ aus. Jedoch beteiligen sich dort zunehmend Rechte und Rechtsextreme, Linke organisieren Gegendemos. Allerdings wäre es zu einfach, alle Teilnehmenden pauschal als Rechte zu bezeichnen.

Es scheint, als habe ein Großteil der emanzipatorischen Linken es versäumt, Ängste und Unzufriedenheiten angesichts von Corona aufzugreifen, und als würde das Feld der Kritik an den Corona-Maßnahmen den Rechten überlassen. Dabei gäbe es vieles kritisch zu hinterfragen. Zuerst sicher die Selektivität der Maßnahmen, die Menschen je nach sozialer Situation unterschiedlich betreffen, manche ganz außen vor lassen und damit gesellschaftliche Spaltungen verdeutlichen. Dann auch die verwirrenden Zahlen, mit denen daraus abgeleitete Schutzmaßnahmen gerechtfertigt, aber nicht immer nachvollziehbar begründet werden, sowie die Einschränkung von Freiheitsrechten auf Basis von Verordnungen ohne parlamentarischen Beschluss und nicht zuletzt die umfassende Digitalisierung.

Angst statt Demokratie

Angst macht gefügig, wer Angst hat, wehrt sich nicht und ist vielleicht sogar dankbar, wenn der Staat Schutzmaßnahmen verordnet. Der Jurist Rolf Gössner, Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte, schrieb im April in der Onlineausgabe der Zeitschrift „Ossietzky“: „Anscheinend bekommt die Sehnsucht nach autoritärer Führung und autoritären ‚Lösungen‘, nach klaren Ansagen und Anordnungen … in Zeiten von Corona erheblichen Auftrieb.“ Und weiter: „Der hilflose Schrei nach dem starken autoritären Staat ist unüberhörbar.“ Der größte Teil der Bevölkerung nimmt die Grundrechtseinschränkungen klaglos hin, befürwortet sie oder fordert sogar Verschärfungen. Das politische Leben findet, wenn überhaupt, überwiegend online statt.

Mit der zunehmenden Durchdigitalisierung der Gesellschaft vollzieht sich bereits seit Jahren ein fundamentaler kultureller Wandel im Umgang mit Informationen und Kommunikation, verstärkt durch die selbstverständliche und flächendeckende Benutzung von Smartphones. In Corona-Zeiten wird die Digitalisierung alternativlos, und das weltweit gleichzeitig, umfassend, total. Selbst Kinder werden auf Online-Unterricht verwiesen, aus

Infektionsschutzgründen soll nur noch mit Karte statt mit Bargeld bezahlt werden – bislang immerhin freiwillig – und das digitale Suchtpotenzial explodiert. Wer gezwungen ist, zu Hause zu bleiben und fast alle sozialen Kontakte online pflegt, landet schnell in sich selbst verstärkenden Filterblasen und Fake-News-Echokammern. Dass nun Facebook und sein Messengerdienst Whatsapp, ebenso wie Twitter und Youtube, die Weiterleitung von Nachrichten, die sie als Fake News identifizieren, stoppen oder die Nachrichten gleich löschen, zeigt die beängstigende Macht dieser Digitalgiganten. Die Unterdrückung von „falschen Botschaften“ mit technischen Mitteln wurde schon im Herbst 2019 als Ergebnis des Pandemie-Szenarios empfohlen, das als „Event 201“ unter Mitwirkung der Bill & Melinda Gates Foundation an der US-amerikanischen Johns-Hopkins-Universität durchgespielt wurde *(Rabe Ralf April 2020, S. 12)*.

Sollen nun also die Digitalkonzerne oder die in ihrem Auftrag programmierten Algorithmen die Entscheidung treffen, was als wahr oder falsch zu gelten hat? Roger McNamee, ein Facebook-Investor und ehemaliger Berater des Inhabers Mark Zuckerberg, warnt stattdessen vor manipulativen Algorithmen. Im Interview mit dem Magazin „Heise online“ bezeichnete er am 9. Februar das Agieren dieser Konzerne als „einen neuen Unternehmens-Nationalismus“. Die Digitalkonzerne hätten mitunter mehr Macht als Staaten. Ihre „Amplifizierungs-Algorithmen“ seien darauf programmiert, mittels Auswertung des Online-Verhaltens ausgewählte Inhalte zu präsentieren, um die Aufmerksamkeit zu binden. Leute würden aber „am ehesten dranbleiben, wenn sie wütend sind oder Angst haben. Also bekommen wir Hate Speech, Desinformation und Verschwörungstheorien.“ McNamee plädiert dafür, solche Algorithmen zu verbieten und rechtlich zu verankern, dass „das Recht auf die eigenen Daten ein unveräußerliches Menschenrecht wird“. Er warnt: „Haben wir das Recht auf Selbstbestimmung einmal verloren, die Demokratie einmal aufgegeben, bekommen wir beides nur schwer wieder zurück.“

Umstrittene 5G-Technologie für das „Internet der Dinge“

Lange vor Corona begann bereits die Umstellung der technischen Infrastrukturen für die Datenübertragung. Mit der neuen 5G-Technologie sollen große Datenmengen schneller übertragen werden können, für industrielle Anwendungen, für das autonome Fahren und für das „Internet der Dinge“, wo alles mit allem vernetzt ist. In Berlin hat die Telekom 2019 mit dem Ausbau eines ersten 5G-Korridors von Schöneberg bis Mitte begonnen *(Rabe Ralf, Oktober 2019, S. 16)*. Bundesweit möchte sie 5G für mehr als die Hälfte der Bevölkerung zur Verfügung stellen, Vodafone verspricht, den neuen Standard bis nächstes Jahr für 20 Millionen Menschen einzurichten. Das Handelsblatt berichtete allerdings am 30. April über den „5G-Schwindel von Telekom und Vodafone“. Es handle sich um eine „Mogelpackung“, denn das 5G-Netz werde lediglich über eine neue Technik mit dem 4G-Netz verbunden. Durch ein Software-Update erscheine dann vielfach ein 5G-Logo auf dem Bildschirm des Smartphones, jedoch ohne die entsprechende Leistung. Für die müssten neue Antennen eingerichtet werden, darum werde es „noch Jahre dauern, bis der neue Standard mit seiner vollen Leistung wirklich in vielen Regionen Deutschlands verfügbar ist“.

Vielleicht ist das gar keine schlechte Nachricht. Denn der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments hat in einem Briefing für die Abgeordneten im Februar 2020 vor gesundheitlichen Risiken durch 5G gewarnt. Zusätzlich zu den Mikrowellen, die auch bisher schon verwendet werden, würden erstmals auch Millimeterwellen eingesetzt. Die Antennen müssten wegen ihrer begrenzten Reichweite „in sehr kurzen Abständen zueinander installiert werden, was eine Dauerexposition der Bevölkerung gegenüber Millimeterwellenstrahlung zum Ergebnis haben wird“. Der Wissenschaftliche Ausschuss für Gesundheitsrisiken, Umweltrisiken und neu auftretende Risiken habe im Dezember 2018 „die mit 5G einhergehenden Risiken vorläufig als hoch“ eingeschätzt. Der Wissenschaftliche Dienst erläutert, dass 5G „sehr hohe Pulsationsniveaus verwendet, um sehr große Datenmengen pro Sekunde übertragen zu können“. Studien über die Wirkungen elektromagnetischer Felder (EMF) würden „zeigen, dass gepulste EMF in den meisten Fällen biologisch aktiver und daher gefährlicher sind als nicht gepulste EMF“. Außerdem: „Je intelligenter das Gerät ist, desto mehr Pulsationen sendet es aus.“ Es würden „immer mehr Belege zu den biologischen

Eigenschaften hochfrequenter EMF vorliegen“ und „auf mögliche onkologische und nichtonkologische (hauptsächlich reproduktive, metabolische, neurologische und mikrobiologische) Wirkungen hindeuten“.

Trotz Gesundheitsrisiken 5G um jeden Preis

In Berlin wird ein neuer Mobilfunkmast aufgestellt. (Foto: Deutsche Telekom AG)

Ein „Aktionsplan 5G“ der EU sieht vor, „dass jeder Mitgliedsstaat mindestens eine Großstadt auswählt, die bis Ende 2020 ‚5G-fähig‘ sein soll, und dass alle städtischen Gebiete und die wichtigsten Landverkehrswege bis 2025 über lückenlose 5G-Abdeckung verfügen“. Zu diesem Zweck richtete die Europäische Kommission bereits 2013 „eine mit öffentlichen Mitteln in Höhe von 700 Mio. EUR ausgestattete öffentlich-private Partnerschaft (5G-PPP)“ ein.

Im Rahmen einer „Kommunikationsinitiative“ weist die Bundesregierung darauf hin, dass es „‚echte‘ 5G-Anwendungen“ zuerst „im Bereich der Produktionsautomatisierung in der Industrie geben“ wird. Sie behauptet, es gäbe „keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen elektromagnetischen Feldern bisheriger Mobilfunknetze und denjenigen von 5G-Sendeanlagen“ und von 5G gingen „keine gesundheitlichen Risiken“ aus. Gleichzeitig räumt sie ein, dass es wissenschaftlich nachgewiesen sei, „dass die Aufnahme elektromagnetischer Felder durch den Körper zu einer Erhöhung der Gewebetemperatur führt (sog. ‚thermische Wirkung‘)“. Wie das auf den Körper wirke, sei „noch wenig untersucht“, ebenso wie „eventuelle biologische und gesundheitliche Wirkungen der noch wenig erforschten Frequenzbänder (bei 26 Gigahertz und höher)“.

Auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag erklärte die Bundesregierung Ende März, es gebe zwar Publikationen, wonach „hochfrequente elektromagnetische Felder oxidativen Stress verursachen und dadurch negative gesundheitliche Wirkungen haben könnten“. Jedoch sei das Robert-Koch-Institut zu dem Schluss gekommen, „dass bisher ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Umweltbelastungen, der Entstehung von oxidativem Stress und verschiedenen Erkrankungen Gegenstand der Forschung und nicht nachgewiesen ist“. Entsprechende Forschungsergebnisse würden im Herbst 2022 vorliegen. Grenzwerte für elektromagnetische Felder würden so festgesetzt, „dass die nachgewiesenen gesundheitlichen Wirkungen sicher vermieden werden“. Die Grünen-Abgeordneten Bettina Hoffmann und Margit Stumpp kritisierten daraufhin, dass 26-Gigahertz-Anwendungen „teilweise jetzt schon im Rahmen von 5G-Pilotprojekten erprobt werden. Dies widerspricht dem Vorsorgeprinzip.“

Mit zweierlei Maß

Diese Kritik ist sehr ernst zu nehmen. Dass EU-Kommission und Bundesregierung trotz ernsthafter Warnungen vor gesundheitlichen Schäden den Ausbau von 5G forcieren, kann nur als vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohlergehen der Bevölkerung verstanden werden. Es drängt sich die Vermutung auf, dass es Lobbygruppen der Digitalwirtschaft gelungen ist, ihre profitable Agenda politisch zu verankern.

Ihnen dürfte die Corona-Pandemie ganz gelegen kommen. Die Durchdigitalisierung aller Lebensbereiche wird in unglaublicher Geschwindigkeit und fast ohne öffentliche Kritik umgesetzt. Unter dem Sachzwang der Infektionsvermeidung scheint sie alternativlos, und es ist zu befürchten, dass vieles davon bleiben wird. Selbst eine Tracing-App mit vollständiger Kontaktüberwachung zum Zweck der Nachverfolgung von Corona-ansteckungsverdächtigen Kontakten würden wahrscheinlich viele freiwillig nutzen, so wie sie schon jetzt Schritte und Herzschläge zählen und digital auswerten oder sich von ihren smarten Mitbewohnerinnen namens Siri oder Alexa dauerüberwachen lassen.

Rund um 5G gibt es reichlich Verschwörungsmythen von rechts, und dass es die Ursache für Corona sei, kann als Märchen abgehakt werden. Wenn jedoch 5G flächendeckend in Betrieb genommen würde, dann könnte es

durch die Belastungen mit elektromagnetischer Dauerbestrahlung möglicherweise zu Schädigungen des Immunsystems kommen. Das könnte anfälliger machen für Krebserkrankungen und Infektionen, auch mit Corona oder anderen Krankheitserregern. Im Sinne einer umfassenden Pandemie-Prophylaxe wäre es sicherlich sinnvoll, alles zu tun und nichts zu unterlassen, um die Gesundheit und die natürlichen Abwehrkräfte der Menschen zu unterstützen.

Auffällig ist das Missverhältnis zwischen der Ignoranz des Staates gegenüber den möglichen Gesundheitsgefahren durch 5G und den Corona-Maßnahmen, die angesichts des bisher moderaten Verlaufs der Pandemie hierzulande fast schon überfürsorglich wirken. Beides passt nicht zusammen, und so wirken die Corona-Schutzmaßnahmen nur begrenzt glaubwürdig. Nicht nur im Falle von 5G, sondern ebenso beim Umgang mit Corona drängt sich die Frage auf, um wessen Interessen es dabei geht und wem es nützt.

Deutlich wird auch, dass Veränderungen möglich sind, dass, was gestern noch selbstverständlich schien, heute schon vorbei sein kann, im Guten wie im Schlechten. Die Welt ist offensichtlich veränderbarer, als sie oft scheint. Das kann Angst machen, das kann jedoch auch ermutigen.

DER RABE RALF Juni/Juli 2020, Seite 18-20

Der Alltag wird kälter und körperlos. Über Corona-Maßnahmen und die Illusion von Sicherheit durch Digitalisierung

Mit Corona hat die Digitalisierung des Alltags einen Schub bekommen, der kaum noch rückgängig zu machen sein wird. Vor allem im Umgang mit persönlichen Daten verändert sich vieles, was jedoch schon lange vor Corona begonnen hat. Gab es gegen die Volkszählung 1987 noch umfangreiche Proteste, geben die meisten heute regelmäßig sehr viel mehr und sehr viel persönlichere Daten preis. Das Surfen im Internet funktioniert nur, wenn auf fast allen Seiten ungeprüft irgendwelchen Datenerfassungen und Datenschutzerklärungen zugestimmt wird. Facebook und Whatsapp beobachten jede digitale Bewegung und werten sie aus. Die „Datensammelwut“ potenziert sich, je mehr die Kommunikation ins Digitale verlagert wird.

Demonstration gegen biometrische Überwachung auf dem Berliner Alexanderplatz. (Foto: Digitale Freiheit/ Flickr, CC BY 2.0)

Mit Apps, die Schritte zählen oder den Blutdruck messen, haben sich schon lange vor Corona immer mehr Leute freiwillig selbst überwacht. Die sogenannten Wearables, am Körper zu tragende Datenerfassungsgeräte, ersetzen das eigene Gefühl für den Körper, an die Stelle des Vertrauens in die eigene Wahrnehmungsfähigkeit tritt kalte Technik. Statt lebendiger Körperlichkeit definiert scheinbar objektive Rationalität, was gesundheitlich gut oder wünschenswert ist – oder nicht. Diese massenhaft erfahrene Entfremdung von sich selbst spiegelt sich in gesellschaftlichen Entfremdungs- und Entkörperlichungsprozessen, die durch Corona einen zusätzlichen Verstärker bekommen haben. Der Atem des anderen kann meinen Tod bedeuten, umgekehrt stellt mein Körper eine potenziell tödliche Bedrohung für andere dar. Ob sich solche angstgesteuerten Vorstellungen und Distanzierungen je wieder heilen lassen?

Digitalisierung der Medizin

Die Bundesregierung und die Krankenkassen propagieren bereits seit Jahren die Digitalisierung des Gesundheitswesens. Immer mit dabei ist die Bertelsmann Stiftung. Mit ihrem Projekt „Der digitale Patient“ möchte sie „neue technologische Ansätze in den Dienst der Gesundheit“ stellen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Einsatz der sogenannten Künstlichen Intelligenz (KI), die keinesfalls intelligent ist, sondern allein aufgrund von Algorithmen, die von Menschen programmiert wurden, Schlussfolgerungen aus großen

Datenmengen zieht. Es werden beispielsweise Apps entwickelt, die anhand des Hustens oder sogar der Sprache erkennen sollen, ob eine Person an Corona erkrankt oder infiziert ist.

Am 6. Mai beschloss der Bundestag das „Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetz“ (DVPMG). „Wir erleichtern den Zugang zur Videosprechstunde, entwickeln die elektronische Patientenakte und das E-Rezept weiter“ erläuterte Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Nur einen Tag zuvor hatte sich der 124. Deutsche Ärztetag gegen das Gesetz ausgesprochen. Die „weitgehende Neuausrichtung des Gesundheitswesens“ sei „überstürzt und ohne Beteiligung von Patienten und Ärzten vorgenommen“ worden. Die ärztliche Schweigepflicht werde durch zentrale Online-Datenspeicher torpediert.

Als im letzten Jahr die Corona-App der Bundesregierung verfügbar war, luden sie sich Millionen auf ihr Smartphone. Datenschutzbedenken schienen ausgeräumt und es überwog der Wunsch, sich selbst und andere vor der politisch und medial allgegenwärtig gehaltenen Bedrohung zu schützen. Während die Corona-App zunächst anonym funktioniert, erfragt die Luca-App des privatwirtschaftlichen Unternehmens Culture4life GmbH persönliche Daten, speichert sie zentral und ermöglicht den direkten Kontakt mit dem Gesundheitsamt. Wer kein Smartphone hat, kann sie mit einem Schlüsselanhänger nutzen. Bald wurden allerdings Fehlfunktionen und Sicherheitslücken bekannt, so dass der Chaos Computer Club den „sofortigen Stopp“ und eine Überprüfung durch den Bundesrechnungshof forderte, denn die App wurde für Millionenbeträge von vielen Bundesländern eingekauft.

Die Verbraucherzentralen warnen vor Fake-Apps, die nur Daten sammeln. 77 WissenschaftlerInnen kritisierten, dass auf der Basis von Luca weitere Geschäftsmodelle entwickelt würden. So entstehe „eine Abhängigkeit von einem einzelnen Privatunternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht als Betreiber des Systems“. Sie warnen: „Wird die App Voraussetzung, um am öffentlichen Leben teilnehmen zu können, oder gar von Corona-Schutzverordnungen vorgegeben, ist die Freiwilligkeit nicht gegeben, da ein De-facto-Nutzungszwang entsteht.“

Corona-Tests als Eintrittskarte

Auch das Testen auf Corona ist nur begrenzt freiwillig, denn ein tagesaktueller Test ist an vielen Orten die Voraussetzung des Zugangs. Außerdem sind die dabei erhobenen Daten keineswegs geschützt. Die Süddeutsche Zeitung berichtete am 18. März unter Berufung auf Rechercheergebnisse der Gruppe Zerforschung: „136.000 dieser Testergebnisse standen wochenlang ungeschützt im Netz.“ Schon im August letzten Jahres waren 44.000 Testergebnisse von Reiserückkehrenden in Bayern verloren gegangen.

In diesen Fällen war es wohl „nur“ ein Mix aus verantwortungsloser Geschäftemacherei, Unkenntnis und Schlamperei. Aber selbst bei bestem professionellem Bemühen gibt es keine hundertprozentige Sicherheit im Internet. In einem fortlaufenden Aufrüstungswettbewerb laufen DatenschützerInnen den Angreifern hinterher und versuchen immer neue Schlupflöcher abzudichten. Wenn es nicht gelingt, kann großer Schaden angerichtet werden. So war beispielsweise das Berliner Kammergericht monatelang arbeitsunfähig und es entstand ein Millionenschaden, nachdem seine Rechner im Herbst 2019 von einem Trojaner befallen wurden. Auch die Berliner Humboldt-Universität wurde angegriffen, konnte sich jedoch besser schützen.

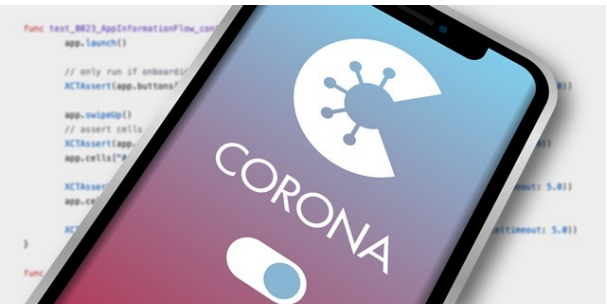
Mit zunehmender Digitalisierung nehmen auch die Risiken zu. So fanden im März dieses Jahres JournalistInnen des Bayerischen Rundfunks Datenlecks in der bundesweit genutzten Lern-App Anton. Einsehbar waren „Vor- und Nachnamen von Schülerinnen und Schülern, außerdem Informationen zu Lernfortschritten, Klassen- und Schulzugehörigkeit und zu welchen Uhrzeiten sie eingeloggt waren“. Es wäre sogar „für Außenstehende theoretisch möglich gewesen, sich als Lehrkraft auszugeben und Nachrichten an Schülerinnen und Schüler in Lerngruppen einzustellen“.

Datensicher einkaufen?

An vielen Kassen wird darum gebeten, aus Infektionsschutzgründen auf Barzahlung zu verzichten. Allerdings überträgt sich Corona über Tröpfchen und Aerosole, es ist keine Schmierinfektion. Folgerichtig bezeichnet die Nichtregierungsorganisation Digitalcourage die Aufforderung als „Quatsch“, denn bargeldloses Zahlen habe

„wenig Sinn für den Infektionsschutz, aber zugleich viele Risiken für uns als Verbraucher“. Mit jedem Geldfluss über Karten und Konten würden Datenspuren gelegt.

Der ohnehin zunehmende Onlinehandel, mit erheblichen Belastungen für Verkehr und Umwelt, ist mit Corona deutlich angewachsen. Nach Angaben der Statista GmbH stieg der Online-Umsatz in Deutschland 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 23 Prozent auf fast 73 Milliarden Euro. Wie überall gibt es auch dort Probleme mit der Datensicherheit. So fand die Gruppe Zerforschung die Bestelldaten der letzten Monate des Berliner Lieferdienstes Flink, und auch beim Berliner Start-up Gorilla waren Millionen Bestelldaten öffentlich einsehbar.



Die Corona-App läuft zunächst anonym, andere Apps nicht. (Bild: Frank-Andreas Jütte/Iximus/Pixabay)

Kleine Unternehmen und Selbstständige haben besonders unter der Corona-Krise zu leiden und viele fürchten um ihre Existenz, währen die Großen gewinnen. Der größte Gewinner ist Amazon. Seinen Gewinn konnte der Konzern im ersten Quartal 2021 gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres verdreifachen, auf 8,1 Milliarden Dollar – auch auf Kosten der Beschäftigten, denn das Unternehmen ist für seine schlechten Arbeitsbedingungen bekannt. Medienberichten zufolge haben im Februar drei ehemalige leitende IT-Mitarbeiter über fehlenden Datenschutz bei Amazon informiert. Aufgrund ihrer Warnungen seien sie „entlassen oder aus dem Unternehmen gedrängt worden“ *(Heise online, 25.3.2021)*.

Menschen werden zur Nummer

Mit dem neuen Registermodernisierungsgesetz (RegMogG) „wird die Steuer-Identifikationsnummer als ein übergreifendes ‚Ordnungsmerkmal‘ für besonders relevante Register eingeführt, zum Beispiel das Melderegister, Personenstandsregister und Fahrzeugregister“, erläutert die Bundesregierung. Dies soll der Durchsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) dienen, das Bund und Länder verpflichtet, „ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten“.

Digitalcourage hat der Bundesrepublik Deutschland für das Vorhaben einer lebenslangen Personenkennziffer den Big Brother Award 2020 in der Kategorie „Geschichtsvergessenheit“ verliehen. Laudator Padeluun führt zur Begründung an, dass es solche Personenkennziffern auch im Nazideutschland und in der DDR gegeben habe. „Sie widersprechen dem Geist des Grundgesetzes.“ Das Bundesverfassungsgericht habe solche Vorhaben bereits mehrfach abgelehnt. Padeluun erwähnt einen Nationalen Normenkontrollrat, „der ein von McKinsey & Company ausgearbeitetes Gutachten vorstellte, mit dem Fazit, es bräuchte ein ‚Registermodernisierungsgesetz‘, damit ließen sich 6 Milliarden Euro einsparen“. Dies sei ein „Verbrechen gegen das Grundgesetz“, und die „sechs Milliarden Euro, die es offenbar kostet, Verwaltungsdatenbanken getrennt verwalten zu lassen, sind gut investiertes Geld, um die Bevölkerung vor dem Staat zu schützen. Und diesen Schutz braucht es nicht nur, wenn noch mehr Faschisten in die Parlamente kommen, sondern auch und gerade, wenn sich dort lupenreine Demokraten tummeln.“

Noch weiter soll das Gesetz zur Weiterentwicklung des Ausländerzentralregisters gehen, für das bereits ein Entwurf vorliegt. Digitalcourage kritisiert, für die Bundesregierung „scheint der Datenschutz für Menschen ohne deutschen Pass nicht zu zählen“, wenn neben den persönlichen Daten auch „intime Details wie sexuelle Orientierung, Religionszugehörigkeit, politische Ansichten und Fluchtgeschichten“ zentral erfasst werden sollen. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl protestiert: „Politisch ist der Gesetzentwurf unerträglich. BAMF-Bescheide, Gerichtsentscheidungen, Stellungnahmen über Gesundheit oder Reisefähigkeit und sonstige persönliche Unterlagen haben in einem zentralisierten, zum Abruf freigegebenen Register nichts, aber auch gar nichts verloren.“

Vielleicht ist das ein erster Schritt zur Einführung der ID2020, einer digitalen biometrischen Identität für alle Menschen weltweit, die laut Deutschlandfunk von einer „Allianz von Hightech-Konzernen wie Microsoft und

Accenture, der Rockefeller-Stiftung, großer Hilfsorganisationen wie Mercy Corps, Care und der von Bill Gates finanzierten Impfallianz Gavi“ angestrebt wird. Sie soll allen Menschen ermöglichen, jederzeit ihre Herkunft, Ausbildungsgänge, Krankheiten et cetera nachweisen zu können – angeblich ganz selbstbestimmt. Jedoch fordert Gates bereits, eine biometrisch nachzuweisende Coronaimpfung müsse „Voraussetzung werden für grenzüberschreitendes Reisen“ *(Deutschlandfunk Kultur, 19.10.2020)*.

Körperlose Begegnungen

Seit persönliche Treffen aufgrund der Corona-Maßnahmen stark eingeschränkt und für größere Gruppen gänzlich unmöglich geworden sind, gehören Videokonferenzen für immer mehr Leute zum Alltag. Es ist ja auch so bequem, mensch muss nirgendwo mehr hinfahren, kann gemütlich zu Hause sitzen und sich mit anderen austauschen, egal ob diese anderen irgendwo in der Nachbarschaft, in einer anderen Stadt oder auf der anderen Seite der Welt sitzen.

Die Kommunikation bekommt dadurch jedoch einen anderen Charakter. Sie wird distanziert, körperlos, Menschen erfahren einander nur noch sehr eingeschränkt. Die Wahrnehmung reduziert sich auf Worte (die nicht immer gut zu verstehen sind) und auf das flache Format des Bildschirms. Körpersprache ist nur noch sehr eingeschränkt möglich, das körperliche Aufeinander–bezogen-Sein zwischen allen Teilnehmenden als Gruppe, das Sich-im-Raum-Bewegen und die informelle Interaktion fallen weg, es gibt keine Pausengespräche mehr (die virtuellen „Breakout-Rooms“ bieten kaum einen Ersatz dafür) und vor allem ist kein persönlicher Augenkontakt mehr möglich, der doch auch ohne Worte so viel sagen kann.

Die erste Generation der „Wearables“ ist schon wieder Elektroschrott. (Foto: Aaron Parecki/Flickr, CC BY 2.0)

Aus der digitalen Welt gibt es kein Entkommen. Dabei soll nicht bestritten werden, dass all die neuen Kommunikationsmöglichkeiten auch emanzipatorische Potenziale haben. So wäre beispielsweise die Organisation der aktuellen Reise von ZapatistInnen aus dem mexikanischen Chiapas nach Europa ohne digitale Kommunikation zumindest sehr schwierig. Die munizipalistischen Bewegungen, die sich in Barcelona und anderen spanischen Städten für selbstorganisierte Kommunalpolitik einsetzen, nutzen die Software Decidim, die eigens für Diskussionen, Zusammenarbeit und Abstimmungen in der Bevölkerung programmiert wurde. Für Menschen auf der Flucht ist das Smartphone ein lebenswichtiges Werkzeug, mit dem sie Kontakt zu Angehörigen halten sowie Informationen und Hilfe bekommen können. Das selbstorganisierte Callcenter Alarm Phone, das Notrufe von Schutzsuchenden auf dem Mittelmeer entgegennimmt, wäre ohne Smartphone nicht möglich.

Von individuellen Abhängigkeiten zu globalen Machtfragen

Im Alltag haben die digitalen Welten ein erhebliches Suchtpotenzial. Sie laden dazu ein, den Anforderungen und körperlichen Herausforderungen des Lebens zu entfliehen und dabei das Gefühl zu haben, es sei sehr wichtig, „mal eben noch“ etwas zu suchen oder Nachrichten zu checken und zu beantworten. Umso wichtiger sind Auszeiten. Es geht darum, sich auf die Wahrnehmungen der eigenen Sinnesorgane zu verlassen, den Botschaften des Körpers nachzuspüren, die Welt direkt zu be-greifen und nicht nur am Bildschirm anzuschauen – und eigene Schlussfolgerungen aus all dem zu ziehen.

Überwachung und Datenausbeutung findet in nahezu allen Lebensbereichen statt. Gerade diskutierte der Bundestag über den „Staatstrojaner“, eine Software, mit der digitale Kommunikation überwacht werden kann. Privatwirtschaftliche Anbieter digitaler Dienstleistungen sammeln Daten ohne jede demokratische Legitimation. Neben der Pharmaindustrie gehören die Digitalkonzerne zu den Gewinnern der Corona-Pandemie. Umso wichtiger ist es, der zunehmenden Privatisierung aller Lebensbereiche einen Riegel

vorzuschieben. Die Alternative ist jedoch nicht Verstaatlichung, sondern die Überführung digitaler Infrastrukturen in öffentliche demokratisch kontrollierte Hände.

DER RABE RALF Juni/Juli 2021, Seite 16/17

Berlin wird smart. Viele schöne Worte – was steckt hinter den Pilotprojekten für eine „Smart City“?

In diesen Wochen sollen die ersten Smart-City-Pilotprojekte in Berlin beginnen. „Berlin lebenswert smart“ war im September 2020 als eines von 32 geförderten Modellprojekten unter dem Motto „Gemeinwohl und Netzwerkstadt/Stadtnetzwerk“ in der „zweiten Staffel“ des Smart-Cities-Programms des Bundesbauministeriums ausgewählt worden.

Mit „smart“ meint die Berliner Senatsverwaltung „die Art und Weise, wie Herausforderungen kreativ, offen, partizipativ und zweckmäßig angegangen werden. Durch die Nutzung neuer Technologien sollen gesellschaftliche Werte und vor allem das demokratische Gemeinwesen gestärkt werden.“ Dabei werden Digitalisierung und Stadtentwicklung „zusammen gedacht“, und alle sollen daran mitwirken: „von Wirtschaft über Wissenschaft, Verwaltung bis zur organisierten Zivilgesellschaft und Menschen wie Ihnen, die Berlin ausmachen“. Viele schöne Worte. Und wie es so üblich ist in solchen Leitbildern, wird in der Berliner Smart-City-Strategie bereits vorweggenommen, wie großartig das Ergebnis ausfallen wird: „Das Berliner Modell der Smart City ist gemeinwohlorientiert, nachhaltig und resilient. Es formuliert plausible Ziele und prüft die Wirksamkeit von Maßnahmen. Zur gleichen Zeit werden mögliche Konflikte transparent gemacht und die Bedeutung von Gemeinwohl stets aufs Neue ausgehandelt.“

Resilienz: Durchhalten statt verändern?

„Smart City“ heißt „intelligente Stadt“. Aber wer soll dort für wen denken? (Illustration: Gerd Altmann/ Pixabay)

Das sagt erst mal alles und nichts. Entscheidend wird sein, mit welchen Inhalten die wohlklingenden Begriffe – Gemeinwohl, Nachhaltigkeit, Resilienz – gefüllt werden. Mögliche Konflikte transparent machen zu wollen klingt eher nach akademischer Abwägung als nach realen Aushandlungsprozessen. Letztlich wird es darauf ankommen, welche und wessen Interessen wirksam werden und wer hinten runterfällt. Denn wo von „Gemeinwohl“ die Rede ist, werden real existierende Interessengegensätze unsichtbar. Es ist keineswegs so, dass mit „Gemeinwohl“ immer alle gemeint sind *(Rabe Ralf April 2019, S. 21)*.

Nachhaltigkeit ist seit der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 ein umkämpfter Begriff. Mittlerweile hat der größte globale Finanzinvestor Blackrock sich weltweit in die Position eines Nachhaltigkeitsberaters öffentlicher Institutionen gebracht und entwickelt neue Geschäftsmodelle in Reaktion auf die Klimakatastrophe, genauso wie es der „Great Reset“ des Weltwirtschaftsforums propagiert *(Rabe Ralf Oktober 2021, S. 20)*.

Mit dem Begriff „Resilienz“ setzt sich die Menschenrechtsorganisation Medico international seit Jahren kritisch auseinander. Laut Wikipedia wird darunter die „Fähigkeit von Gesellschaften, Störungen von außen zu verkraften“ verstanden. Je katastrophaler die Verhältnisse, desto wichtiger wird es also, sich dagegen mit Resilienz zu wappnen? Nach Auffassung von Medico „scheint die Idee der Resilienz auch Teil jener neoliberalen Hegemonie zu sein, zu deren Wesen es eben auch zählt, gesellschaftliche Verantwortung in die Sphäre des Privaten abzudrängen. Resilienz macht es möglich, dass sich der herrschende Zerstörungsprozess

noch in Zeiten größter Gefahr und Not als ‚Business as usual' fortsetzen kann." Damit würde Resilienz aber gerade die Verhältnisse stabilisieren, „an deren prekärem Zustand sich das Bedürfnis nach Resilienz entzündet".

Der Hardenbergplatz soll smart werden

Auf Anfrage des Raben Ralf hat die Senatskanzlei einige Auskünfte zu den Pilotprojekten erteilt, die folgenden Zitate stammen daraus, sofern nicht andere Quellen angegeben sind. Drei der insgesamt fünf in Berlin vorgesehenen Smart-City-Projekte sollen im ersten Quartal dieses Jahres beginnen. So soll der Hardenbergplatz am Bahnhof Zoo zum „Smarten Stadtplatz" werden, indem er „smart und flexibel – das heißt event-, tages-, wetter-, und jahreszeitabhängig – für sämtliche Mobilitätsformen nutzbar gemacht" wird. Dafür brauche es „neue Formen der Governance öffentlicher Flächen, zum Beispiel in Form innovativer, gemeinwohlorientierter Betreibermodelle".

Bisher wurden öffentliche Plätze von der öffentlichen Verwaltung geplant, wobei sich seit Jahrzehnten Initiativen von BürgerInnen eingemischt haben, mehr oder weniger erfolgreich. Zunehmend entdeckten Politik und Verwaltung die Bedeutung der Partizipation in der Stadtentwicklung, und noch zu Zeiten von Senatorin Katrin Lompscher (Linke), in der vergangenen Legislaturperiode, wurden in einem mehrjährigen partizipativen Prozess „Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Stadtentwicklung" aufgestellt. Nun werden sie auf die Bezirke heruntergebrochen, die ebenfalls Leitlinien erstellen. Ob dies wirklich eine Demokratisierung bedeutet? Oder dient es eher der Befriedung im Sinne einer „Mitmachfalle" (siehe unten)?

Die Planung am Hardenbergplatz sieht so aus: „Mit Hilfe einer digitalen Verhandlungsplattform sollen Nutzungsbedarfe abgestimmt werden, um dort die konkreten Mobilitätsbedarfe zu berücksichtigen, aber auch die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Im Fokus des Projekts stehen vier Bausteine: Umsetzung eines anbieteroffenen Mobi-Hubs als Use-Case, Entwicklung eines Betreibermodells, Prototyping einer Plattform für die Betreibenden, Skalierung des Use-Case inkl. Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf dem Platz." So wird wohl in den digitalen Welten gesprochen, aber ob das „alle" verstehen, die sich angeblich beteiligen sollen?

Klar ist jedoch: Es geht um Digitalisierung. Ob an der digitalen Plattform nur diejenigen werden teilhaben können, die zumindest ein Smartphone mit den notwendigen Apps haben, um sich einzuloggen, oder ob auch eine Zugangsmöglichkeit ohne eigene Technik möglich ist? Wahrscheinlich werden die dort vernetzten Angebote – vielleicht Leihfahrräder? Oder Parkplätze? – auch nicht kostenlos nutzbar sein. Aber all das soll ja noch gemeinsam mit „allen" ausgearbeitet werden.

„Governance öffentlicher Flächen" und „Betreibermodell" klingt nach neuen Geschäftsmodellen, vermutlich in öffentlich-privaten Partnerschaften, so wie die gesamte Smart-City-Strategie und das 2013 gegründete Netzwerk Smart City Berlin auf einer Mischung öffentlicher, privatwirtschaftlicher und gemeinnütziger Akteure beruhen. Vielleicht verbessert sich ja wenigstens die Aufenthaltsqualität am Hardenbergplatz für alle, also auch für diejenigen, die nicht digital unterwegs sind. Denn bisher lädt der Ort nicht zum Verweilen ein.

„Smart Water" soll Klimafolgen abmildern

Das zweite Pilotprojekt soll „eine agile Planung von Regenwasserbewirtschaftung und somit eine klimagerechte Stadtplanung ermöglichen sowie Bewohnerinnen und Bewohner für die Potenziale von Regenwasserbewirtschaftung durch Visualisierung sensibilisieren". An welchen Orten in der Stadt und auf welche Weise diese Visualisierung geschieht, das soll „sich unter anderem aus der Beteiligung mit Bürgerinnen und Bürgern ergeben".

Dass eine klimagerechte Stadtplanung notwendig ist, leuchtet unmittelbar ein. Der Begriff „agil" ist in den letzten Jahren zunehmend in Mode gekommen. Laut Duden bedeutet er „von großer Beweglichkeit zeugend; regsam und wendig". Eine agile Planung soll auf sich verändernde Bedingungen schnell reagieren können, indem sie sich „iterativ", das heißt stufenweise mit Rückkopplungsschleifen, immer wieder neu ausrichtet.

Weil Extremwettereignisse „ein Schadens- und Gefahrenpotential bergen“, soll das Projekt, das sich „Smart Water – Modellierung und Governance“ nennt, „neben der Vorsorge auch eine gezielte Risikokommunikation für die Verwaltung“ entwerfen. Das Ergebnis soll „eine Verknüpfung von existierenden und neu generierten urbanen Daten mit Modellen über eine Datenplattform und deren Visualisierung für Stadtplanung und Bürgerinnen und Bürger“ sein.

Digitalisierung erzeugt ungeheure Datenmengen. Was passiert damit? (Bild/Ausschnitt: Gerd Altmann/ Pixabay)

Ja, in einer Smart City werden riesige Datenmengen erhoben, was mit vielfältigen Problemen verbunden ist: Verbrauch von Bodenschätzen und Energie, zunehmende Überwachung im öffentlichen Raum *(Rabe Ralf Oktober 2019, S. 16)*, flächendeckender Einsatz des neuen Mobilfunkstandards 5G, der im Verdacht steht, durch eine kontinuierliche Strahlenbelastung gesundheitliche Schädigungen zu verursachen *(Juni 2020, S. 18)*, und nicht zuletzt ein noch größerer Verlust des Vertrauens in die eigenen Sinneswahrnehmungen und stattdessen eine noch stärkere Orientierung an Messwerten und anderen Daten *(Juni 2021, S. 16)*. Der Begriff „Modellierung“ hat mit Corona große Verbreitung erfahren. Auf Grundlage von Datenbeständen wird versucht, Aussagen über zukünftige Entwicklungen und Ereignisse zu machen. Das ist grundsätzlich sicher sinnvoll, allerdings ist die Aussagekraft von der Menge und Qualität der zugrundeliegenden Daten abhängig, und von den Fragestellungen. Wie bei Statistiken spielen auch bei Modellen Interessen eine Rolle, nicht nur bei ihrer Erstellung, sondern auch bei der Auswertung und Interpretation.

Es mag sinnvoll sein, die Möglichkeiten der Digitalisierung in den genannten Bereichen von Klima und Kommunikation zu nutzen. Aber sind nicht andere, ursächlichere Fragen viel bedeutender? Nichts gegen eine gute Krisenkommunikation – gerade angesichts der mit Panikmache und Zahlenverwirrung so überhaupt nicht vorbildlichen Corona-Kommunikation *(Rabe Ralf April 2020, S. 12, Juni 2020, S. 18)*. Aber wäre es nicht wichtiger, Krisen zu verhindern oder sie zumindest nicht noch weiter voranzutreiben? Warum wird beispielsweise trotz Klimanotstand die Berliner Innenstadt immer noch verdichtet? Begründung des Smart-Water-Projekts: „Regenwasserbewirtschaftung im Allgemeinen und grüne und blaue Infrastrukturen im Speziellen können Klimafolgen deutlich abmildern und zusätzliche Qualitäten in die Stadt bringen.“ Grüne Infrastrukturen, das sind die Bäume, Sträucher und Wiesen, das Berliner Stadtgrün, das viel zu oft dem Diktat des „Bauen, bauen, bauen“ *(Rabe Ralf Dezember 2018, S. 4)* zum Opfer fällt. Wie beispielsweise bei der Zerstörung einer grünen Hinterhofoase in der Friedrichshainer Pintschstraße durch die landeseigene WBM am 10. Januar, gegen die verzweifelten Proteste der AnwohnerInnen *(siehe S. 4)*. Weiß da die eine Hand nicht, was die andere tut? Oder hat das System, und die Reden von Klimaschutz und Bürgerbeteiligung sind nur schöne Worte?

Eine smarte Stadtverwaltung

Im dritten Pilotprojekt „Data Governance & Datengetriebene Verwaltung“ geht es um die Messung der Luftqualität. Allerdings „nicht vornehmlich um die konkreten Messergebnisse, sondern um das Entwickeln und Testen von Prozessen der Zusammenarbeit und Interaktion“. Das Projekt geht also weit über den konkreten Anwendungsfall, den „Use Case“ Luftgüte, hinaus. „Im Ergebnis wird ein Leitfaden für Data Governance in der datengetriebenen Daseinsvorsorge generiert, der auf andere Kommunen und Projekte übertragbar ist.“

Der Umgang mit den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge ist ein sehr sensibler und umkämpfter Bereich, bei privaten Investoren hochbegehrt, denn auf die Versorgung mit Strom und Wasser, auf Mobilität und Müllabfuhr sind alle angewiesen. Darum setzt sich beispielsweise der Verein Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) seit vielen Jahren dafür ein, dass solche öffentlichen Güter nicht privatisiert werden. Mit dem Bündnis

Klinikrettung kämpft GiB gegen die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung und die damit einhergehenden Krankenhausschließungen, deren Folgen in der Coronakrise besonders deutlich geworden sind.

Das Smart-City-Pilotprojekt „zielt auf einen optimalen Ausgleich widerstreitender Interessen an der Erhebung und Wiederverwendung von Daten und koordiniert die technologische, die organisatorische sowie die rechtliche bzw. normative Dimension“. Noch deutlicher ist es in der Kurzbeschreibung auf der Smart-City-Website beschrieben: „Zusammen mit dem Einstein Center for Digital Future und der Siemens AG Data-Governance entwickelt das Modellprojekt Smart City exemplarisch Konzepte für Pilotareale, die kommunale und privatwirtschaftliche Interessen und Prozesse so integrieren, dass gemeinwohlorientiert ausbalanciert wird.“

Die Mitmachfalle

Das ist die Mitmachfalle, der vermeintliche Interessenausgleich zum Wohle aller. Der Berliner Soziologe Thomas Wagner, der 2013 das Buch „Die Mitmachfalle: Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument“ veröffentlicht hat, schrieb im gleichen Jahr in einem noch immer lesenswerten Meinungsbeitrag in der Zeitschrift Graswurzelrevolution: „Die Forderungen nach mehr Demokratie werden von oben aufgegriffen, in Unternehmensstrategien und in den Staatsapparat eingebaut, um auf diese Weise ein Bollwerk gegen jede wirkliche demokratische Veränderung zu schaffen.“ *(GWR 375, Januar 2013)*. Partizipation eröffne neue Geschäftsmodelle für Moderations- und Mediationsanbieter im „Befriedungsbusiness“, so Wagner. Als Beispiel nannte er schon damals die Ifok GmbH, die schon 1998 bei der Schaffung von Akzeptanz für die Erweiterung des Frankfurter Flughafens mitgewirkt habe.

Die Ifok GmbH – seit 2017 im Eigentum des US-amerikanischen Consultingunternehmens Cadmus Company – hat im vergangenen Jahr für das Bundesbauministerium die Broschüre „Datenstrategien für die gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung“ erstellt, mit der die 2017 veröffentlichte „Smart City Charta“ konkretisiert werden soll. In der Langfassung dieser Charta war als Praxisbeispiel die „Post-voting society“ aufgeführt, in der „wir“ (wer immer das sei) aufgrund verhaltensbezogener Daten genau wüssten, „was Leute tun und möchten“, weswegen es „weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen“ gäbe *(Rabe Ralf Oktober 2019, S. 16)*. Die „Smart City Charta“ ist Grundlage aller vom Bauministerium geförderten Projekte. Die 2021 herausgegebene Neuauflage der Charta wurde von der Ifok GmbH gestaltet.

Wie geht es weiter in Berlin?

Im rot-grün-roten Koalitionsvertrag für Berlin steht: „Digitalisierung ist Schwerpunkt dieser Legislatur.“ Ebenfalls wurde vereinbart: „Das kostenlose, frei zugängliche WLAN in Berlin wird ausgebaut.“ Klingt gut, allerdings ist seit Jahresanfang das vom Senat zur Verfügung gestellte freie WLAN bis auf Weiteres abgeschaltet. Eine Karte freier WLAN-Hotspots zeigt, welche Zugänge zum Internet im öffentlichen Raum noch verfügbar sind, teils mit privatwirtschaftlichen Einschränkungen.

Für alle Fragen der Digitalisierung hat die Koalition die Stelle eines „Chief Digital Officer“ eingerichtet. Ernannt wurde Ralf Kleindiek, ein Jurist, der politischer Beamter in verschiedenen Positionen war, dann jedoch in die Privatwirtschaft wechselte, als Leiter der Arbeitsgruppe „Öffentlicher Sektor“ der Boston Consulting Group. Seit Dezember 2021 ist er wieder im öffentlichen Dienst als Staatssekretär für Digitales und Verwaltungsmodernisierung in der Senatsverwaltung für Inneres. Die Organisation Lobbycontrol befasst sich regelmäßig mit solchen Seitenwechseln.

Auch die beiden weiteren Berliner Pilotprojekte „Smarte Partizipation/Bürgerhaushalt“ und „Daten in Alltag und Krise – Kiezbox 2.0“ sollen noch in diesem Jahr beginnen. Der Smart-City-Beteiligungsprozess wird auf dem Stadtportal berlin.de abgebildet. Eine öffentliche Online-Beteiligung endete Anfang des Jahres. Es ist sicher nicht grundsätzlich falsch, solche Partizipationsangebote wahrzunehmen, denn die Beteiligung von BürgerInnen an der Stadtpolitik ist wichtig. Allerdings ist kritische Wachsamkeit geboten.

DER RABE RALF Februar/März 2022, Seite 16/17

Mehr lesen

Die hier zusammengestellten Artikel stehen auch online, mit vielen hinterlegten Links, bei https://www.grueneliga-berlin.de/publikationen/der-rabe-ralf/

Die 5-teilige Serie „Nachhaltig wirtschaften – aber wie?“ wurde auch übernommen vom Postwachstumsblog: https://www.postwachstum.de

Manche von diesen, und einige mehr, stehen auch hier: https://www.pressenza.com/de/author/elisabeth-voss/

Zu weiteren Themen habe ich u.a. auch hier veröffentlicht: https://www.graswurzel.net/

Sie sind auch auf meiner Website verlinkt: www.elisabeth-voss.de Dort findet ihr auch viele weitere Artikel.

Ein paar Exemplare dieser Zusammenstellung habe ich kopiert,
du kannst sie in Mannheim gegen Erstattung der
Kopierkosten von 3,80 Euro mitnehmen.

Oder hole dir hier die pdf:
http://elisabeth-voss.de/fileadmin/user_upload/2019-bis-2022_Artikel-E.Voss.pdf

Leseempfehlung:

Im Sommer 2015 habe ich den **Wegweiser Solidarische Ökonomie ¡Anders Wirtschaften ist möglich**! vollständig überarbeitet und in einer deutlich erweiterten 2. Auflage veröffentlicht, als einen Einstieg in die vielfältige Welt anderen Wirtschaftens.

Das Buch gibt es für 10 Euro bei euren lokalen Buchhändler*innen – oder bestellt es in eurer Bücherei.

ISBN 978-3-940865-33-5

205 Seiten

Reinschnuppern: www.voss.solioeko.de/

Zur Autorin:

Elisabeth Voß ist Betriebswirtin und freie Journalistin/Autorin. Sie engagiert sich stadtpolitisch und vernetzend; publiziert und hält Vorträge zu solidarischem Wirtschaften, Genossenschaften, Selbstorganisation und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. In den 90er Jahren hat sie in einem selbstverwalteten Betrieb gearbeitet, heute berät sie Kollektivbetriebe und Hausprojekte.

www.elisabeth-voss.de